

Freiheitsrechte unter Druck Schwerpunkt Corona

Zahlen. Analysen. Interviews. Weltweit.







Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin Telefon +49 30 65211 0, Fax +49 30 65211 3333 info@brot-fuer-die-welt.de www.brot-fuer-die-welt.de www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft

Autor:innen Kai Schächtele, Christine Meissler, Martina Hahn
Redaktion Martina Hahn, Kai Schächtele, Kirsten Schwanke-Adiang (Fotos)
Managing Editor Franziska Reich

Inhaltliche Verantwortung Christine Meissler, Silke Pfeiffer, Kai Schächtele **Idee** Anne Dreyer, Julia Duchrow

V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Gestaltungskonzept Factor Design, Hamburg

Satz Reihs Satzstudio, Lohmar Lektorat Thorsten Herdickerhoff Korrektorat Elena Bruns, Lingen

Infografiken und Illustrationen Lena Appenzeller, Sabine Hecher

Portraits Julian Rentzsch, Hamburg **Art Direction** Nicole Liekenbröcker

Fotos Hermann Bredehorst (S. 3), Jose Cabezas/Reuters (S. 81), Green Alternative (S. 88), Kai Schöttler (S. 35), Vano Shlamov/AFP (S. 84), Tafadzawa Ufumeli/Getty Images (S. 62), Stephan Wallocha/epd-bild (S. 34)
Alle picture-alliance: Shakh Aivazov/AP (S. 87), Lisa Marie David/NurPhoto (S. 48, 53), Lu Hanxin (S. 26), Francis R. Malasig/EPA (S. 31, 51), Tsvangirayi Mukwazhi/AP (S. 65, 67), Alex Pena/AA (S. 78), Tamal Shee/SOPA Images via ZUMA Wire (S. 23), Heng Sinith/AP (S. 73, 75), Mak Remissa/EPA (S. 70), Fabio Alarico Teixeira/AA (S. 19), Juancho Torres/AA (S. 56), Ivan Valencia/AP (S. 59)

 $\textbf{Druck} \, \texttt{Eberl} \, \& \, \texttt{Koesel} \, \texttt{GmbH} \, \& \, \texttt{Co.} \, \texttt{KG}, \, \texttt{Altusried-Krugzell}$

ISBN 978-3-96238-305-3



Vorwort

ie Corona-Pandemie hat die Not vieler Menschen weltweit noch größer gemacht. Hunderte Millionen können sich eine medizinische Behandlung nicht leisten. Familien haben vielerorts weniger zu essen, weil sie infolge der Ausgangssperren kein Geld

verdienen oder ihre Ernte nicht einholen können. Unzählige Kinder haben den Zugang zu Bildung verloren, weil Schulen monatelang geschlossen blieben. Und zahlreichen Menschen wird von Regierungen verwehrt, sich für Menschenrechte einzusetzen und für eine gerechte Teilhabe zu kämpfen.

Letzteres ist eines der zentralen Ergebnisse unseres Atlas der Zivilgesellschaft, der nun vor Ihnen liegt. Bereits zum vierten Mal veröffentlichen wir den Atlas gemeinsam mit CIVICUS, dem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung. Und auch für 2020 zeigt sich: Der sogenannte civic space – der Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteur:innen – ist erneut geschrumpft. Nur noch drei Prozent aller Menschen leben in einem der 42 Länder mit einer offenen Gesellschaft. Deutschland ist eines davon.

Zwei von drei Menschen hingegen leben in einem Staat, in dem dieser Handlungsraum der Zivilgesellschaft unterdrückt wird oder sogar als geschlossen gilt. In dem Menschenrechtsverteidiger:innen oder Journalist:innen zum Schweigen gebracht werden. Das bereitet uns und unseren zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Partnerorganisationen in rund 90 Ländern große Sorge. Denn vielerorts schränken Regierungen die Grundrechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zunehmend ein – 2020 ging es unter dem Vorwand des Infektionsschutzes oftmals über notwendige Einschränkungen hinaus. Dabei sind gerade Menschen- und Bürgerrechte essenziell für eine Demokratie und dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger an der politischen wie der sozialen Entwicklung ihrer Länder beteiligen können. Und eben auch daran, dass das Land einen in der Pandemie angemessenen Weg einschlägt.



Denn: Repression verhindert Entwicklung! Unsere Partnerorganisationen, Vereine, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen setzen sich ein für Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Gesundheit, Bildung für alle, Gleichstellung der

Geschlechter, Umwelt- und Klimaschutz – Ziele, die sich auch mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen decken. Wenn Regierungen zivilgesellschaftliche Akteure durch Zensur, Überwachung und Gewalt einschränken, können diese Korruption und Missmanagement in Politik und Verwaltung nicht mehr aufdecken und nicht mehr für die Rechte derjenigen eintreten, die keine Lobby haben. Die Folge: Gerade diejenigen, die unter den sozioökonomischen Folgen der Pandemie am meisten leiden – benachteiligte Gruppen und Minderheiten – werden noch mehr abgehängt.

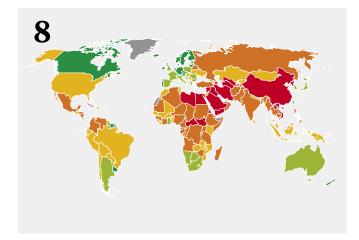
Unsere internationale Solidarität ist in dieser globalen Krise notwendiger denn je. Und sie liegt in unserem eigenen Interesse: Je länger sich das Virus in einigen Weltregionen ungebremst ausbreitet, desto größer ist das Risiko, dass sich resistente Varianten entwickeln. Das würde die Bekämpfung der Pandemie noch erschweren. Deswegen braucht es nun einen schnellen und gerechten Zugang aller Länder zu COVID-19-Innovationen: Know-how und Technologien für COVID-19-Impfstoffe und Medikamente müssen geteilt und verbreitet werden. Rechte des geistigen Eigentums auf COVID-19-Produkte dürfen die Eindämmung der Pandemie nicht verhindern und sollten zumindest für die Dauer der Pandemie außer Kraft gesetzt werden.

Angesichts der weltweiten Einschränkungen, die die Zivilgesellschaft aktuell erlebt, ist es wichtig, dass die Bundesregierung handelt. Sie muss sich unmissverständlich gegen die schwindenden Handlungsspielräume wenden, Einschränkungen benennen und in ihrer eigenen Politik den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum schützen. Auch nach dem Ende der Pandemie.

Dr. Dagmar Pruin

Präsidentin von Brot für die Welt

Inhalt







- 3 Vorwort
- 6 Zusammengefasst
- 8 Weltkarte
- 10 Kategorien

1

Der CIVICUS-Monitor im Jahr der Pandemie: Zivilgesellschaft weltweit unter Druck

13 In feindseliger Umgebung

Das Jahr 2020 hat gezeigt, wie schnell Freiheitsrechte ausgehebelt werden können. Wer sich für Menschenrechte oder Umweltschutz engagiert, muss mit Unterdrückung rechnen – oft befeuert von höchsten staatlichen Stellen.

20 Die Last des Virus

Der Ausbruch der Pandemie war ein Schnelltest für die Demokratie und Diskursfähigkeit. Viele Staaten sind an ihm gescheitert.

30 Deutschland: Mit Maß und Mitte?

Die Juristin Lea Beckmann und der Politiker Bodo Ramelow über die Spannung zwischen Schutz und Freiheit.

Die Weltregionen

- **Nord-, Mittel- und Südamerika** Von Trump bis Bolsonaro: Die Erosion der Grundrechte setzt sich fort.
- **Asien-Pazifik-Raum** Restriktive Gesetze: Regierungen kriminalisieren ihre Kritiker:innen.
- **40 Subsahara-Afrika** Im Westen des Kontinents wird die Demokratie weiter geschwächt.
- **Europa und Zentralasien** Rechtspopulistische Regierungen versuchen, Proteste mit Gewalt zu unterdrücken.
- **Naher Osten und Nordafrika** Wer seine Stimme für Gleichberechtigung oder soziale Gleichheit erhebt, riskiert sein Leben.





3

Neue Wege aus der Not

91 Die gute Nachricht

Zivilgesellschaftliche Gruppen füllen die Lücken, die Regierungen aufgerissen haben. Viele Organisationen haben die Krise genutzt, um daran zu wachsen.

95 Handlungsempfehlungen

So sollten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Zivilgesellschaft unterstützen.

Z

Unter der Lupe: Sechs Länder

- **48 Philippinen** Der Präsident bekämpft das Virus mit denselben Mitteln wie die Drogen.
- 56 Kolumbien Das Virus wirkt wie ein Brandbeschleuniger in einem von Gewalt zerrissenen Land.
- **Simbabwe** Die Pandemie verschärft die politische und wirtschaftliche Krise noch.
- 70 Kambodscha Die Regierungspartei nutzt die Pandemie für einen massiven Angriff auf die Zivilgesellschaft.
- **78** El Salvador Verleumdung und Repression: Der Druck kommt von ganz oben.
- **84 Georgien** Fake News: Gezielte Desinformationskampagnen zerstören den sozialen Frieden.



- 2 Impressum
- 97 Quellen- und Literaturverzeichnis

Zusammengefasst

1

88 Prozent aller Menschen leben 2020 in beschränkten, unterdrückten oder geschlossenen Gesellschaften – fünf Prozent mehr als 2019. Damit leiden 6,8 Milliarden Menschen unter Regierungen, die ihre Grundrechte beschneiden oder Kritiker:innen drangsalieren, verfolgen, auch töten. Das geschieht in sechs von zehn Ländern.

2

Ungehindert ihre Meinung sagen, sich frei versammeln und gegen Missstände ankämpfen können 263 Millionen Menschen,

vier Millionen mehr als 2019. Diese drei Prozent leben in den 42 offenen Staaten der Welt, das ist jedes fünfte Land – darunter Deutschland. In der Europäischen Union sind es 173 Millionen Menschen.

3

Elf Länder werden gegenüber 2019 herabgestuft, drei verbessern sich. Österreich steigt zu offen auf, die DR Kongo und der Sudan zu unterdrückt. Abgestiegen in beschränkt sind die USA, Chile, Ecuador, in beeinträchtigt Costa Rica und Slowenien. Die Elfenbeinküste, Guinea, Niger, Togo und die Philippinen gelten nun als unterdrückt, der Irak als geschlossen.

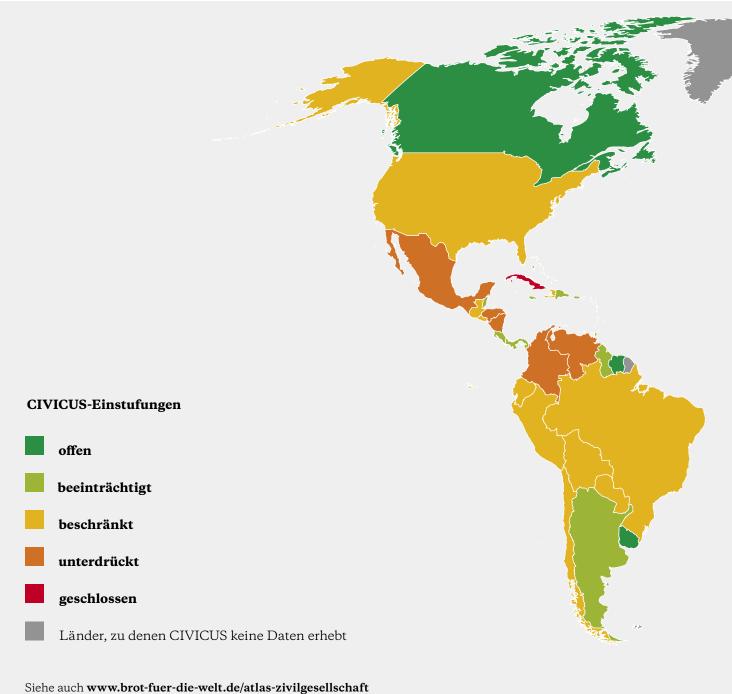
Statt in der COVID-19-Krise auf Freiräume, Dialog und Informationen zu setzen, nutzen viele Regierungen die Pandemie, um die bürgerlichen Freiheiten noch weiter unverhältnismäßig einzuschränken. Sie verletzen die Meinungs- und Pressefreiheit und bauen die Überwachung von Bürger:innen und Kritiker:innen aus.

5

Regierungen verbieten Versammlungen, erlassen Notverordnungen und schließen die Zivilgesellschaft von Beteiligungsprozessen aus. Polizei und Militär verhaften, misshandeln und schießen sogar auf Menschen, die protestieren oder sich nicht an Ausgangssperren halten können, weil sie ohne Einkommen schlichtweg nicht überleben.

6

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen haben trotz Einschränkungen, Repressionen und finanzieller Nöte neue Wege gefunden, Bedürftige zu unterstützen und ihnen eine Stimme zu geben. Sie haben Online- und Offline-Angebote kombiniert – und unzählige Menschen ermuntert, sich erstmals im Leben zu engagieren.

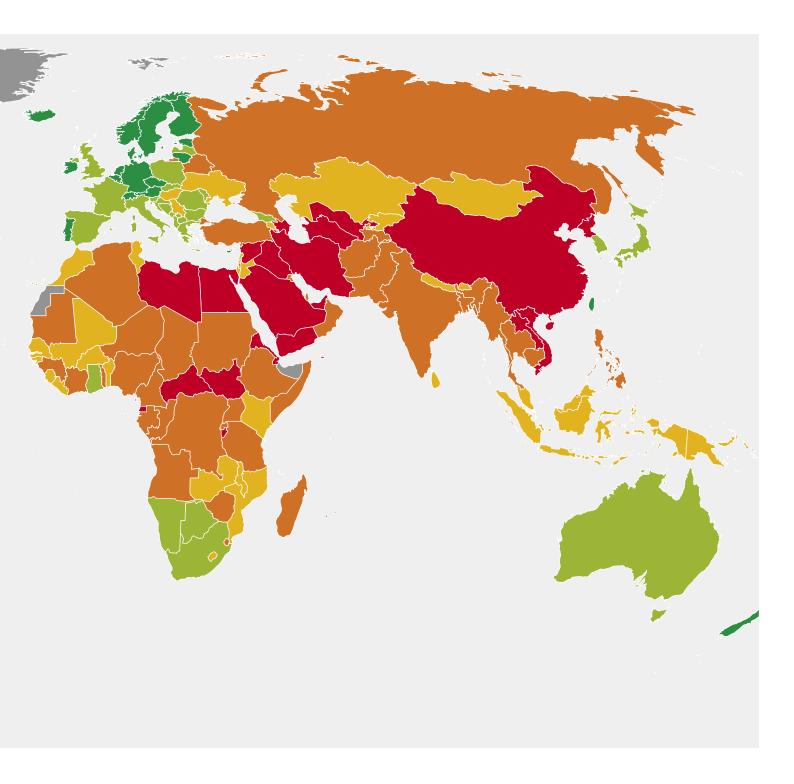


Siehe auch **www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft**

Die Welt sieht rot: Zivilgesellschaft stark unter Druck

Afrika: Angola | Äquatorialguinea | Äthiopien | Benin | Botswana | Burkina Faso | Burundi | Dschibuti | Elfenbeinküste | Eritrea |
Eswatini | Gabun | Gambia | Ghana | Guinea | Guinea-Bissau | Kamerun | Kap Verde | Kenia | Komoren | Republik Kongo |
Demokratische Republik Kongo | Lesotho | Liberia | Madagaskar | Malawi | Mali | Mauretanien | Mauritius | Mosambik |
Namibia | Niger | Nigeria | Ruanda | Sambia | São Tomé und Príncipe | Senegal | Seychellen | Sierra Leone | Simbabwe | Somalia |
Südafrika | Sudan | Südsudan | Tansania | Togo | Tschad | Uganda | Zentralafrikanische Republik

Amerika: Antigua und Barbuda | Argentinien | Bahamas | Barbados | Belize | Bolivien | Brasilien | Chile | Costa Rica | Dominica | Dominikanische Republik | Ecuador | El Salvador | Grenada | Guatemala | Guyana | Haiti | Honduras | Jamaika | Kanada | Kolumbien | Kuba | Mexiko | Nicaragua | Panama | Paraguay | Peru | St. Kitts und Nevis | St. Lucia | St. Vincent und die Grenadinen | Surinam | Trinidad und Tobago | Uruguay | Venezuela | Vereinigte Staaten von Amerika



Asien/Pazifik: Afghanistan | Australien | Bangladesch | Bhutan | Brunei | China | Fidschi | Indien | Indonesien | Japan |
Kambodscha | Kiribati | Laos | Malaysia | Malediven | Marshallinseln | Mikronesien | Mongolei | Myanmar | Nauru | Nepal |
Neuseeland | Nordkorea | Osttimor | Pakistan | Palau | Papua-Neuguinea | Philippinen | Salomonen | Samoa | Singapur |
Sri Lanka | Südkorea | Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung) | Thailand | Tonga | Tuvalu | Vanuatu | Vietnam

Europa/Zentralasien: Albanien | Andorra | Armenien | Aserbaidschan | Belarus | Belgien | Bosnien-Herzegowina | Bulgarien |
Dänemark | Deutschland | Estland | Finnland | Frankreich | Georgien | Griechenland | Großbritannien | Irland | Island | Italien |
Kasachstan | Kirgisistan | Kosovo | Kroatien | Lettland | Liechtenstein | Litauen | Luxemburg | Malta | Republik Moldau |
Monaco | Montenegro | Niederlande | Nordmazedonien | Norwegen | Österreich | Polen | Portugal | Rumänien | Russland |
San Marino | Schweden | Schweiz | Serbien | Slowakei | Slowenien | Spanien | Tadschikistan | Tschechien | Türkei |
Turkmenistan | Ukraine | Ungarn | Usbekistan | Zypern

Naher Osten und Nordafrika: Ägypten | Algerien | Bahrain | Irak | Iran | Israel | Jemen | Jordanien | Katar | Kuwait | Libanon | Libyen | Marokko | Oman | Palästina | Saudi-Arabien | Syrien | Tunesien | Vereinigte Arabische Emirate

Die fünf Kategorien von CIVICUS-Monitor

offen (open)*

42 Staaten

3% der Weltbevölkerung

Der Staat ermöglicht und garantiert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie können ohne rechtliche oder praktische Hürden Vereinigungen bilden, im öffentlichen Raum demonstrieren, sie bekommen Informationen und dürfen diese auch verbreiten. Autoritäten sind offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und bieten Plattformen für intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Demonstrierende werden von der Polizei grundsätzlich geschützt und die Gesetze zur Regelung des Versammlungsrechts entsprechen internationalen Standards. Es gibt freie Medien, Internetinhalte werden nicht zensiert und Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.

Andorra, Antigua und Barbuda, Barbados, Belgien, Dänemark, Deutschland, Dominica, Estland, Finnland, Grenada, Irland, Island, Kanada, Kap Verde, Kiribati, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Marshallinseln, Mikronesien, Monaco, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Palau, Portugal, Salomonen, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Schweden, Schweiz, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung), Tschechien, Tuvalu, Uruguay, Zypern

beeinträchtigt (narrowed)*

40 Staaten

Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es überwiegend gestattet, ihre Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auszuüben. Trotzdem kommen Verletzungen dieser Rechte vor. Menschen können Vereinigungen mit einer ganzen Bandbreite von Zielen bilden. Es gibt aber Fälle, in denen als regierungskritisch geltende Vereinigungen juristisch verfolgt oder anderweitig schikaniert werden. Demonstrationen verlaufen weitgehend ungestört, werden von den Behörden aber teilweise unter Verweis auf Sicherheitsbedenken verboten. Es kommt auch vor, dass unverhältnismäßige Gewalt wie Tränengas oder Gummigeschosse gegen friedlich Demonstrierende eingesetzt wird. Die Medien haben die Freiheit, ein großes Spektrum von Informationen zu verbreiten. Eine völlig freie Entfaltung der Presse wird aber entweder durch strikte Regulierung oder Ausübung von politischem Druck auf Medienschaffende verhindert.

9 % der Weltbevölkerung

Albanien, Argentinien, Australien, Bahamas, Belize, Bosnien-Herzegowina, Botswana, Bulgarien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Frankreich, Georgien, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Guyana, Italien, Jamaika, Japan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Malta, Mauritius, Nordmazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Namibia, Panama, Polen, Rumänien, Seychellen, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südafrika, Südkorea, Tonga, Trinidad und Tobago, Vanuatu

Die Erhebungen des CIVICUS-Monitors werden laufend aktualisiert. Diesem Bericht liegen die Daten des Erhebungszeitraums 12.11.2019 bis 31.10.2020 zugrunde. Tagesaktuelle Daten unter monitor.civicus.org. * englische Bezeichnung der Kategorie im CIVICUS-Monitor

beschränkt (obstructed)*

47 Staaten

18% der Weltbevölkerung

Die Regierenden beschneiden eine freie Grundrechtsentfaltung durch eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen existieren zwar, doch staatliche Stellen versuchen sie zu zersetzen, unter anderem, indem sie diese überwachen, bürokratisch schikanieren und öffentlich demütigen. Bürgerinnen und Bürger können sich friedlich versammeln, werden aber häufig von Polizeikräften unter Einsatz exzessiver Gewalt auseinandergetrieben, etwa mit Gummigeschossen, Tränengas und Schlagstöcken. Es gibt Raum für nicht-staatliche Medien und redaktionelle Unabhängigkeit, aber Journalistinnen und Journalisten erfahren körperliche Übergriffe und Verleumdungsklagen. Viele sehen sich daher zur Selbstzensur genötigt.

Armenien, Benin, Bhutan, Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, Chile, Ecuador, El Salvador, Fidschi, Gambia, Guatemala, Guinea-Bissau, Haiti, Indonesien, Israel, Jordanien, Kasachstan, Kenia, Kirgisistan, Komoren, Lesotho, Libanon, Liberia, Malawi, Malaysia, Malediven, Mali, Marokko, Mongolei, Mosambik, Nauru, Nepal, Osttimor, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Sambia, Senegal, Serbien, Sierra Leone, Singapur, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika

unterdrückt (repressed)*

44 Staaten

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt. Aktivistinnen und Aktivisten, die Machthabende kritisieren, werden überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet. Obwohl es einige zivilgesellschaftliche Organisationen gibt, wird deren Advocacy-Arbeit regelmäßig verhindert. Die Organisationen sind von Deregistrierungen und Schließungen betroffen. Menschen, die friedliche Demonstrationen organisieren oder daran teilnehmen, werden häufig durch staatliche Kräfte mit scharfer Munition beschossen oder in Gewahrsam genommen, es gibt Massenverhaftungen. Die Medien geben typischerweise die Sicht der Regierung wieder. Unabhängige Stimmen werden routinemäßig durch Razzien, körperliche Übergriffe oder langwierige Strafverfahren verfolgt. Kritische Websites und Soziale Medien sind blockiert und die Internetnutzung wird stark überwacht.

44% der Weltbevölkerung

Afghanistan, Algerien, Angola, Äthiopien, Bangladesch, Belarus, Brunei, Elfenbeinküste, Eswatini, Gabun, Guinea, Honduras, Indien, Kambodscha, Kamerun, Katar, Kolumbien, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Kuwait, Madagaskar, Mauretanien, Mexiko, Myanmar, Nicaragua, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Palästina, Philippinen, Ruanda, Russland, Simbabwe, Somalia, Sudan, Tadschikistan, Tansania, Thailand, Togo, Tschad, Türkei, Uganda, Venezuela

geschlossen (closed)*

23 Staaten

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Furcht, in der staatliche und mächtige nicht-staatliche Akteure ungestraft davonkommen, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit inhaftieren, misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am herrschenden Regime wird schwer bestraft. Es gibt keine Pressefreiheit. Das Internet wird stark zensiert und die meisten Websites sind blockiert.

26% der Weltbevölkerung

Ägypten, Äquatorialguinea, Aserbaidschan, Bahrain, Burundi, China, Dschibuti, Eritrea, Irak, Iran, Jemen, Kuba, Laos, Libyen, Nordkorea, Saudi-Arabien, Südsudan, Syrien, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam, Zentralafrikanische Republik

Teil 1

CIVICUS-Monitor:

Zivilgesellschaft weltweit massiv unter Druck



eit Jahren verschlechtern sich in vielen Ländern die Bedingungen, unter denen sich Menschen gegen soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierung oder Umweltzerstörung engagieren. 2020 markiert einen Tiefpunkt: Autoritäre Regierungen, Desinformationskampagnen und antidemokratische Bewegungen haben ein Klima erzeugt, in dem Freiheitsrechte zunehmend verkümmern. Die Pandemie hat diese Entwicklungen weiter verstärkt und sichtbar gemacht.

In feindseliger Umgebung

Das Jahr 2020 hat gezeigt, wie schnell Freiheitsrechte ausgehebelt werden können. Wer sich für den Schutz von Minderheiten, für soziale Gerechtigkeit, eine intakte Umwelt oder Gleichberechtigung engagiert, muss mit erbittertem Widerstand rechnen – oft befeuert von höchsten staatlichen Stellen.

88%

der Weltbevölkerung leben in beschränkten, unterdrückten oder geschlossenen Gesellschaften.

Von 7,8 Milliarden Menschen auf der Erde haben es 6,8 Milliarden mit Regierungen zu tun, die die Grundrechte der Zivilgesellschaft beschneiden.

ie wird die Welt einst auf das Jahr 2020 zurückblicken? Wird es als Wendepunkt gelten, an dem die Menschheit eine neue Richtung einschlug, weil sie ein 0,0001 Millimeter großes Virus mit der Einsicht konfrontierte, wie wenig sich die Kräfte der Natur tatsächlich kontrollieren lassen? Oder als weitere Etappe auf dem Weg in ein dunkles Zeitalter, in dem Einzelne mit der Macht digital verbreiteter Parolen für ihre eigenen Interessen Millionen erst in Rage und dann in Bewegung versetzen, weit über nationale Grenzen und Kontinente hinaus? Oder wird 2020 in den Geschichtsbüchern stehen als einer der Momente, die offenbarten, dass die damals mehr als 7,8 Milliarden Menschen zwar begriffen, dass zu viele von ihnen unter miserablen sozialen, ökologischen und politischen Bedingungen litten, sie sich aber nicht auf die Instrumente einigen konnten, um daran grundlegend etwas zu ändern?

Niemand kann das heute sagen. Geschichte entsteht erst durch den Blick zurück. Gerade deshalb ist es so wichtig, gelegentlich auch im Strudel der Ereignisse innezuhalten und nüchtern auf jene Fakten zu blicken, die es ermöglichen, hinter die Fassaden der Gegenwart zu schauen.

Über das Jahr 2020 lässt sich dann Eindeutiges sagen: Für die Zivilgesellschaft war es kein gutes Jahr, und das liegt nicht allein am Corona-Virus. Denn tatsächlich: Die Bedingungen, unter denen sich Menschen gegen soziale Ungerechtigkeit, Diskriminierung oder Umweltzerstörung engagieren, verschlechtern sich seit Jahren kontinuierlich. 2020 markiert einen weiteren Tiefpunkt. Dieses Jahr hat gezeigt: Ohne Menschen, die sich für die Demokratie stark machen, wird sie schnell so schwach, dass sie sich selbst nicht mehr verteidigen kann.



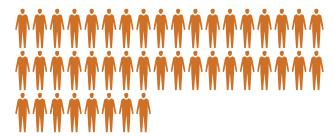
3 % offen (263 Millionen)



9 % beeinträchtigt (719 Millionen)



18 % beschränkt (1.422 Millionen)



44% unterdrückt (3.383 Millionen)



26 % geschlossen (1.992 Millionen)

Werte gerundet

Quelle: CIVICUS (2020): People Power Under Attack

So entsteht der CIVICUS-Monitor

Ungefähr zwei Dutzend Analyst:innen werten bei CIVICUS laufend Berichte von Hunderten lokalen Nichtregierungsorganisationen, mehr als 20 internationalen Partnerorganisationen und öffentlichen Quellen aus. Sie wollen wissen, wo und auf welche Weise der civic space angegriffen wird. Es handelt sich meist um regionale Netzwerke wie das West African Human Rights Defenders Network, das Red Latinoamericana y del Caribe para la Democracia oder die Civil Liberties Union for Europe. Die Quellen werden in einem standardisierten Verfahren evaluiert und die Ergebnisse von externen Expert:innen geprüft. CIVICUS misst den Einschätzungen lokaler und regionaler Akteure dabei stärkere Bedeutung bei als jenen internationaler Gremien. Daten staatlicher Stellen werden nicht berücksichtigt. Am Ende entsteht ein Indexwert für jedes Land, der die zivilgesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten beschreibt. Theoretisch könnte auf dieser Basis eine Rangliste erstellt werden, wie sie etwa Reporter ohne Grenzen für die Pressefreiheit erstellt. CIVICUS hat sich dagegen entschieden: Zu groß sind regionale Besonderheiten und zu dynamisch die politischen Prozesse, als dass ein numerischer Wert exakte Aussagekraft beanspruchen könnte. Die Staaten werden stattdessen in fünf Gruppen eingeteilt: Länder, in denen der Raum für zivilgesellschaftliches Handeln "offen" (Indexwert 100 bis 81), "beeinträchtigt" (80 bis 61), "beschränkt" (60 bis 41), "unterdrückt" (40 bis 21) oder "geschlossen" (20 bis 0) ist. CIVICUS wird unter anderem aus öffentlichen Geldern und durch private Spenden finanziert. Im Jahr 2020 waren die größten Geldgeber die schwedische Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit (Sida), das niederländische Außenministerium, die Ford-Stiftung, die Bill & Melinda-Gates-Stiftung sowie die Europäische Kommission. Mehr unter civicus.org

Nur zwölf Prozent können ungehindert ihre Meinung sagen

Gerade einmal 263 Millionen Menschen leben in Ländern mit offenem zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum. Nimmt man die Staaten mit Beeinträchtigungen für die Zivilgesellschaft hinzu, können weltweit nur noch gut zwölf Prozent der Menschen weitgehend ungehindert ihre Meinung sagen, sich versammeln und gegen Missstände ankämpfen. Das ist ein deutlicher Rückgang gegenüber 2019: Damals war dies noch annähernd 18 Prozent möglich.

6,8 Milliarden dagegen gehören geschlossenen, unterdrückten oder beschränkten Gesellschaften an. Damit haben es knapp 88 Prozent der Menschheit mit Regierungen zu tun, die Grundrechte beschneiden oder ihre Kritiker:innen drangsalieren, verfolgen und überwachen. Und in einigen Staaten der Welt herrscht eine Atmosphäre der Angst, in der diejenigen ungestraft davonkommen, die Andersdenkende körperlich und psychisch misshandeln oder töten.

Dies sind die zentralen Ergebnisse des Reports "People Power Under Attack", den CIVICUS im Dezember 2020 veröffentlichte. Seit Mitte der Neunzigerjahre sammelt und analysiert die Nichtregierungsorganisation mit Hauptsitz in Johannesburg Informationen, wo und wie die Freiräume der Zivilgesellschaft beschnitten werden. Mittlerweile arbeiten mehr als 20 internationale Partnerorganisationen und viele regionale Netzwerke zu, um einmal im Jahr den Status quo der Grundrechte weltweit zu dokumentieren. Der jährliche Report ist ein Fanal für Transparenz und Offenheit. Er hält den Regierungen der Welt einen Spiegel vor und zeigt der Zivilgesellschaft, wie es um ihre Entfaltungsmöglichkeiten im Ringen um eine andere Welt bestellt ist.

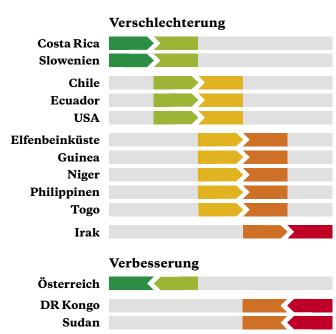
Auch in Europa verengt sich der Handlungsspielraum

Nach den Erhebungen von CIVICUS gab es im Jahr 2020 42 Staaten mit offenen Handlungsräumen (Kategorie 1), 40 stuft CIVICUS als beeinträchtigt ein (Kategorie 2). In 47 Ländern sind die Bedingungen für die Zivilgesellschaft beschränkt (Kategorie 3). 44 lassen ihrer jeweiligen Bevölkerung nur unterdrückten Raum (Kategorie 4), 23 sind geschlossen (Kategorie 5). 114 Länder schränken den zivilen Raum danach tiefgreifend ein. Elf Länder sind gegenüber dem Vorjahr herabgestuft worden. Nur in drei Ländern haben sich die Bedingungen für den zivilen Raum verbessert: in Österreich, der Demokratischen Republik Kongo und dem Sudan. In einem Staat mit einer lebendigen und freien Zivilgesellschaft leben zu können, ist 2020 ein Privileg, das nur einer Minderheit vorbehalten ist. Es ist eine Ironie dieses COVID-19-Jah-

Mehr Ab- als Aufsteiger

Insgesamt 14 Länder haben im Erhebungszeitraum zwischen 12. November 2019 und 31. Oktober 2020 die Kategorie gewechselt – nur drei in eine höhere.





Quelle: CIVICUS (2020): People Power Under Attack

res, dass sich just in diesen Ländern einzelne Gruppen als unterdrückte Minderheiten stillsiert haben.

Auch in der Europäischen Union werden Grundrechte beschränkt. 173,4 Millionen Menschen leben hier in offenen Gesellschaften, das sind rund 6 Millionen mehr als im Vorjahr. Der Grund dafür ist, dass Österreich sich von "beeinträchtigt" zu "offen" verbessert hat. Slowenien hingegen ist in die Kategorie "beeinträchtigt" herabgesetzt worden. In dieser Kategorie befinden sich zwölf Staaten mit 261,8 Millionen Einwohner:innen – das sind knapp 59 Prozent der 445 Millionen Menschen in der EU. Annähernd zehn Millionen Menschen haben es mit einer autoritären Regierung zu tun, die ihren Bürger:innen nur beschränkte Handlungsräume zubilligt – Ungarn.

In Nord-, Mittel- und Südamerika fällt nach den CIVICUS-Analysen auf, wie stark der Respekt vor dem zivilgesellschaftlichen Raum in Ländern abnimmt, die zuvor stolz auf die Achtung der grundlegenden Freiheiten waren oder in denen es in den vergangenen Jahren noch Verbesserungen zu verzeichnen gab. Costa Rica wurde von "offen" auf "beeinträchtigt" zurückgestuft, drei weitere Länder sanken von "beeinträchtigt" auf "beschränkt": Chile, Ecuador und die USA.

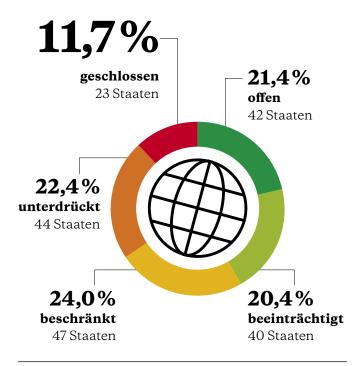
Besorgniserregend ist, wie sehr sich der Handlungsraum der Zivilgesellschaft in Asien verschlechtert hat. Die Philippinen rutschen von "beschränkt" nach "unterdrückt". Dies ist in erster Linie auf die Verunglimpfung von Aktivist:innen und die gezielte Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen zurückzuführen.

In Afrika und insbesondere in Westafrika nimmt der zivile Raum weiter ab. Vier Länder – Elfenbeinküste, Guinea, Niger und Togo – sind von "beeinträchtigt" nach "unterdrückt" abgestiegen. Es gibt aber auch zwei Aufsteiger: Die Demokratische Republik Kongo und der Sudan wurden von "geschlossen" auf "unterdrückt" hochgestuft. Es sind mit Österreich die einzigen beiden Aufsteiger in diesem Jahr – erste Anzeichen für eine neue demokratische Kultur.

In der Weltregion Naher Osten und Nordafrika gibt es die meisten Länder in der Kategorie "geschlossen" – der aktuelle Report fügt der Liste ein weiteres Land hinzu: Der Irak hat sich von "unterdrückt" zu "geschlossen" verschlechtert, weil die Regierung auf die anhaltenden Protestbewegungen ihrer Bevölkerung reagiert, indem sie die Versammlungs- und Meinungsfreiheit noch weiter unterdrückt.

Freiräume nach Staaten

In 114 Staaten der Erde leidet die Zivilgesellschaft unter massiven Beschränkungen der bürgerlichen Grundfreiheiten. Das sind drei mehr als im Vorjahr.



Berechnung nach Staaten, 196 Staaten = 100 % Werte gerundet

Quelle: CIVICUS (2020): People Power Under Attack

Das Jahr 2020 hat aber noch eine weitere Erkenntnis in den Mittelpunkt gerückt: Immer deutlicher wird, wie innerhalb der Zivilgesellschaft Akteure mit fremdenfeindlichen, nationalistischen oder totalitären Zielen in die Öffentlichkeit treten und den Diskurs prägen.

Wer gehört dazu?

In einer Zivilgesellschaft kommen unterschiedliche Interessen, Organisations- und Ausdrucksformen zusammen (s. Kasten Seite 18). Die Menschen, die sich darin engagieren, sind auf Grundrechte angewiesen. Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Mitsprache bei öffentlichen Angelegenheiten und die Sicherheit vor Repressionen in Form von Überwachung oder unverhältnismäßigen Regelungen sind Grundlagen für zivilgesellschaftliches Engagement. Die Grundrechte gewährleisten transparente, inklusive und informierte Entscheidungen der Politik und stellen sicher, dass die Anliegen von Gruppen berücksichtigt werden, die betroffen sind. Bürgerliche Freiheiten sind die unsichtbaren Entwicklungshelfer jeder Gesellschaft.

Doch seit einigen Jahren entstehen weltweit rechte oder fundamentalistische Bewegungen, die sich auf dieselben Grundfreiheiten berufen, sie aber für undemokratische Ziele zu nutzen versuchen. Sie verfolgen andere Ziele als jene Gruppen und Initiativen, die über Jahrzehnte das Bild der Zivilgesellschaft geprägt haben. In Deutschland gilt dies etwa für Pegida oder, im Jahr der Pandemie, für die sogenannten "Querdenker". Inzwischen sind diese Gruppen in der Lage, politische Konflikte auszulösen und zu dominieren. Sie haben auch dank Sozialer Medien erheblichen Einfluss auf den politischen Diskurs und die Entscheidungen, die daraus erwachsen.

Zunehmend kommt es zu Konflikten zwischen jenen, die für Offenheit und Gleichberechtigung von Minderheiten eintreten, und anderen, die Abschottung und Abgrenzung fordern – und beide Seiten berufen sich dabei auf die Grundrechte. Das Jahr 2020 lieferte dafür viele Belege. Auf der einen Seite engagierten sich Tausende in Vereinen und Initiativgruppen, etwa um Flüchtlingen zu helfen oder Menschen, die die Corona-Pandemie in schwere Not gestürzt hat. Solche Beispiele haben eindrucksvoll vor Augen geführt, wie stark die Zivilgesellschaft im Sinne der Gemeinwohlorientierung sein kann.

Auf der anderen Seite schlossen sich Tausende auch Gegenbewegungen an, die nicht Gemeinwohl im Sinn haben, son-

dern Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Hetze oder Gewalt. Sie zeigten sich auch 2020 in Protesten gegen eine angeblich drohende Islamisierung, in Demonstrationen vor Flüchtlingsunterkünften oder in Hass und Gewalt gegen Migrant:innen – aber auch in Protestaktionen gegen eine vermeintliche Gesinnungs- oder Corona-Diktatur. Dabei wird unterstellt, die Regierenden ließen den Willen des Volkes außer Acht. Was und wer das Volk ist, bestimmen dabei diejenigen, die das Gefühl haben, ihr Wille finde nicht genug Berücksichtigung.

Auch wenn solche Gruppen Teil der zivilgesellschaftlichen Arena sind, gibt es fundamentale Unterschiede zu gemeinnützigen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich von menschenrechtlichen Normen und Werten leiten lassen. Denn wer rassistische und nationalistische Positionen vertritt und zu Hass und Gewalt aufruft, bewegt sich jenseits dessen, was das Grundgesetz in Deutschland, die Europäische Menschenrechtskonvention oder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte toleriert.

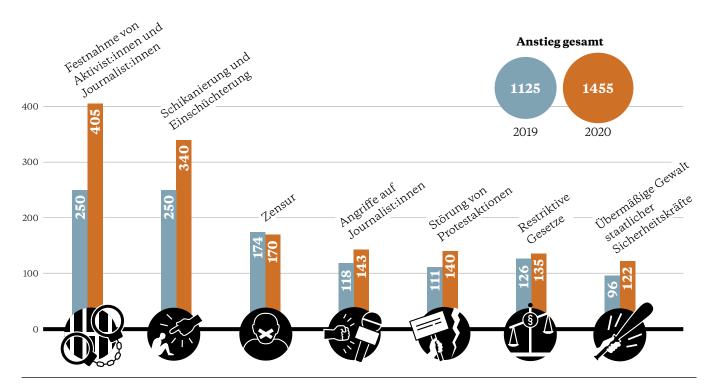
Eine Zivilgesellschaft, die sich an Menschenrechten orientiert, übt Kritik am Regierungshandeln, ohne universelle Werte wie Menschenwürde außer Kraft zu setzen. Für den eigenwohlorientierten Teil hingegen gelten Werte wie die Würde des Menschen in erster Linie für sich selbst.

Fortschreitende Erosion

Am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation die Ausbreitung von Sars-CoV-2 zu einer Pandemie. Regierungen auf der ganzen Welt erließen Notstandsgesetze, beschlossen Verordnungen und verhängten Verhaltensregeln mit dem Ziel, die Gesundheit und das Leben ihrer Bürger:innen zu schützen. Die Einschränkungen von Rechten als Reaktion auf gesundheitliche Notfälle sind nach internationalem

Instrumente der Repression

In 516 Berichten von November 2019 bis Oktober 2020 hat CIVICUS Grundrechtsverletzungen belegt. Der Anstieg steht für die zunehmende Erosion bürgerlicher Freiheiten.



Die Werte beziehen sich auf die Anzahl der Erwähnungen in den CIVICUS-Berichten. Quelle: CIVICUS (2020): People Power Under Attack

Recht zulässig. Sie müssen aber verhältnismäßig, notwendig und gesetzeskonform sein und sie dürfen niemanden diskriminieren (s. Seite 21).

2019 war ein Jahr der Proteste, in dem wachsende Ungleichheit, schlechte wirtschaftliche Bedingungen und Diskriminierung Menschen auf der ganzen Welt auf die Straßen trieb. Im Jahr 2020 mobilisierten sich die Menschen weiter und nutzten kreative und alternative Formen des Protests, im Netz wie im öffentlichen Raum.

Was ist Zivilgesellschaft?

Zivilgesellschaft beschreibt jenen Bereich in der Gesellschaft, der sich vom staatlichen und wirtschaftlichen Sektor sowie von der Privatsphäre abgrenzt. Er ist eine lebendige Arena des kollektiven öffentlichen Handelns. Darin findet sich eine Vielzahl an Positionen zu Fragestellungen, Lösungen und Verfahren. Zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren zählen Vereine, Verbände und vielfältige weitere Formen von Initiativen und sozialen Bewegungen. Sie bilden die Summe des Engagements der Menschen eines Landes. Dieses Engagement beruht auf Selbstorganisation. Dazu gehören alle Aktivitäten, die gemeinnützig, nicht profitorientiert und unabhängig von parteipolitischen Interessen sind.

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen haben viele Rollen: Sie leisten Hilfe für sozial Bedürftige und Schwache, übernehmen aber auch wichtige demokratische Funktionen. Wenn Vereine und Initiativen an demokratischen Werten orientiert und selbst demokratisch strukturiert sind, können sie eine Wirkung entfalten als eine Art Schule der Demokratie. Sie können in der Öffentlichkeit Themen setzen, auf Probleme aufmerksam machen, an die sich staatliche Stellen nicht herantrauen, und Druck aufbauen, damit sich etwas ändert. Eine unabhängige und kritische Zivilgesellschaft, die sich an Menschenrechten orientiert, nimmt die Rolle einer Wächterin ein: Sie fordert Rechte von Benachteiligten ein, kritisiert die öffentliche Politik, setzt sich für politische Mitgestaltung ein und zieht die Regierung zur Rechenschaft. Das alles macht sie zum Motor für gerechte und nachhaltige Entwicklung.

Massiv Druck von oben

Menschen protestierten, um politische und strukturelle Veränderungen zu fordern, unter anderem in Chile, Hongkong und Nigeria. In den USA brachen nach der Ermordung des Schwarzen George Floyd durch einen Polizisten im ganzen Land massive Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt aus. Auf der ganzen Welt nahmen Menschen diesen Protest auf und machten auf den systemischen Rassismus und seine Folgen in ihren eigenen Ländern aufmerksam. In Belarus und Kirgisistan schlossen sich Menschen zu Protesten für freie und transparente Wahlen zusammen. Als die Pandemie die vielerorts ohnehin schon schlechte wirtschaftliche Lage weiter verschärfte, erhoben die Menschen in vielen Ländern, darunter Venezuela und Simbabwe, ihre Stimme und forderten Nahrungsmittel und bessere Arbeitsbedingungen.

Doch anstatt die Ursachen für die Unzufriedenheit anzugehen, konzentrierten sich viele Regierungen darauf, Rechte zu beschränken und Repressionen auszuüben. Die Analysen von CIVICUS und Brot für die Welt belegen eindeutig, dass viele Beschneidungen der zivilgesellschaftlichen Handlungsräume nicht auf Maßnahmen zur Virusbekämpfung zurückzuführen sind, sondern in die Agenda repressiver Regierungen passen. Mehr noch: Diese Regierungen nutzten die Pandemie als Gelegenheit, die bürgerlichen Freiheiten noch weiter einzuschränken und Kritiker:innen mundtot zu machen.

COVID-19-Hotspots: Überfüllte Gefängnisse

Die Analyse der 516 CIVICUS-"Monitor Updates" zeigen: In beinahe allen Kategorien stieg die Zahl der dokumentierten Grundrechtsverletzungen – von 1.126 insgesamt gezählten Verstößen im Jahr 2019 auf 1.455 im Jahr 2020. Die Verhaftungen von Aktivist:innen und Journalist:innen haben dabei genauso zugenommen (von 250 auf 405) wie Schikanen und Einschüchterungen von Kritiker:innen (von 250 auf 340) oder die Angriffe auf Journalist:innen (von 118 auf 143). Bei diesen Werten handelt es sich nicht um die Anzahl der tatsächlichen Verstöße. Sie beziffern vielmehr die Häufigkeit, in der die Partnerorganisationen von CIVICUS in den Updates auf der Grundlage überprüfter Quellen darüber berichtet haben. Die Fallzahlen sind ein pars pro toto für die fortschreitende Erosion der Grundfreiheiten, die sich auf der ganzen Welt vollzieht.

Es ist angesichts der Pandemie umso bemerkenswerter, dass Regierungen besonders häufig Protestierende verhaften und sie in geschlossene und oft überfüllte Gefängnisse sperren ließen: Dort konnte sich das Virus noch leichter verbreiten. Wiederholt haben internationale Organisationen darauf hingewiesen, dass Strafen gegen Menschen, die sich gegen



| Protest statt Sonnenbad: Mit 100 symbolischen Gräbern am Strand der Copacabana haben Aktivist:innen im Juni 2020 gegen die Corona-Politik der Regierung protestiert. Brasilien gilt als eines der Epizentren der Infektion.

Beschränkungen wehren, nicht zu einer weiteren Ausbreitung der Pandemie beitragen dürfen. Doch indem sie Menschen massenhaft festsetzten, lieferten Regierungen wie etwa in Kambodscha ungewollt den Beweis, dass sie weniger daran interessiert waren, die öffentliche Gesundheit sicherzustellen, als vielmehr, unliebsame Gegner:innen von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Auch in offenen Gesellschaften ist Freiheit nicht selbstverständlich

Und noch eine Beobachtung war aufschlussreich im zurückliegenden Jahr: In vielen Ländern unterdrückten Regierungen systematisch Proteste, und zwar unabhängig vom zugrunde liegenden Grad an Freiheit, in dem die jeweilige Zivilgesellschaft agiert. Der CIVICUS-Report dokumentierte die Inhaftierung von Demonstrierenden sowie die Anwendung exzessi-

ver Gewalt gegen Proteste in Ländern mit geschlossenen oder unterdrückten Gesellschaften wie etwa in Aserbaidschan, Belarus, Dschibuti und Uganda – aber auch in Ländern, in denen die Menschen normalerweise ihre Freiheiten ohne größere Hindernisse ausüben können, etwa in Belgien und Schweden. Auch in Deutschland mussten vielerorts Behörden durch Gerichte darauf hingewiesen werden, dass sie die im Grundgesetz geschützte Versammlungsfreiheit verletzt hatten. Im April etwa entschied das Bundesverfassungsgericht, dass geltende Corona-Verordnungen nicht zu einem generellen Verbot von Versammlungen führen dürften.

"Die Demokratie ist zu zerbrechlich, als dass man sie allein den Politikern überlassen dürfte." Das sagte Kenneth Mtata, Generalsekretär des Nationalen Kirchenrats in Simbabwe im Rückblick auf sein Jahr 2020 (s. Seite 68). Sein Satz klingt wie ein Auftrag. Je mehr Menschen sich davon angesprochen fühlen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass 2020 nicht als Tief-, sondern als Wendepunkt in Erinnerung bleiben wird.

Die Last des Virus

Der Ausbruch der Pandemie hat die Welt vor Herausforderungen gestellt – Regierungen wie auch die Zivilgesellschaft. Corona war ein Schnelltest für Demokratie und Diskursfähigkeit der Weltgesellschaft. Viele Staaten sind an ihm gescheitert.

Der Generalsekretär sitzt an seinem Tisch wie der letzte Verbliebene. Einsam im Hauptquartier. Vor ihm ein Glas Wasser, an der Betonwand die blaue Flagge und das Logo seiner Organisation – eine aus Holz geschnitzte stilisierte Weltkarte, eingerahmt von zwei Zweigen. Es hat den Anschein, als müsse der Mann nur noch dieses eine Video aufzeichnen, um sich dann selbst in Sicherheit zu bringen. "Die Welt steht am Beginn einer beispiellosen Bewährungsprobe", sagt er mit ruhiger Stimme, wie ein Vater, der den Kindern etwas Schmerzhaftes, aber Unausweichliches erklären möchte. "Dies ist die Stunde der Wahrheit."

Es ist der 31. März 2020. Die Vereinten Nationen haben zu einer virtuellen Pressekonferenz eingeladen. Das Thema: "Vorstellung des Reports über die sozio-ökonomischen Folgen von COVID-19". UN-Generalsekretär António Guterres gibt sich keine Mühe zu verbergen, wie alarmiert er ist. Hunderttausende seien bereits ernsthaft erkrankt, sagt der Portugiese. Das Virus verbreite sich rasend schnell über die ganze Welt. Gesellschaften seien in Aufruhr, Volkswirtschaften befänden sich im Sturzflug. "Die Botschaft des Berichts ist klar: Die Auswirkungen des Virus verlangen geteilte Verantwortung und globale Solidarität."

Guterres belässt es aber nicht bei den sonst üblichen Appellen. Er beziffert vielmehr, was er sich unter kollektivem Verantwortungsbewusstsein vorstellt: "eine groß angelegte, koordinierte und umfassende multilaterale Reaktion, die mindestens zehn Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts ausmacht". Niemand möge vergessen, was jetzt auf dem Spiel steht: "Wir sind nur so stark wie das schwächste Gesundheitssystem in unserer vernetzten Welt."

Es ist Ende März, und Guterres redet der Welt ins Gewissen. Jetzt muss sich zeigen, wie es um Verantwortungsbewusstsein und Solidarität bestellt ist. Wird die Menschheit diese Probe bestehen?

Verwundbar im Zeitraffer

Das Virus hat Staaten weltweit vor neue Herausforderungen gestellt – vor medizinische und gesellschaftliche. Die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur daran, wie ihre Wissenschaftler:innen mit einem Virus zurechtkommen, das sie vor Rätsel stellt, sondern auch daran, wie offen diejenigen für Kritik sind, die weitreichende Entscheidungen treffen müssen, und inwieweit sie alle zu Wort kommen lassen, die davon betroffen sind. Die Zivilgesellschaft an der Bewältigung einer solch existentiellen Krise aktiv zu

beteiligen, ist die Voraussetzung dafür, dass die Gesellschaft insgesamt möglichst wenig Schaden nimmt und die Interessen aller Gruppen zum Tragen kommen – nicht nur derer, die über gute Kontakte zu den Herrschenden verfügen. Die Pandemie war nicht weniger als ein global angelegter Schnelltest für die Diskursfähigkeit der Weltgesellschaft.

Die Menschheit ist nur so stark wie ihr schwächstes Land. Diese Botschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ist die eine Wahrheit des Jahres 2020. Die andere lautet: Es sind nach Angaben der Johns Hopkins University im Verlauf des Jahres mehr als 1,8 Millionen Menschen im Zusammenhang mit dem Corona-Virus gestorben. Die Wirtschaft kam in vielen Teilen der Welt zum Erliegen. Und: Auch die Demokratie hat Schaden genommen. COVID-19 hat offengelegt, wie verwundbar die Menschheit geworden ist, wenn ein Virus nicht mehr 20 Jahre zur weltweiten Ausbreitung benötigt wie einst die Pest, sondern nur wenige Wochen. Und es hat offenbart, wie zerbrechlich grundlegende demokratische Prinzipien sind, wenn im Namen des Gesundheitsschutzes Menschen drangsaliert, verfolgt oder gar erschossen werden.

Menschenrechte sind kein Luxus. Sie sind entstanden infolge von Krisen und als Leitplanken besonders für den Fall, dass eine Gesellschaft auf die Probe gestellt wird. Eine Pandemie zwingt Regierungen abzuwägen: In welchen Fällen ist es vertretbar und sogar staatliche Pflicht, Rechte von Bürger:innen zu beschneiden, um Krankheitserreger an ihrer Ausbreitung zu hindern? Wo müssen vorübergehend berechtigte Interessen zurückstehen, damit die Gesundheitssysteme nicht kollabieren und Ärzt:innen und Pflegende gezwungen werden, über Leben und Sterben zu entscheiden? Zugleich aber gilt: Universelle Menschenrechte wie Meinungsfreiheit oder das Recht auf Nahrung lassen sich nicht mit Verweis auf den Infektionsschutz grundsätzlich außer Kraft setzen. Das Jahr 2020, dessen soziale, politische und ökonomische Folgen noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zu spüren sein werden, war eine solche Probe. Es lässt sich nicht sagen, dass die Welt sie bestanden hat.

Viele Regierungen haben die Pandemie instrumentalisiert

Wie ernst die Lage ist, in die das Virus die Welt gebracht hat, zeigt beispielhaft ein Dokument, das das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen Ende April veröffentlichte. Unter der Überschrift "Notfallmaßnahmen und COVID-19: Anleitung" beschreibt es die Kriterien, nach denen Regierungen ihre Entscheidungen abzuwägen und zu treffen hatten. Es sind gewichtige Fragen:

Sind Einschränkungen rechtmäßig – stehen sie also in Einklang mit den geltenden Gesetzen?

Sind sie notwendig, um die öffentliche Gesundheit zu gewährleisten?

Sind sie verhältnismäßig – ist eine Maßnahme stets die am wenigsten einschneidende Option?

Werden damit nicht einzelne Gruppen diskriminiert? Die insgesamt fünf Seiten lesen sich wie der Rettungsplan für die Crew eines Hochseeschiffs, das in schwere Turbulenzen geraten ist.

Sechs Kriterien für den Notstand

Diese Prinzipien müssen eingehalten werden, wenn Grundrechte eingeschränkt werden.



Dieses Dokument besagt, dass es gerechtfertigt und rechtmäßig sein kann, individuelle Freiheitsrechte zugunsten der öffentlichen Gesundheit einzuschränken, dass es sogar staatliche Pflicht sein kann, Maßnahmen zum allgemeinen Gesundheitsschutz zu ergreifen und individuellen Grundrechten vorzuziehen, wenn das Recht auf körperliche Unversehrtheit andernfalls nicht mehr gewährleistet werden kann. Doch sie besagen eben auch, dass jede Beschränkung so eng wie möglich ausgelegt werden muss. Und dass die Begründungslast bei den Behörden liegt: Sie müssen jede Einschränkung von Rechten gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen.

Tatsächlich jedoch sind viele Regierungen vom Kurs abgekommen. Die internationale Nichtregierungsorganisation Freedom House mit Sitz in Washington hat knapp 400 Journalist:innen, Akteur:innen der Zivilgesellschaft und Aktivist:innen befragt. Ergebnis: In 80 Staaten haben Demokratie und Menschenrechte gelitten. In einigen Fällen, weil Regierungen im Kampf gegen das Virus Datenschutz oder das Recht, sich friedlich zu versammeln, vorübergehend ausgesetzt haben. In anderen, weil Regierungen die Gunst der Stunde für sich genutzt haben.

Nach der Analyse von Freedom House könnte sich China, von wo aus das Virus sich in rasender Geschwindigkeit ausgebreitet hatte, als "dystopisches Vorbild für die Zukunft" erweisen: Eine verstärkte nationalistische und propagandistische Rhetorik soll die Forderungen nach Transparenz und Verantwortung ebenso übertönen wie die nach einer Begrenzung der technologischen Überwachung. Und wer das harte Vorgehen kritisiert – innerhalb wie außerhalb des Landes – soll möglichst mundtot gemacht werden.

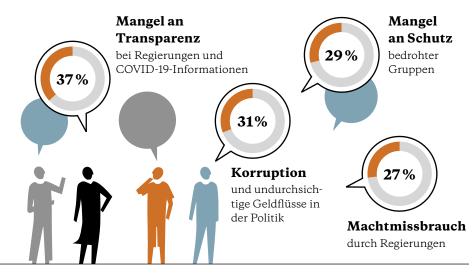
Aber nicht nur in China: In der Abwägung zwischen Gesundheits- und Infektionsschutz einerseits und unveräußerlichen Grundrechten andererseits haben viele Regierungen die Pandemie instrumentalisiert, um Versammlungsverbote oder eine ungerechtfertigte Beschränkung der Meinungs- und Medienfreiheit durchzusetzen. Sie haben die Situation einer Zivilgesellschaft, die von der Pandemie einerseits und von Repressionen andererseits in die Enge getrieben wurde, genutzt, um Fakten zu schaffen. Sie haben Verordnungen erlassen, die die Mitbestimmung des Parlaments ausgehebelt, ihre Entscheidungs- und Machtbefugnisse erweitert und die Handlungsräume ihrer Kritiker:innen massiv beschnitten haben. Auch und gerade derer, die sich für benachteiligte Gruppen einsetzen. Vielerorts konnte man den Eindruck gewinnen, dass den

Globale Mangelerscheinungen

Eine Umfrage unter Expert:innen aus der ganzen Welt zeigt, wo und wie Staaten ihre Pflichten während der Pandemie verletzt haben. Am häufigsten genannt: undurchsichtiges Regierungshandeln.

Frage:

"In welchen Bereichen wurde die Demokratie in Ihrem Schwerpunktland nach Ihrem Eindruck am meisten beschädigt?"



Häufigkeit der Antworten. Grundlage: Liste von insgesamt 15 Punkten Quelle: Freedom House (2020): Democracy Under Lockdown

Verantwortlichen die Pandemie nicht ungelegen kam – verschaffte sie ihnen doch die Möglichkeit, die politischen Verhältnisse nach ihren Vorstellungen zu formen, dabei aber so zu tun, als seien sie selbst nicht Täter, sondern Opfer.

Im Juli sagte David Kaye, bis zum Sommer der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Meinungsfreiheit, in einer Art Zwischenbilanz: "Die Menschen haben gelitten, weil einige Regierungen sich lieber vor Kritik schützen wollen als zuzulassen, dass Menschen Informationen austauschen über die Pandemie oder darüber, was Behörden tun, um sie zu schützen, und was nicht."

Wie alles begann: China

Wuhan im Januar 2020. Die Kreuzungen der Metropole, an denen sich zehnspurige Straßen treffen, sind ausgestorben. In normalen Zeiten staut sich hier so viel Verkehr, dass die Behörden Fußgängerbrücken gebaut haben. Jetzt aber huscht gelegentlich ein Radfahrer vorbei, hier und da ein Auto. Wer ohne guten Grund unterwegs ist, etwa um zur Arbeit oder zum Einkaufen zu fahren, riskiert den Führerschein. Die wenigen Menschen auf den Gehwegen schützen sich, indem sie sich mit Handschuhen und mehrfach übereinander gezogenen Masken eingepackt haben. Eine Zwölf-Millionen-Stadt im Leerlauf – und in Angst.

Am 23. Januar riegeln die Behörden die Stadt ab. Anfangs, so erzählt ein Journalist aus Wuhan, hätten sich die Maßnahmen der Regierung weniger auf die Eindämmung der Pandemie selbst fokussiert als auf die Eindämmung und Unterdrückung von Informationen. Sie zensiert alle Stimmen, die vor

dem Virus zu warnen versuchen. Den Kampf gegen seine Ausbreitung führen vor allem die sogenannten Nachbarschaftskomitees, eingeführt unter Mao, damit die Arme der Kommunistischen Partei bis in die Wohnzimmer reichen. Die Komitees fühlen sich dem von Staatspräsident Xi Jinping ausgerufenen "Volkskrieg zur Prävention und Kontrolle der Pandemie" verpflichtet. "Volkskrieg" – es ist ein maoistischer Kampfbegriff, der für die Verschmelzung von Kommunistischer Partei, Staat und Zivilgesellschaft im Angesicht eines gemeinsamen Feindes steht. Die Blockwärter:innen sorgen dafür, dass niemand gegen die rigiden Pandemie-Regeln verstößt. Sie besetzen Kontrollstationen, messen Fieber, achten darauf, dass, wer in Quarantäne ist, die Wohnung nicht verlässt, und installieren zur Not Kameras vor der Wohnung und mauern die Türen zu. Sie organisieren aber auch Hilfe und die Versorgung mit Lebensmitteln für jene, die ihre Wohnung nicht verlassen dürfen.

Der Staat errichtet währenddessen ein System lückenloser Überwachung. Für alle Bürger:innen gilt die Verpflichtung, eine App auf dem Smartphone zu installieren, die Auskunft über den Gesundheitszustand und den Aufenthaltsort gibt und feststellt, ob man einen öffentlichen Ort betreten darf. Auf der Grundlage des eigenen Gesundheitszustands weist sie farbige Codes aus: Frei bewegen darf sich nur, wessen Telefon grün zeigt. Rot bedeutet: bestätigte Corona-Infektion. Integriert ist zudem ein QR-Code, den jeder vorzeigen muss,

der ein Gebäude betreten möchte – auch eine Einkaufspassage oder das eigene Wohnhaus. Behörden sind berechtigt, den QR-Code einzusehen. Zusätzlich muss man den Namen, die Ausweisnummer, die Körpertemperatur und die Reisehistorie der zurückliegenden Tage angeben. Datenquellen und Entscheidungsverfahren der App liegen in den Händen des Regierungsapparats. Sie sind intransparent und missbrauchsanfällig. So sollen auch Menschen, die gegen die Wuhaner Lokalregierung vorgehen wollten, Opfer falscher Rot-Einstufungen geworden sein.

Es gibt praktisch keine Möglichkeit mehr, sich der Überwachung zu entziehen, der analogen wie der digitalen. Internetplattformen wie WeChat und Weibo betreiben Hotlines, auf denen Menschen melden können, wenn sie Kranken begegnet sind. Manche Städte loben sogar Belohnungen aus für diejenigen, die andere denunzieren. Chinesische Unternehmen installieren Überwachungskameras, die in einer Menschenmenge jene Personen identifizieren können, die eine erhöhte Temperatur haben oder keine Maske tragen. Und eine ganze Reihe von Apps nutzen die persönlichen Gesundheitsdaten

von Bürger:innen, um andere darauf aufmerksam zu machen, dass sie sich in der Nähe von Infizierten befunden haben. Solche Eingriffe rechtfertigen die chinesischen Behörden mit dem ewigen Refrain der Krise: Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Und der überwiegende Teil der Bevölkerung trägt sie mit, weil die Menschen selbst das Gefühl haben, dass sie damit so schnell wie möglich wieder zu ihrem normalen Leben zurückkehren können. Gleichzeitig werden die Rechte vieler ihrer Mitbürger:innen verletzt. Zu jenen, deren Rechte besonders stark verletzt werden, zählen Ärzt:innen, Angehörige von Verstorbenen und Journalist:innen, die sich der Verschleierungstaktik der Behörden widersetzen. Sie sprechen offen über das, was in Krankenhäusern vor sich geht. Daraufhin verschwinden sie entweder für Wochen spurlos oder werden verhaftet und später verurteilt. Weil es unter der Kommunistischen Partei quasi keine kritische Zivilgesellschaft mehr gibt, bleiben die meisten dieser Fälle unbekannt. Allein der Tod des Arztes Li Wenliang, der als Erster vor dem Virus warnte und von der Polizei gerügt wurde, weil er "Gerüchte" verbreitet habe, sorgt für wütende Proteste. Die Rechte der Bürger:innen müssen mehr und mehr den auf Sicherheit und Stabilität bedachten Maßnahmen der Kommunistischen Partei weichen. Damit war sie auch im Kampf gegen die Pandemie erfolgreich. Bis Jahresende zählte

| In Indien nimmt die Polizei im August 2020 Mitglieder des Jugendkongresses von Kalkutta fest. Sie protestieren gegen die Entscheidung der Regierung, während der Reisebeschränkungen Aufnahmeprüfungen stattfinden zu lassen.



die WHO mit knapp 5.000 vergleichsweise wenige Todesfälle. Viele Menschen in China fragen sich bis heute: Was nützt eine Demokratie, wenn sie ihre Bevölkerung nicht vor einem Virus schützen kann?

Was ist notwendig - und was nicht?

Das Wesen jeder Verführung ist es, dass man von ihr nur mehr schwer lassen kann, wenn man ihr erst einmal verfällt. Ist eine Zivilgesellschaft nicht aufmerksam, wacht sie nach dem Virus in einer unfreieren Welt auf – in einer neuen Realität. Diese Sorge trieb Menschen 2020 überall auf der Welt um. Denn China ist nicht der einzige Staat, der die eigene Bevölkerung mit Maßnahmen verfolgt, die sich von Fußfessel und Maulkorb nicht allzu sehr unterscheiden.

Auch demokratische Staaten wie Südkorea setzten im Kampf gegen das Virus auf den Einsatz modernster Überwachungstechnik. Datenschutz und Persönlichkeitsrechte wurden massiv eingeschränkt. Mit ihrer rigiden digitalen Überwachungsstrategie war die Regierung im Kampf gegen die Pandemie enorm erfolgreich, auch weil die Mehrheit der Bevölkerung ihre Maßnahmen mittrug. Manche Beobachter:innen führ-

ten die Zustimmung darauf zurück, dass die südkoreanische Regierung – ähnlich wie die von Taiwan oder Japan – schnell handelte und transparent kommunizierte. Andere verwiesen darauf, dass die Bevölkerungen dieser Länder einen ausgeprägten Gemeinsinn haben und wegen früherer Erfahrungen bei der Ausbreitung von Viren, etwa bei der Vogelgrippe, auf einen solchen Ausnahmezustand besser vorbereitet waren. Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung) gilt als das erste Land, das mobiles Tracking einsetzte, um das Einhalten der Quarantäne zu überwachen – also die Nach-

Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung) gilt als das erste Land, das mobiles Tracking einsetzte, um das Einhalten der Quarantäne zu überwachen – also die Nachverfolgung durch Daten, die das Smartphone erzeugt, wann immer es sich in eine Funkzelle eingeloggt hat. Von Ende Januar an wurden auf diese Weise Personen geortet, die sich in Quarantäne befanden. Dafür genügte bereits die Handynummer, es musste keine besondere App installiert sein. Wer heimlich die Wohnung verließ, musste eine hohe Geldstrafe bezahlen. Auch in Südkorea galt das Gebot radikaler Transparenz: Zweimal am Tag stellte die Regierung Briefings online und veröffentlichte die Bewegungsabläufe von Infizierten. Wer in der Nähe von Infizierten wohnte, bekam eine SMS.

Es gibt weitere Beispiele. In Israel erhielt der Inlandsgeheimdienst Shin Bet von Mitte März an weitgehende Befugnisse, um Kontaktpersonen von Corona-Infizierten aufzuspüren. Er durfte von den Mobilfunkanbietern die Herausgabe der Standortdaten von infizierten Personen verlangen und diese bis zu 60 Tage speichern. Ende April entschied das Verfassungs-

Rechtsstaatlichkeit unter Druck

Eine Umfrage unter knapp 400 Journalist:innen und Akteur:innen der Zivilgesellschaft ergibt ein düsteres Bild: In mehr als 80 Staaten schwächten Pandemie-Bestimmungen die Demokratie



Quelle: Freedom House (2020): Democracy Under Lockdown

gericht, dass die Regierung einen Prozess einleiten müsse, der dies legalisiere. Im Juli verabschiedete das israelische Parlament das entsprechende Gesetz. Im März 2021 kritisierte der Oberste Gerichtshof die "drakonische" Überwachung und schränkte sie ein: Nur wenn ein bestätigter Corona-Virus-Patient bei der epidemiologischen Untersuchung nicht kooperiert oder über seine Begegnungen nicht Auskunft gibt, sei eine Überwachung möglich. In Österreich ließ ein Mobilfunkanbieter die Regierung in die Bewegungsdaten aller Bürger blicken. Und in Indien erklärte die Regierung die offizielle Corona-App für obligatorisch für alle, die zur Arbeit gingen oder öffentliche Verkehrsmittel nutzten – in einem Land, in dem sich viele ein Smartphone gar nicht leisten können.

Kritik am eigenen Handeln nahmen Regierungen mit dem Verweis auf ihre Erfolge im Kampf gegen die Pandemie gelassen hin. In Südkorea etwa gab es nach Angaben der WHO bis Ende des Jahres insgesamt nur 900 Todesfälle, in Taiwan ganze sieben. Nur wenige Länder, darunter auch Vietnam oder Neuseeland, hatten die Infektionskurve so flach halten können. Und so stellen solche Beispiele die Welt vor eine kniffelige Frage: Welcher Preis ist für den Schutz der Bevölkerung vor einer solchen globalen Katastrophe vertretbar? Auf die Kriterien, die die Vereinten Nationen im April in Erinnerung gerufen hatten, gibt es nun einmal keine eindeutigen Antworten.

Die Beschränkung der Meinungsfreiheit als Superspreader

Wer während eines Ausnahmezustands "falsche oder verzerrte Tatsachen" an eine Öffentlichkeit streut und damit bei einer größeren Zahl von Menschen "Unruhe verbreitet", kann mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden. Und mit weiteren drei Jahren, wenn dies auf eine Weise erfolgt, die geeignet ist, "den Erfolg der Verteidigung zu verhindern oder zu vereiteln". Dies besagt Paragraph 337 des "Corona-Schutzgesetzes", das die ungarische Regierung am 30. März beschloss. Das Gesetz ist ein gutes Beispiel dafür, wie Regierungen die Pandemie nutzten, um Kritiker:innen mundtot zu machen. Es gestattete dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán ein zunächst unbefristetes Regieren per Dekret. In einem Gespräch mit internationalen Medien verteidigte die Justizministerin das Vorgehen: "Diese Strafbestimmung ist angemessen und notwendig, um Desinformationskampagnen zu bekämpfen." Mitte Juni hob das Parlament das Gesetz auf. Die Opposition sprach allerdings von einer "optischen Täuschung". Denn mit den Stimmen des Regierungslagers billigte das Parlament auch einen Gesetzesentwurf, der es der Regierung nach Ansicht von Kritiker:innen ermöglichen würde, einen weiteren sogenannten "medizinischen Krisennotstand" auszurufen. Parallel bestätigte das ungarische Verfassungsgericht, der Straftatbestand "Panikmache" sei verfassungsgemäß.

Ungarns Machthaber schien das Virus gerade recht zu kommen. Schon länger berüchtigt für einen autokratischen Führungsstil, der Meinungsfreiheit eher als Hindernis denn als zivilisatorische Errungenschaft sieht, nutzte Orbáns Regierung das Virus, um den Handlungsraum der Zivilgesellschaft an einem neuralgischen Punkt weiter zu beschneiden.

Zu welchen Konsequenzen die pauschale Formulierung "falsche oder verzerrte Tatsachen" führt, ließ sich Mitte Mai beobachten. Laut den regierungskritischen Internetseiten 444.hu und magyarnarancs.hu durchsuchte die Polizei das Haus eines Mannes in einem Dorf im Nordosten des Landes und beschlagnahmte den Laptop. Der 64-Jährige kam auf die Wache und wurde verhört. Via Facebook hatte er Orbáns Ankündigung kritisiert, Anfang Mai die Corona-Sicherheitsmaßnahmen zu lockern, vor einer zweiten Ansteckungswelle gewarnt und geschrieben: "Du bist ein gnadenloser Tyrann. Aber merk dir, bis jetzt ist noch jeder Diktator gestürzt." Die Staatsanwaltschaft ließ den Mann wieder frei. Die vergiftete Atmosphäre blieb auch nach Aufhebung der Gesetze bestehen: Journalist:innen, die die Pandemie-Strategie kritisierten, wurden von regierungsnahen Medien bezichtigt, "fake news" zu verbreiten. Etliche von ihnen erhielten per E-Mail und Sozialen Medien Morddrohungen.

Journalist:innen in Gefahr

Weltweit gerieten Medienschaffende zunehmend unter Druck. In Tansania etwa mussten mehrere Fernsehsender aufgrund ihrer Berichterstattung über die Pandemie Geldstrafen zahlen. Mindestens ein Journalist und eine Onlinezeitung wurden nach Angaben von Reporter ohne Grenzen für sechs Monate gesperrt: Talib Ussi Hamad hatte über den Verlauf einer Corona-Infektion berichtet, vermeintlich ohne die Zustimmung des Erkrankten. Wenige Tage darauf wurde er suspendiert. Mit derselben Strafe wurde die Zeitung Mwananchi belegt, nachdem sie ein Foto des Präsidenten John Magufuli veröffentlicht hatte: Es zeigte ihn mit mehreren Begleitern beim Shoppen – ohne Abstand. Nach Angaben der Regierung sei das Foto vor Beginn der Pandemie entstanden. Auch in Aserbaidschan, seit Jahren bekannt für den rigiden Umgang mit Kritiker:innen, kamen zahlreiche Journalist:innen und Aktivist:innen dafür ins Gefängnis, den Pandemiekurs der Regierung hinterfragt zu haben. Der Oppositionelle Mahammad



| Totale Kontrolle: Nur wer den Infrarot-Check schafft, darf in der chinesischen Stadt Guangzho die Metro nutzen. Wer fiebert, muss in Quarantäne. Schon im März 2020 versucht die Regierung, die Pandemie via Überwachung einzudämmen.

Imanli wurde verhaftet, weil die Behörden ihm vorwarfen, das Virus mutwillig verbreitet zu haben. Er wurde zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Sein Vater sagt heute: "Unser Land hat ein Stadium erreicht, an dem Polizei, Staatsanwälte und Gerichte jedes beliebige Urteil verkünden können."

Das Jahr 2020 zeigte: Wo Informationen nicht frei fließen, wo sich Menschen nicht aus unabhängigen Quellen informieren können, breitet sich eine Pandemie umso ungehinderter aus. Autoritäre Regime gefährden damit ihre Bevölkerung, die sie zu schützen vorgeben, noch mehr. Die Beschränkung der Meinungsfreiheit ist ein Superspreader.

Machtdemonstrationen statt Infektionsschutz

Die Entrechtung unter dem Vorwand, die Gesundheit der Menschen zu schützen, zeigte viele weitere Gesichter. Etliche Regierungen untersagten ihren Bürger:innen pauschal, für ihre Anliegen auf die Straße zu gehen. Südafrika, Russland, Indien, Brasilien, Polen, Mosambik, Nicaragua – auf allen Kontinenten verhängten Länder mit Verweis auf den Infektionsschutz Ausgangssperren und verboten Versammlungen. Polizist:innen setzten gegen Demonstrierende Gummi-

geschosse ein und demütigten Menschen öffentlich – oft ohne selbst die Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten. Also diejenigen Regeln, die ihre Regierungen als Grund dafür anführten, die Bevölkerung zu drangsalieren. Doch eine Gemeinschaft, die nicht demonstrieren kann, ist wie ein Körper ohne Beine: Sie wird bewegungsunfähig. Das Recht, sich friedlich zu versammeln, um für die eigenen Interessen zu demonstrieren, gehört zu den wichtigsten Merkmalen einer freien Gesellschaft. Ohne die Möglichkeit, Druck von der Straße aufzubauen, fehlt das Korrektiv, das Regierungen zwingt, den Kurs zu hinterfragen und gegebenenfalls zu ändern. Je länger die Pandemie andauerte, umso stärker wurde mancherorts der Eindruck, dass staatlicherseits kein Interesse daran bestand, das eigene Handeln zu hinterfragen.

Leidtragende waren oft jene, die sich am wenigsten wehren können. In Angola beispielsweise kamen zwischen Mai und Juli mindestens sieben Menschen ums Leben, darunter Jugendliche – 14, 15, 16 Jahre alt. Ihre Vergehen: Sie hatten Fußball gespielt oder Verwandte besucht. Laut Amnesty International feuerte die Polizei in eine Gruppe auf einem Sportplatz. Einem Jugendlichen wurde ins Gesicht geschossen, als er

bereits verletzt am Boden lag. "Die Behörden nutzen den Notstand, um willkürlich die Menschenrechte einzuschränken" – so beschrieb João Malavindele, geschäftsführender Direktor der angolanischen Menschenrechtsorganisation OMUNGA, die Situation in seiner Heimat.

In Mittel- und Südosteuropa bedeutete die Pandemie für Millionen verarmter Roma eine humanitäre Katastrophe. Die meisten hatten bereits vor Ausbruch der Pandemie unter prekären Bedingungen gelebt: in Armut und Enge, mit drei, vier Generationen auf kleinstem Raum, ohne Zugang zu Wasser. Sie hatten Plastik und Müll gesammelt und Haushaltswaren oder Blumen verkauft. Doch jetzt ließen bulgarische Behörden ganze Dörfer abriegeln, bewacht von Polizei und Militär.

Besonders hart traf die Pandemie Migrant:innen und Menschen auf der Flucht. Die Bilder von der türkisch-griechischen Grenze oder aus dem Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos wurden in Europa zu einer Art infernalischem Grundrauschen, weil sich Europa im Zuge der Pandemie komplett abschottete. Die Häfen von Malta und Italien wurden zwischenzeitlich geschlossen. Die EU setzte im März 2020 das Resettlement-Programm aus, das anerkannten Flüchtlingen, die in den miserablen Lagern Libyens festsitzen, einen Weg nach Deutschland eröffnet. Ab Sommer wurde es in Teilen wieder aufgenommen.

Auch in Lateinamerika und in Afrika lebten Menschen unter katastrophalen Bedingungen. Uganda, drittgrößtes Aufnahme- und Transitland der Welt, hatte 2019 1,4 Millionen Geflüchtete vor allem aus Bürgerkriegsländern wie Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo aufgenommen. In Camps ohne angemessene medizinische Versorgung, ausgezehrt von den Strapazen der Flucht, mangelte es Menschen jetzt an Schutzräumen und lebenswichtiger Versorgung.

An der US-mexikanischen Grenze nahmen Herbergen und Flüchtlingsunterkünfte keine Schutzsuchenden mehr auf. Die Menschen lebten auf der Straße, ohne jede Möglichkeit, sich und andere vor der Ausbreitung zu schützen. In anderen Ländern, etwa in El Salvador, wurden Migrant:innen unter haftähnlichen Bedingungen in Quarantänezentren gesteckt. Mehr als 40 zivilgesellschaftliche Organisationen veröffentlichten im April 2020 einen gemeinsamen Aufruf mit den Hashtags #CuarentenaConDerechos und #CuarentenaConDignidad – übersetzt: eine Quarantäne mit Rechten, eine Quarantäne mit Würde.

Bedrängt von allen Seiten

Bereits seit März 2017 stand Clemencia Salas Salazar in Mexiko unter dem Schutz zweier Polizeieinheiten, angeordnet von der Nationalen Menschenrechtskommission. Salazar hatte sich wegen ihrer Arbeit als Menschenrechtsverteidigerin viele Feinde gemacht. Im März 2020 reduzierten die Behörden von Yucatán die Begleitung auf einen Polizisten mit

eingeschränkten Befugnissen. Die anderen würden nun gebraucht, um die Pandemie zu bekämpfen, so das Argument. Erst im Juni bekam sie wieder mehr Schutz, auch weil internationale Organisationen wie Amnesty International Druck machten.

Der Fall von Clemencia Salas Salazar steht exemplarisch dafür, wie überall auf der Welt all jene zunehmend gefährdet waren, die sich für die Rechte anderer einsetzen. Viele Menschenrechtsverteidiger:innen gerieten während der Pandemie gleich mehrfach in Bedrängnis. Zum Ersten wird der Druck durch die zunehmenden Einschränkungen der Grundrechte auf sie noch größer: Wo etwa die Meinungsfreiheit beschnitten wird, verengen sich gerade die Handlungsräume jener, die bei Missständen ihre Stimme erheben. Zum Zweiten füllten diese Menschen vielerorts die Lücken, die sich auftaten, weil Regierungen selbst mit der Situation überfordert waren oder weil sie einzelne Gruppen absichtlich sich selbst überließen, sodass Aktivist:innen noch ungeschützter waren. Und zum Dritten machten Ausgangssperren es ihren Gegner:innen noch einfacher, ihre Arbeit zu behindern oder sie gar zu bedrohen und zu töten. Wer leichter aufzuspüren und anzutreffen ist, wird umso schneller zum Opfer.

Zu den Folgen zählen nicht nur zahlreiche Morde an Menschenrechtsverteidiger:innen und massenhafte Verhaftungen. Die Verteidiger:innen bekamen die Konsequenzen auch dadurch zu spüren, dass sie, einmal in Haft, dort gewissermaßen zurückgelassen wurden. So beispielsweise auch die iranische Aktivistin Narges Mohammadi. Seit 2015 sitzt die Frauenrechtsaktivistin im Gefängnis, 2016 wurde sie zu 16 Jahren Haft verurteilt: zehn Jahre für die Gründung einer Gruppe, die sich gegen die Todesstrafe einsetzte; fünf Jahre für die Teilnahme an Versammlungen und Verabredungen "mit der Absicht, die nationale Sicherheit zu beschädigen"; ein Jahr "für die Verbreitung von Propaganda gegen das System". Zwischen März und April wurden im Iran zwar 85.000 Menschen vorzeitig entlassen, um in den sonst überfüllten Anstalten Infektionsherde auszuschalten. Doch Mohammadi blieb trotz einer Vorerkrankung an der Lunge auch dann noch in Haft, als sie Symptome einer COVID-19-Infektion zeigte. Mehr noch: Die Behörden verweigerten ihr jede medizinische Betreuung, inklusive der Möglichkeit, die Infektion überhaupt zu diagnos-

Das Jahr des Dammbruchs

Über das Jahr 2020 hieß es oft, es habe Entwicklungen ermöglicht, die bis dahin undenkbar gewesen seien. Gute Entwicklungen. Regierungen warfen ihre strenge Sparpolitik über Bord und beschlossen finanzielle Hilfen in Milliardenhöhe. Menschen stellten sinnlose Flüge ein und begannen, zu überlegen, was eigentlich ein gutes, erfülltes Leben ausmacht. Die Hoffnung vieler ist gar, dass 2020 – nach Überwindung der Pandemie – als Zäsur gelten könnte, die manches in der Welt zum Positiven verändert hat. Genauso richtig aber ist: 2020 wird als Jahr des Dammbruchs in die Geschichte eingehen.

Regierungen haben die Pandemie nicht nur genutzt, um Freiheitsrechte zu verletzen, sondern auch, um Fakten zu schaffen, die ihre Wirkung auch dann noch zeigen werden, wenn das Virus besiegt ist.

In Peru beispielsweise beschloss das Parlament ein Gesetz, das Polizist:innen weitgehenden Schutz garantiert, selbst wenn sie Menschen töten. Das Gesetz öffnet die Pforte für exzessive Gewalt - und lässt Täter unbestraft. Im Westjordanland erreichten die Zerstörungen von Häusern und Infrastruktur durch Israel trotz der Pandemie einen neuen Höchststand. Nach Angaben des Amts der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) wurden zwischen der Ausrufung des Notstands am 5. März und Ende Dezember 752 sogenannte Strukturen zerstört. Damit sind nicht nur Häuser gemeint, sondern auch etwa Ställe oder Lager für landwirtschaftliche Geräte. Damit verloren 5.000 Menschen nicht nur ihr Zuhause, sondern oft ihre gesamte Wirtschaftsgrundlage. Das bedeutet einen Anstieg der Zerstörungen um 43 Prozent, verglichen mit dem gleichen Zeitraum 2019.

In Brasilien wurde im April das Video einer Sitzung des Kabinetts unter Präsident Jair Bolsonaro öffentlich: Darin erklärte Umweltminister Ricardo Salles freimütig, man müsse die Aufmerksamkeit, die die Pandemie auf sich zieht, nutzen, um Umweltgesetze zu schwächen und die Abholzung zu beschleunigen: "Da die Presse sich ausschließlich mit COVID-19 beschäftigt, haben wir jetzt die Möglichkeit, uns das Amazonas-Thema vorzunehmen." Salles befand sich mit dieser Einschätzung in guter Gesellschaft: Laut einer Untersuchung der Umweltorganisation WWF in 18 tropischen Ländern lagen die Verluste an Regenwald im März 2020 rund 150 Prozent über dem März-Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2019. Die Fläche schrumpfte um 6.500 Quadratkilometer – etwa sieben Mal die Fläche Berlins.

Und was passiert in Deutschland?

Auch hierzulande hat die Pandemie grundsätzliche Fragen aufgeworfen. Nach welchen Kriterien bewerteten die politisch Verantwortlichen, aber auch die Bürger:innen, ob Maßnahmen verhältnismäßig waren oder nicht? Gelang die richtige Balance zwischen Persönlichkeits- und Gesundheitsschutz, zum Beispiel beim Einsatz von Technologien? Welche Form des Protests musste der Staat nicht nur erdulden, sondern sogar ermöglichen?

Politik und Gesellschaft hatten harte Debatten auszufechten. Zum Beispiel als bei der Corona-App anfangs zur Debatte stand, der Staat könne in ähnliche Überwachungsfantasien abgleiten wie Südkorea oder Taiwan. Oder als nach einer Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina im Frühjahr die Kritik aufkam, Interessen gerade von benachteiligten Gruppen wie Menschen mit Behinderung, Migrant:innen oder Schüler:innen seien nicht ange-

messen berücksichtigt worden. Oft mussten Akteur:innen der Zivilgesellschaft und Gerichte den Staat in die Schranken weisen, bevor er selbst in den Beschränkungen zu weit gehen konnte. Am 16. April entschied beispielsweise das Bundesverfassungsgericht, Demonstrationen dürften nicht generell mit Verweis auf die Pandemie verboten werden.

Am heftigsten waren die Diskussionen um die Versammlungsfreiheit im Sommer, als Gegner:innen der Corona-Regeln, aber auch andere Gruppen auf die Straße gehen wollten – etwa, um auf die prekäre Situation von Künstler:innen aufmerksam zu machen. Es war nicht immer Bundes- oder Landesregierungen zu verdanken, dass Demonstrationen unter Auflagen wieder möglich wurden, sondern oft denjenigen, die vor Gerichten dafür stritten. Nur wo sich Menschen weigerten, die Auflagen zum Schutz vor Ansteckungen einzuhalten, stoppte die Polizei die Demonstrationszüge.

Allen Klagen über eine vermeintliche "Corona-Diktatur" zum Trotz: Im Ranking von CIVICUS wird Deutschland als einer der Staaten aufgeführt, die den Corona-Demokratie-Test bestanden haben: Die Gesellschaft ist offen.

Die düsterste Prognose in der Geschichte der UN

Die Welt wird sich durch die Pandemie verändern – und es ist gut möglich, dass sie keine bessere sein wird. Das Virus und seine Folgen haben nicht nur Diskriminierung und Rassismus vertieft. Es hat auch bestehende Ungleichheiten und Armut weiter verschärft. Die Pandemie hat die Schwächen eines globalen Wirtschaftssystems offengelegt, das die öffentliche Fürsorge ausgehöhlt oder gar nicht erst hat entstehen lassen. Menschen, die in illegalen Arbeitsverhältnissen ihr Geld verdienen müssen, wie Tagelöhner in Ecuador oder Straßenverkäuferinnen in Indien, können sich nur so lange über Wasser halten, wie das Geschäft läuft. Doch gerät so ein "Von der Hand in den Mund"-Leben, das häufig ganze Familien versorgt, aus den Fugen, etwa weil die Menschen ihre Häuser nicht mehr verlassen dürfen oder ihre Kund:innen ausbleiben, stehen Millionen Menschen plötzlich vor dem Ruin.

Es handle sich um die "trostlosesten und düstersten Aussichten zur humanitären Hilfe", die die UN je für ein Folgejahr formuliert habe, sagte UN-Nothilfekoordinator Mark Lowcock Anfang Dezember bei der Veröffentlichung des Jahresausblicks von OCHA für 2021. Darin steht, dass die Pandemie überproportional stark jene treffe, "die bereits auf Messers Schneide leben". Konflikt, Klimawandel und COVID-19 sorgten für die größte humanitäre Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg. Die UN schätzt, dass 235 Millionen Menschen humanitäre Hilfe und Schutz brauchen werden – 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Weltbank hat keine besseren

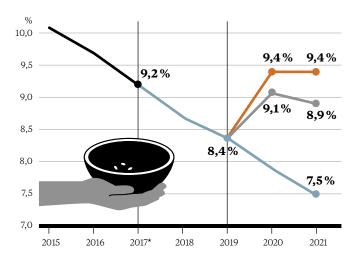
Nachrichten: Sie geht davon aus, dass die Pandemie den Anteil derer, die weltweit unter die absolute Armutsgrenze von 1,90 Dollar pro Tag fallen, von 8,4 Prozent im Jahr 2019 auf knapp zehn Prozent ansteigen lässt.

Die Organisation Oxfam hat errechnet, dass mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung keine finanzielle Unterstützung durch soziale Sicherungssysteme erhalten hat. Insgesamt gaben laut des Berichts Regierungen weltweit im Jahr 2020 zusätzlich 11,7 Billionen US-Dollar aus, um die Folgen der Pandemie abzumildern. Davon seien rund 9,8 Billionen Dollar oder 83 Prozent von 36 reichen Ländern ausgegeben worden, im Vergleich zu 42 Milliarden Dollar bzw. 0,4 Prozent in 59 Ländern mit niedrigem Einkommen. Während viele reiche Länder ihre eigenen sozialen Sicherungssysteme massiv auf-

Anstieg der Armut

Anteil der Menschen an der Weltbevölkerung, die von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag leben

- Trend vor COVID-19
- Trend nach COVID-19
- Trend nach COVID-19 (Basislinie)
- (pessimistischeres Szenario)



*Bis 2017 erhobene Zahlen, danach Vorhersagen Die Prognosen basieren auf drei Szenarien. 1: Vorhersage auf der Basis der "Global Economic Prospects" von Januar 2020. 2 und 3: Vorhersagen auf der Grundlage der angepassten Aussichten von Juni 2020 (Rückgang des globalen Wachstums um fünf bzw. acht Prozent). Quelle: Weltbank (2020): Reversals Of Fortune

stockten, erhöhten sie ihre Hilfe für soziale Sicherung in den Entwicklungsländern um nur 5,8 Milliarden Dollar. Das entspricht nach den Berechnungen von Oxfam weniger als fünf Cent pro rund 100 Dollar, die zur Bekämpfung von COVID-19 aufgebracht wurden.

Auch die Organisationen, die sich für Menschenrechte oder gegen Armut stark machen, bekommen die Folgen der Pandemie zu spüren. Für sie sind während der Pandemie sowohl private Spenden als auch öffentliche Mittel ausgefallen. Länder im globalen Norden wie Deutschland oder die USA, in der Vergangenheit Hauptfinanziers von NGOs gerade im globalen Süden, stehen durch die Pandemie selbst unter finanziellem Druck. Die Folge: Bei einer im Juni veröffentlichten Umfrage unter mehr als 1.000 afrikanischen Organisationen gaben mehr als die Hälfte an, dass sie bereits finanzielle Einbußen hinnehmen mussten. Und 66 Prozent sagten, dass sie damit im Laufe der weiteren Jahre rechnen. Die Zivilgesellschaft wird es in den kommenden Jahren nicht einfacher haben, sich für diejenigen einzusetzen, die Hilfe dringend benötigen.

Darauf weist auch eine Umfrage unter 53 Organisationen des Small International Charities Network aus Großbritannien vom August hin. In dem Netzwerk sind jene NGOs versammelt, die für ihr Engagement in den ärmsten Regionen der Welt kaum Regierungsgelder erhalten. 77 Prozent gaben an, von den finanziellen Auswirkungen der Pandemie bereits betroffen zu sein. 28 Prozent glauben, dass die Krise ihre Arbeit in den kommenden Jahren behindern wird.

"Es ist das Richtige. Und es ist das Klügste."

Im November 2020 fand zum dritten Mal das "Paris Peace Forum" statt, eine Konferenz von internationalen Friedensakteuren, Regierungschefs von Geberländern, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor. Ihr Ziel: globale Probleme mit globaler Kooperation zu lösen. Die Konferenz wanderte, wie so viele andere in diesem Jahr, in die digitale Sphäre.

Auch Michelle Bachelet, die Hochkommissarin für Menschenrechte bei der UN, gibt per Video ein Statement ab. Es dauert nur etwas mehr als eine Minute, aber es beinhaltet alles, was im Pflichtenheft einer Weltgemeinschaft stehen muss, die es ernst meint mit der globalen Verantwortung. "Wir müssen gleichberechtigtere, inklusivere, nachhaltigere, sicherere und grünere Gesellschaften aufbauen, die die Menschenrechte achten – und die deshalb widerstandsfähiger sind", sagt sie. Die Welt müsse jeder Form von Diskriminierung ein Ende setzen und sich auf die Ursachen der Ungleichheit innerhalb, aber auch zwischen den Staaten konzentrieren. Der letzte Satz in ihrem Statement lautet: "Dies alles anzugehen, ist nicht nur das Richtige. Es ist auch das Klügste."

Die Zukunft wird zeigen, ob die Welt zu dieser kollektiven Klugheit in der Lage sein wird.

Mit Maß und Mitte?

Die Juristin Lea Beckmann von der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) und der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) über den schwierigen Kurs zwischen Gesundheit und Freiheitsrechten.





Frau Beckmann, wenn Sie Ihr Bild vom Rechtsstaat im März 2020 mit heute abgleichen – was sagen Sie: war besser als gedacht, hätte ich mir besser gewünscht, oder: Ich mache mir Sorgen?

Lea Beckmann: Nach einer anfänglichen Ungewissheit hat sich unser Rechtsstaat eher bewiesen. Politische Maßnahmen und auch Urteile wurden deutlich differenzierter. Dennoch macht mir Sorge, dass es immer ähnliche gesellschaftliche Gruppen sind, die von Krisen besonders hart getroffen werden. Bei der Ausgestaltung von Maßnahmen müssen Kinder, Frauen, migrantische und postmigrantische Personen oder Menschen mit Behinderungen deutlich genauer in den Blick genommen werden. Im Rechtsstaat müssen die Grundrechte aller gelten.

Herr Ramelow, gab es im Jahr 2020 einen Punkt, an dem Sie gedacht haben: Jetzt gehen Maß und Mitte verloren?

Bodo Ramelow: Ich erinnere mich an den Tag, als mich die Dramatik kalt erwischt hat. Es war am 12. März. Ich bin morgens in Erfurt losgefahren und war fest entschlossen, Kindergärten und Schulen unter keinen Umständen zu schließen. Bei der Besprechung im Kanzleramt hielten der Virologe Christian Drosten, der Chef des Robert-Koch-Instituts Lothar Wieler und der Chef der Charité Heyo Kroemer eine Präsentation über die drohenden Gefahren und plötzlich fühlte ich mich in einer Situation, die ich weit von mir weg gewünscht hatte. Meine Frau kommt aus Italien. Von meiner Schwiegermutter wussten wir, was in der Lombardei los war. Aber das war für mich eine ferne Welt gewesen und Wuhan auf einem anderen Planeten.

Inwiefern hat diese Besprechung Ihr Denken verändert?

Bodo Ramelow: Ich habe eine Hochrechnung angestellt und die drei Wissenschaftler gefragt: Habe ich Sie jetzt richtig verstanden: Ich muss in Thüringen bei 2,16 Millionen Einwohnern von 60.000 schwersterkrankten Menschen ausgehen? Alle drei haben genickt. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir in Thüringen 700 intensivmedizinische Betten zur Verfügung. Das bedeutete, dass wir ganz schnell bei der Entscheidung ankommen würden: Wer bekommt eine Atemmaske und wer bekommt keine?

Mit anderen Worten: bei der Triage.

Bodo Ramelow: Mit Triage ist nicht gemeint: Wie viele Leute lassen wir sterben? Sondern: Wie kann ein knappes Gut so eingesetzt werden, dass man die höchste Wirkung erzielt – nämlich den Schutz von Leib und Leben? Das findet bei jeder Übung zu einem Großunfall statt. Für eine Pandemie hat es sie nie gegeben, obwohl es schon 2013 eine Drucksache des Bundestags zur Risikoanalyse bei unterschiedlichen Katastrophenszenarien gab. Aber das haben wir alle damals nicht ernst genommen. Der Tenor war vielmehr: "Aha, interessant und fertig."

Frau Beckmann, welche Diskussionen haben Sie dazu in der Gesellschaft für Freiheitsrechte geführt?

Lea Beckmann: Viele bei uns im Team sind Jurist:innen und wir haben intensiv zu den grundrechtlichen Dimensionen diskutiert. Wir waren uns alle einig, dass die Ausbreitung des Virus verhindert werden muss. Und doch gab es unter uns großen Bedarf, die beschlossenen Maßnahmen kritisch

zu bewerten. Weil wir auch in der Öffentlichkeit ein großes Bedürfnis gespürt haben nach einer unabhängigen und sachlichen Einordnung, haben wir auf unserer Website Fragen und Antworten zu Maßnahmen veröffentlicht, die in Grundrechte eingreifen. Der Zuspruch war enorm.

Welche Fragen haben Sie zu dieser Zeit am meisten beschäftigt?

Lea Beckmann: Zuerst die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen, die waren in jedem Bundesland unterschiedlich. Große Sorgen machten uns die pauschalen und ausnahmslosen Versammlungsverbote. Oder auch so unsinnige und sicherlich unverhältnismäßige Verbote, Schaukeln zu benutzen oder sich auf Parkbänke zu setzen. Wir sind froh, dass viele Maßnahmen im Nachhinein korrigiert wurden und sich der Rechtsstaat behauptet hat.

Angela Merkel hat gesagt, das Virus sei eine demokratische Zumutung. Ist es?

Lea Beckmann: Ja, das kann ich nachvollziehen. Das Virus bringt Gefahren für Gesundheit und Leben mit sich, löst grundrechtliche Schutzpflichten und bringt den Staat in eine Situation, in der er handeln muss. Aber dadurch greift er in andere Grundrechte ein.

Haben Sie, Herr Ramelow, das auch so empfunden, wenn Sie Entscheidungen treffen mussten?

Bodo Ramelow: Nicht nur dann. Sondern auch, wenn ein Spielplatz bei uns vor der Staatskanzlei plötzlich zugebunden wurde und die Frage im Raum stand: Wo sollen denn Eltern mit ihren Kindern spielen gehen? Jeden Tag gab es fünf Wissenschaftler, die erzählt haben: Den Kindern tut das Virus nichts. Und fünf Wissenschaftler, die sagten: Kinder sind gefährliche Überträger. Die Maßnahmen, auf die Frau Beckmann hinweist, waren am Anfang begründet mit der Annahme, das Virus verbreite sich hauptsächlich über Tröpfchen- und Schmierinfektion. Hinterher hieß es: Nein, Schmierinfektionen spielen kaum eine Rolle. Aus Tröpfchen wurden dann Aerosole – heute sind wir alle Aerosol-Experten. Ich behaupte nicht, dass wir zu jeder Zeit sicher waren, alles richtig zu machen. Ich bin nicht der Fachmann, um das abschätzen zu können. Ich bin der Fachmann, der in der Lage ist, das aufzunehmen, zu verarbeiten, abzuwägen und umzusetzen. Der Tag, an dem ich entscheiden musste, die Schulen zu schließen, war Freitag, der 13. März 2020. Und es war wirklich ein Freitag, der 13. Diese Entscheidung war für mich eine Zumutung.

| Kipp-Punkt: Rund 38.000 Menschen demonstrieren am 30. August 2020 in Berlin gegen die Corona-Politik der Bundesund Landesregierungen. Auch Rechtsextreme laufen mit. Etliche stürmen die Treppe vor dem Reichstag.



Inwiefern?

Bodo Ramelow: Für mich gibt es wenig Schlimmeres, als Kindern die Schulbildung vorzuenthalten. Zumal wir zu dieser Zeit kaum Ansteckungen in Thüringen hatten. Mit den Erkrankten konnten die Krankenhäuser in Thüringen gut umgehen. Das, wovor ich richtiggehend körperliche Angst hatte, hatte sich nicht eingestellt. Aber in Bayern gab es bereits eine große Infektionswelle. Und ich habe gelernt: Eine Schule zu schließen, ist ganz leicht. Sie wieder zu öffnen, ist fast unlösbar. In einer Ausnahmesituation wie dieser gibt es auf einmal ganz viele Gruppen, die erklären, dass ihre Beschränkungen untragbar sind. Ich sage es mal etwas bitter: Je weniger Verantwortung Menschen tragen, desto mehr Ratschläge geben sie. Wenn man dann nach der Komplexität fragt, wird sie einfach ausgeblendet. Man gerät wirklich in abenteuerliche Situationen.

Zum Beispiel?

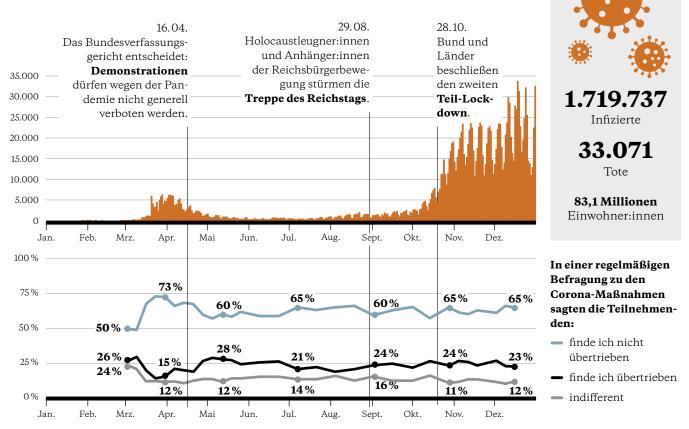
Bodo Ramelow: Damit wir ein Stück weit Sicherheit schaffen, finanzieren wir seit Oktober für alle Lehrkräfte und Kinder einmal in der Woche PCR-Tests. Wissen Sie, wie viele Lehrerinnen und Lehrer davon Gebrauch machen?

20 Prozent. Als ich fragte, warum so wenige, hat mich der Thüringer Lehrerverband ziemlich hart attackiert: Meine Art, darüber zu reden, sei ein Schlag ins Gesicht der Lehrerinnen und Lehrer. Es ist derselbe Verband, der später sagte: Die Schulen wieder zu öffnen, bevor alle Lehrkräfte geimpft sind, sei unverantwortlich.

Lea Beckmann: Ich verstehe, dass die Exekutive in einer Situation war, in der sie auf einer sehr schwachen Erkenntnislage sehr weitreichende Entscheidungen treffen musste. Aber gerade zu Beginn schoss sie mit einigen Entscheidungen aus meiner Sicht ganz klar übers Ziel hinaus. Es wurden Autokorsos verboten. Menschen wurden sanktioniert, wenn sie in einer Bäckerei-Schlange Plakate trugen. Die Polizei sagte, die Versammlungsfreiheit sei ausgesetzt. Heute kann ich darüber etwas entspannter sprechen, weil sich die Situation nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im April 2020, aber auch durch das Mitwirken der Zivilgesellschaft geändert hat. Auf sehr kreative Weise haben Organisationen und Initiativen gezeigt, wie man auch in der Pandemie demonstrieren kann. Etwa die Seebrücke-Bewegung, eine internationale Organisation, die für sichere

Entwicklung der Pandemie in Deutschland

Zahl der registrierten Infektionen im Jahr 2020, Anteil derjenigen, die die Maßnahmen übertrieben finden, in Prozent



Quelle: WHO, COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO Konsortium), eigene Recherchen

Fluchtwege und Entkriminalisierung der Seenotrettung kämpft. Sie hat mit hinterlassenen Schuhen oder mit Menschenketten mit Masken und ausreichend Abstand gezeigt, wie Versammlungen während der Pandemie aussehen können. Und nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts gab es eine sehr viel differenziertere Rechtsprechung – und auch differenziertere Maßnahmen der Behörden.

Bodo Ramelow: Im Rückblick sage auch ich: Mit manchen Entscheidungen haben wir das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Aber es gab eben nicht nur die Seebrücke, die die Regeln eingehalten hat, sondern auch die andere Seite. Corona-Leugner haben ohne Maske Einkaufspassagen aufgesucht und andere angeschrien und gefilmt, die die Hygiene-Regeln eingehalten haben. Wir hatten hier in Thüringen Demonstranten, die sich an überhaupt keine Regeln gehalten haben.

Lea Beckmann: Dazu gab es im Herbst ja auch Gerichtsentscheidungen. Das Bundesverfassungsgericht beschäftigte sich mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Demonstration untersagt werden darf, wenn davon auszugehen ist, dass Auflagen nicht eingehalten werden. Versammlungen können nur verboten werden, wenn eine konkrete Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut vorliegt. Im Winter folgten entsprechende Verbote und die finde ich gerechtfertigt. Es gibt ja auch erste Studien, die den Verdacht nahelegen, dass die Demonstrationen von Corona-Leugner:innen Hotspots bei der Verbreitung des Virus waren.

Im Mai haben Sie, Frau Beckmann, kritisiert, dass die Wirtschaft von den Schutz-Maßnahmen weitgehend verschont bleibt. Herr Ramelow, stimmt dieser Eindruck?

Bodo Ramelow: Zwar wurden, soweit wir wissen, in den Betrieben während der Arbeitszeit die Regeln eingehalten, auch von Corona-Leugnern. Doch in Pausen setzt diese Disziplin oft aus. Fakt ist: Die Schulen wurden im Herbst wieder geschlossen, die Industriebetriebe nicht. Insofern stimmt die These von Frau Beckmann.

Und wie sehen Sie das heute, Frau Beckmann?

Lea Beckmann: Auf der einen Seite wurden Schulen geschlossen mit drastischen Folgen für Kinder und Eltern, es gab massive Einschränkungen für alle im Bereich des Privatlebens. Auf der anderen Seite wurden weder Pflicht noch Anreize fürs Homeoffice eingeführt. Das halte ich für eine Diskrepanz. Der Erhalt von Wirtschaftstätigkeit ist wichtig. Erwerbstätigkeit, Berufsfreiheit – auch das sind Grundrechte! Aber im Vergleich zum Privatbereich war die Politik oftmals zurückhaltend, wenn es um unliebsame Maßnahmen gegenüber der Wirtschaft ging.

Der Staat hat die gesellschaftlichen Gruppen nicht gleichbehandelt?

Lea Beckmann: Nein. Ein Beispiel: Ein halbes Jahr nach dem rassistischen Attentat von Hanau sollte es eine Gedenkveranstaltung geben. Die ist untersagt worden mit dem Hinweis auf gestiegene Inzidenzen. Gleichzeitig waren Shoppingmalls offen. Da hat man gesehen, dass wirtschaftliche Tätigkeiten möglich bleiben sollten, aber andere Grundrechte hinten anstehen müssen.

Im ersten Lockdown lobten viele Menschen die harten Maßnahmen des Staates. Frau Beckmann, wann ist die Akzeptanz gekippt?

Lea Beckmann: Mein Eindruck ist, dass der lange Lockdown des Winters und die unklare Perspektive an uns allen zehrt. Die Akzeptanz großer Teile der Bevölkerung ist gleichwohl weiterhin gegeben. Bei einem kleineren Teil der Bevölkerung hingegen ist sie schnell gekippt und das ist auch bei uns angekommen. Uns erreichten gerade in der Anfangsphase viele Nachfragen zur rechtlichen Situation. Nach einer gewissen Zeit waren auch Nachfragen darunter, die sich wissenschaftlichen Erkenntnissen verschlossen und dann zentrale Grundrechtsverletzungen da verorteten, wo ich sie nicht sehe. Etwa in der Maskenpflicht. Sie war ein großes grundrechtliches Thema, auch wenn aus meiner Sicht der Grundrechtseingriff nicht besonders groß war. Es ist ein Stück Stoff und nun mal soweit eines der besten Mittel in der Corona-Bekämpfung.

Grundlegende Entscheidungen sollten verhältnismäßig sein, notwendig und zeitlich befristet. Waren sie das – zu jedem Zeitpunkt?

Bodo Ramelow: Jede Verordnung wird von unserem Justizministerium genau auf diese Fragen hin geprüft. Es würde da niemand ein Gefälligkeitsschwurbeln zulassen. Aber ja, die Situation war anders im März 2020, als wir keine Erfahrung und keine Erkenntnisse hatten und nur über Notverordnungen gearbeitet haben. Deshalb habe ich irgendwann gesagt: Ich bin nicht mehr bereit, auch nur eine einzige Notverordnung in dieser Form zu machen. In einer Akut-Katastrophe gut, aber nicht bei einer länger andauernden pandemischen Entwicklung. Von diesem Zeitpunkt an sind wir in den Regelbetrieb der Verordnungen gegangen.

Wurden die Parlamente zu spät beteiligt?

Bodo Ramelow: Am 28. Oktober 2020 habe ich in der Ministerpräsidentenkonferenz die Parlamentsbeteiligung eingefordert – was ja dann auch passiert ist. Mit Wolfgang Schäuble hatte ich einen Tag vorher dazu telefoniert. Dieser 28. Oktober war mein Waterloo-Erlebnis, denn da hatten wir erstmals 400 Neuinfektionen in 24 Stunden überschritten.



| Was ist angemessen, was notwendig, was inhuman? Die Maßnahmen trafen viele Menschen hart: Väter, Mütter und Großeltern in den Pflegeeinrichtungen konnten nicht mehr besucht, nicht mehr umarmt, nicht mehr in Krankheit und Tod begleitet werden.

Lea Beckmann: Wir haben seit dem Frühjahr 2020 angemahnt, dass die Rechtsgrundlagen im Infektionsschutzgesetz für die massiven Rechtseingriffe durch die Corona-Verordnungen offensichtlich unzureichend sind. Die Gerichte haben das zu lange hingenommen – wohl aus der Sorge, sonst eben den Corona-Maßnahmen insgesamt die Rechtsgrundlage zu entziehen. Aber als dann im Oktober erneut strengere Maßnahmen kamen, haben auch Gerichte Zweifel angemeldet. Erst dann hat die Bundesregierung reagiert und Gesetzesänderungen im Eiltempo durch den Bundestag gebracht. Wichtige verfassungsrechtliche Grundsätze dürfen gerade in Krisenzeiten nicht derart stiefmütterlich behandelt werden.

Was haben Sie gedacht, als plötzlich der Begriff des "Ermächtigungsgesetzes" kursierte, mit dem eine politische Gruppe so tat, als erlebe man da gerade eine Rückkehr zu ganz dunklen Zeiten?

Lea Beckmann: Mit der Aufnahme des Paragrafen 28 a ins Infektionsschutzgesetz wurde weniger eine neue Rechtsgrundlage geschaffen als ein Katalog an konkreten Maßnahmen verabschiedet, die möglich sein sollen, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern. Bei aller Kritik handelte es sich damit um ein demokratisches Mehr an Legitimation der aktuellen Corona-Maßnahmen. Inso-

fern habe ich diese Änderung absolut begrüßt. Das aber wurde durch die laute Kritik aus einem kleinen Teil der Bevölkerung, der medial großen Raum bekam, ins Gegenteil verkehrt – und mit Hitlers Ermächtigungsgesetz gleichgesetzt. Mich hat dieser verquere Diskurs schockiert. Als Gesellschaft für Freiheitsrechte setzen wir uns jeden Tag für Grund- und Menschenrechte ein und es schmerzt zu sehen, dass eine Gruppe mit dem Grundgesetz in der Hand gegen die Demokratie hetzt und antisemitische Verschwörungsmythen verbreitet.

Müssten die Eingriffe in die Grundrechte juristisch aufgearbeitet werden?

Lea Beckmann: Das Juristische gibt den Rahmen vor, die Politik trifft Entscheidungen. So sieht es das Prinzip der Gewaltenteilung vor. Gerichte übernehmen eine Kontrollfunktion. Auch wir haben in den vergangenen Monaten versucht, eine Kontrollfunktion aus zivilgesellschaftlicher Perspektive einzunehmen. Das Schwierige: Es fehlt weiterhin an sehr vielen Erkenntnissen über dieses Virus, um Entscheidungen auch rechtlich bewerten zu können. Wir wissen bis heute bei 75 Prozent der Infektionen nicht, wo sie stattgefunden haben. Wir tappen ein Jahr nach Pandemiebeginn im Dunkeln, so dass die Verhältnismäßigkeitsprüfung droht, sich zu einer Plausibilitätskontrolle

zu verkürzen. Das ist auch ein rechtsstaatliches Problem, weil wir so stark in Grundrechte eingreifen, obwohl so viele Erkenntnisse fehlen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Wir sollten, wenn wir es durch das Tal der Pandemie geschafft haben, viel aufarbeiten, um Lehren zu ziehen für die Zukunft. Ob in einem Untersuchungsausschuss oder in welcher Form das passiert, sei dahingestellt.

Bodo Ramelow: Mir wäre eine Enquete-Kommission lieber. Ein Untersuchungsausschuss ist zwar die Stunde der Opposition, aber es geht dabei eher um Schuldzuweisungen als um Erkenntnisgewinn. Eine Enquete-Kommission könnte tatsächlich – begleitet von der Wissenschaft – die entscheidenden Fragen stellen und nach Antworten suchen. Aber: Ich habe ein massives Problem damit, dass immer wieder behauptet wird, es gebe große verfassungsrechtliche Bedenken gegen unsere Entscheidungen. Wir hatten eine permanente juristische Kontrolle, allein die AfD hat alles vors Gericht gebracht - und in den allermeisten Fällen bekamen wir Recht. Aber eben: nach juristischer Überprüfung. Genau deshalb bin ich so froh, dass ich im Rechtsstaat lebe. Wenn mir der Muckibuden-Besitzer sagt: Ich bin nicht bereit das hinzunehmen, ich klage!, dann sage ich: Das ist Ihr gutes Recht. Das erste Mal, im Frühjahr, hat er Recht bekommen, und jetzt? Eben nicht. Weil die Infektionszahlen im vergangenen Frühjahr viel zu niedrig waren, um den Eingriff in seine Rechte zu begründen. Jetzt aber sind die Infektionszahlen so hoch, dass die Eingriffstiefe aus Sicht des Gerichts zulässig ist. Die Frage ist, ob Mittel und Dosis korrekt sind. In dem Spannungsbogen bewegen wir uns.

Herr Ramelow, Sie sagten eingangs, die Warnungen vor einer solchen Pandemie 2013 seien ungehört verhallt. Wird uns die aktuelle Pandemie lehren, dass wir mit kurzsichtigem Handeln immer wieder in Katastrophen geraten können?

Bodo Ramelow: Ich gebe Ihnen ein Beispiel, wozu kurzsichtiges Handeln führen kann: In den italienischen Handelsstädten des 14. Jahrhunderts war es gang und gäbe, Handelsreisende vor Beginn ihrer Arbeitstätigkeit in einer neuen Metropole 40 Tage in Quarantäne zu schicken, es war die Antwort auf die Pest. Doch als Ende des 19. Jahrhunderts in Hamburg die Cholera über 8.500 Menschen dahinraffte, wollte niemand wahrhaben, was Robert Koch alles herausgefunden hatte: Der offene Handel war wichtiger als der Bau eines funktionierenden Kloakensystems. Wenn Sie die Zeitungen von damals ansehen, können Sie die ganzen Argumente von heute nachlesen. Auch in Hamburg gab es die "Leugner" ebenso wie die Mahner und die Blindheit für historische Vorläufer. Wir brauchen neue Lernkurven mit neuen technischen Antworten und einen einheitlichen Rahmenplan, wenn nicht nur ein Bundesland betroffen ist, sondern drei oder fünf. Und wir brauchen mit Blick auf das Sozialstaatsprinzip eine gesamtgesellschaftliche Debatte. Aber wir müssen aus diesem Lernprozess auch eine positive



| Rangezoomt und nachgehakt: Über die Lage in Deutschland sprachen – im Uhrzeigersinn – Franziska Reich und Kai Schächtele von Brot für die Welt mit Bodo Ramelow und Lea Beckmann.

Botschaft ziehen: Wir haben in Thüringen eine Schul-Cloud, wir sprechen endlich über Homeoffice und die Digitalisierung ist einen Megaschritt vorangekommen. Dieses vermaledeite Virus hat im Guten wie im Schlechten einen Prozess eingeleitet. Das sollten wir nutzen.

Und welche Lehren ziehen Sie?

Lea Beckmann: Mich beschäftigt sehr, in welch krassem Maße die Pandemie soziale Ungleichheiten aufgezeigt hat. Ich kann nicht sehen, dass diese Entwicklung durch Corona eine positive Wendung nimmt. Man erkennt klar, welche Gruppen in einem sehr reichen Land wie Deutschland durchs Raster fallen. Ich finde absolut schockierend, dass wir seit Frühjahr des vergangenen Jahres wissen, wie mit Flüchtlingen in Erstaufnahme-Einrichtungen umgegangen wird, die die Abstandsregeln nicht einhalten können. Die Menschen werden dort in Kollektiv-Quarantäne genommen. Oder Stichwort Misogynie und häusliche Gewalt: Wir haben schon früh im Lockdown darüber diskutiert, wie groß die Gefahren für Frauen und Kinder geworden sind. Aber Frauenhäuser, schon vorher überlastet und überfordert, wurden allein gelassen. Ja, der Rechtsstaat hat sich, nach anfänglichen Problemen, bewährt. Aber auf diese Missstände wurde nicht reagiert. Das ist mir unbegreiflich.

Einschränkung der Zivilgesellschaft nach Regionen



Jedes Wort zählt

Fehlender Respekt vor Meinungsfreiheit, ausufernde Polizeigewalt: Auf den amerikanischen Kontinenten setzt sich die Erosion der Grundrechte fort.

Überblick

Menschen einschüchtern, Einzelne gezielt unter Druck setzen, Journalist:innen an ihrer Arbeit hindern: Das sind die gängigsten Instrumente, mit denen Regierungen in Nord-, Mittelund Südamerika laut CIVICUS im Jahr 2020 versuchten, Kritik zu unterbinden. Nur noch in zehn der 35 Länder stuft CIVICUS die Handlungsräume der Zivilgesellschaft als offen ein – die meisten von ihnen sind kleine Karibikinseln. Gleich vier Länder wurden in die jeweils nächste Kategorie herabgestuft: Costa Rica von "offen" nach "beeinträchtigt"; Chile, Ecuador und die USA von "beeinträchtigt" nach "beschränkt". Sie verschlechterten sich im Ranking in erster Linie wegen der harschen Repressionen, mit denen Regierungen auf Massenproteste reagierten. In den USA resultiert die Zurückstufung aber auch aus dem sich stetig verschlechternden Umgang mit der Meinungs- und Redefreiheit.

Das ist passiert

Die Rückstufung der USA ist fraglos die Veränderung im CIVICUS-Ranking, die am meisten Aufsehen erregt. In seinem vierten Amtsjahr stachelte Präsident Donald Trump noch stärker Menschen an, Andersdenkende zu diffamieren und verächtlich zu machen. Auch Journalist:innen bekamen die Auswirkungen deutlich zu spüren: In über 100 Fällen hat CIVICUS dokumentiert, wie Journalist:innen während der landesweiten Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt nach dem Mord an George Floyd attackiert wurden - oftmals von Polizist:innen, die trotz gut sichtbarer Presseausweise auf sie schossen, sie angriffen oder verhafteten. Ende Mai wurde in Minnesota ein Fernsehreporter festgenommen, während er live von einer Demonstration berichtete. Außerdem feuerte die Polizei mit Gummigeschossen und mit Tränengas in die Menge und nahm Menschen fest. Laut US-amerikanischen Medienberichten wurden allein in den ersten zehn Tagen der Black Live Matters-Demonstrationen 9.000 Menschen verhaftet. Amnesty International dokumentierte 125 Fälle von Polizeigewalt in 40 Bundesstaaten.

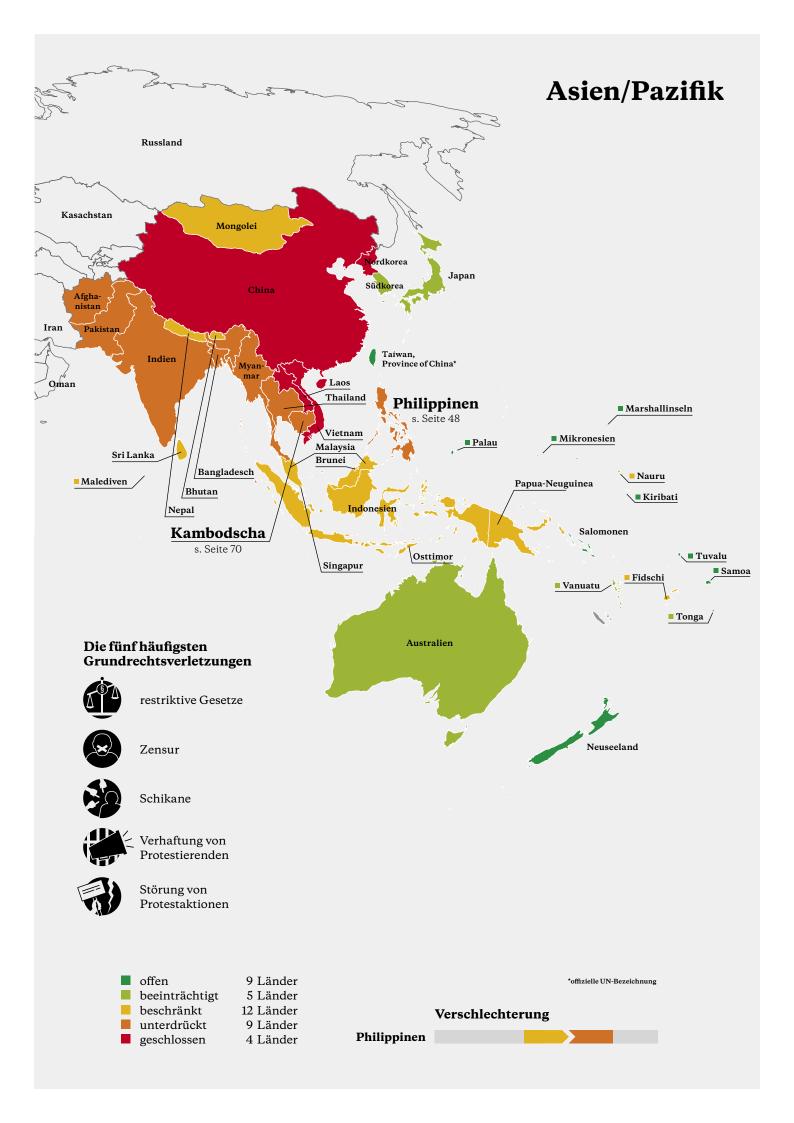
Der Respekt gegenüber der Redefreiheit geht auch in **Ecuador** sichtbar zurück – trotz der Unterzeichnung der "Erklärung von Chapultepec" 2019, in der sich die Regierung zu zehn unerlässlichen Prinzipien für Meinungsfreiheit bekannte. Tatsächlich aber haben sich nach Angaben ecuadorianischer Aktivist:innen die Verletzungen dieser seitdem verdoppelt. Auch in Ecuador geht die Erosion des Grundrechts auf freie Rede einher mit Gewalt gegen Protestierende. Das belegt der Umgang mit einem Bericht der Interamerikanischen Kommission für Men-

schenrechte. Am 14. Januar 2020 legte sie ihre Analyse über Vorkommnisse während der Massenproteste im Oktober 2019 vor. Diese hatten sich an der Austeritätspolitik von Präsident Lenin Moreno entzündet: Durch die Streichung von Subventionen für Treibstoff hatten sich die Preise von Benzin und anderer Güter drastisch erhöht. Die Kommission hatte Hunderte Zeugen befragt und kam zu dem Ergebnis, in bestimmten Fällen seien Proteste "von der Regierung durch exzessive Gewaltanwendung unterdrückt worden, hauptsächlich gegen Mitglieder indigener Gemeinden". Die Regierung wies den Bericht als "parteiisch und voreingenommen" zurück.

In Chile setzte sich fort, was im Oktober und November 2019 die Welt in Atem gehalten hatte: Damals hatte die Polizei auf die wütenden Proteste gegen soziale Ungleichheit und für mehr staatliche Daseinsvorsorge mit exzessiver Gewalt geantwortet; 26 Menschen kamen ums Leben, 11.000 wurden verletzt. Der Nationalkongress reagierte auf eine der wichtigsten Forderungen der Massenproteste und brachte ein Referendum über eine neue Verfassung auf den Weg. Wegen des Ausbruchs des Corona-Virus wurde es allerdings von April auf Oktober verschoben. Der Pandemie zum Trotz gingen die Proteste weiter. Obwohl die Protestierenden nach eigenen Aussagen die Pandemiebestimmungen einhielten, reagierte die Polizei ähnlich heftig wie im Jahr zuvor: mit Tränengas, Wasserwerfern und der Verhaftung von Protestierenden, dieses Mal auch mit Verweis auf die Pandemieregeln. Im Oktober stimmte eine große Mehrheit für die Verfassungsreform.

Die Herabstufung **Costa Ricas** von "offen" zu "beeinträchtigt" geht unter anderem auf die Ereignisse rund um Demonstrationen im September zurück. Die Regierung hatte angekündigt, mit dem Internationalen Währungsfonds über einen Kredit zur Bewältigung der durch die Pandemie verursachten Wirtschaftskrise zu verhandeln. Im ganzen Land blockierten Protestierende Straßen. Die Polizei reagierte mit Tränengas und Verhaftungen. Zudem spitzten sich im Land die sozialen Konflikte zu; besonders betroffen sind indigene Gruppen. Indigene Schlüsselfiguren wurden ermordet – in einem Land, das selbst traditionell als Zufluchtsort für bedrohte Menschenrechtsverteidiger:innen gilt. Im Februar töteten Unbekannte etwa Jerhy Rivera. Er hatte sich für Landrechte eingesetzt.

In elf lateinamerikanischen Ländern wurden von CIVICUS Morde an Menschenrechtsverteidiger:innen dokumentiert. Im globalen Vergleich ist diese Entwicklung noch alarmierender: 60 Prozent aller nachgewiesenen Morde haben sich hier zugetragen. Gerade in **Kolumbien** sind die Zahlen dramatisch angestiegen (s. Länderporträt Seite 56).



Demontierte Demokratie

Viele Regierungen im Asien-Pazifik-Raum kriminalisieren ihre Kritiker:innen mittels restriktiver Gesetze.

Überblick

Im Jahr 2020 haben Regierungen im gesamten Asien-Pazifik-Raum bürgerliche Freiheiten eingeschränkt und angegriffen. Die meistdokumentierten Verstöße hatten zum Ziel, Menschenrechtsverteidiger:innen, Regierungskritiker:innen und Journalist:innen mittels restriktiver Gesetze zu kriminalisieren und zu verfolgen. In mindestens 26 von 39 Ländern wandten Regierungen solche Gesetze an. Darüber hinaus sind Versuche zahlreicher Regierungen belegt, abweichende Meinungen zu unterdrücken, indem sie Berichte zensierten und Journalist:innen an ihrer Arbeit zu hindern versuchten – auch um Kritik an ihrem Umgang mit der Pandemie zu unterbinden. In mindestens 22 Ländern wurden solche Eingriffe beobachtet. Von 25 asiatischen Ländern stuft CIVICUS vier als geschlossen ein: China, Laos, Nordkorea und Vietnam. Nur ein Land hat einen offenen civic space: Taiwan - Province of China (offizielle UN-Bezeichnung). Die Philippinen sind das einzige Land, das sich in diesem Jahr im Ranking verschlechtert hat: von "beschränkt" nach "unterdrückt". Der Grund: Präsident Rodrigo Duterte hat seinen martialischen Kurs während der Pandemie weiter verschärft (s. Länderporträt Seite 48). Im pazifischen Raum ist die Lage etwas besser: Acht Länder werden als offen bewertet, drei als beeinträchtigt.

Das ist passiert

In **China**, einem der vier Länder mit geschlossener Gesellschaft, zeigte sich im Jahr der Pandemie die gesamte Bandbreite an Verletzungen grundlegender Freiheiten. Dutzende Aktivist:innen, Anwält:innen und Kritiker:innen wurden auf der Grundlage vager und willkürlich ausgelegter Gesetze inhaftiert. Internationaler Beobachter:innen zufolge nutzte die Regierung die Pandemie als Vorwand, um den Überwachungsstaat auszubauen, die Zensur zu intensivieren und Journalist:innen an ihrer Arbeit zu hindern.

In **Hongkong** verabschiedete die chinesische Regierung im Juni ein Sicherheitsgesetz, das ihr einen maximalen Handlungsspielraum verschafft. So erlaubt das Gesetz dem neu eingerichteten chinesischen Sicherheitsbüro, bei "außergewöhnlicher Gefahrenlage" oder bei der "Beteiligung ausländischer Kräfte" nach der chinesischen Strafprozessordnung zu verfahren. Genau dagegen hatte die Hongkonger Bevölkerung im Juni des Jahres 2019 protestiert. Auch dieses Gesetz lässt Spielraum für Interpretationen. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten 50 Sonderberichterstattende und Menschenrechtsexpert:innen unter dem Dach des UN-Menschenrechtsrats das Gesetz als Angriff auf fundamentale Frei-

heiten. Nichtsdestotrotz griff die Polizei bei Protesten weiter hart durch.

Nach ähnlichem Muster agierten andere Regierungen in der Region. In **Vietnam** wurden zahlreiche Aktivist:innen auf Grundlage einer Reihe restriktiver Gesetze wegen "Missbrauchs demokratischer Freiheiten" und "staatsfeindlicher Propaganda" in Schnellverfahren verurteilt, darunter auch Blogger:innen und Nutzer:innen von Social-Media-Kanälen.

In **Bangladesch** nutzten Behörden das "Gesetz zur digitalen Sicherheit", um unter anderem diejenigen zu verfolgen, die die Regierung für ihre Pandemiestrategie kritisierten. Ins Visier geriet aber auch ein Journalist, der über einen Prostituiertenring berichtet hatte, den ein Funktionär der regierenden "Awami League" betrieb. Der Reporter kam erst nach 237 Tagen in Haft wieder frei.

In **Kambodscha** verwandelten die Regierungspartei CPP und der seit 1985 regierende Premierminister Hun Sen das Land systematisch in eine autoritäre Diktatur (s. Länderporträt Seite 70).

In Indien – bereits im vergangenen Atlas von "beschränkt" nach "unterdrückt" herabgestuft - verschlechterte sich die Lage weiter. Die Regierung von Premierminister Narendra Modi ließ viele Kritiker:innen verfolgen. Ins Visier gerieten nun auch diejenigen, die gegen das Staatsbürgerschaftsgesetz protestierten. Das im Dezember 2019 verabschiedete Gesetz definiert zum ersten Mal Religionszugehörigkeit als Grundlage für eine Staatsbürgerschaft und diskriminiert damit Millionen indischer Muslime. Darüber hinaus wandten die indischen Behörden Gesetze an, etwa zur nationalen Sicherheit oder zur Terrorismusbekämpfung, um Aktivist:innen für längere Zeit zu inhaftieren. Ein im September geändertes Gesetz erschwert zudem die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Gruppen durch internationale Partner. Im gleichen Monat sah sich Amnesty International deshalb gezwungen, die Arbeit in Indien einzustellen: Die Regierung ließ die Bankkonten mit Verweis auf das Gesetz einfrieren.

Im pazifischen Raum verletzten in mindestens sieben Staaten restriktive Gesetze die Grundrechte von Bürger:innen. Etwa in **Australien**, wo die Behörden einen Whistleblower verfolgten, der Informationen über das Abhören von Regierungsgebäuden veröffentlicht hatte, die als geheim eingestuft waren. Australien gilt auch deswegen als beeinträchtige Demokratie, weil die australische Regierung weiter Menschen und Gruppierungen verunglimpft, die sich für einen anderen Umgang mit der Natur stark machen. Umweltaktivist:innen kritisierten, es sei Premierminister Scott Morrison selbst, der die Demokratie demontiere.

Subsahara-Afrika





Verschlechterung Elfenbeinküste Guinea Niger Togo Verbesserung DR Kongo

Keine Wahl

Im Westen von Subsahara-Afrika setzt sich der Niedergang der demokratischen Kulturen ungebremst fort.

Überblick

In 41 von 49 Staaten Subsahara-Afrikas sind die Handlungsräume der Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen. Offen sind nur die Inselstaaten Kap Verde sowie São Tomé und Principe. Gerade einmal 800.000 von mehr als einer Milliarde Menschen, die südlich der Sahara leben, genießen uneingeschränkt bürgerliche Grundfreiheiten. Die Rückstufung der vier westafrikanischen Staaten Elfenbeinküste, Guinea, Niger und Togo belegt, wie gerade im Westen des Kontinents der civic space immer weiter zurückgeht. Mit dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo haben sich lediglich in zwei Staaten die Bedingungen für die Zivilgesellschaft verbessert. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber in beiden Fällen, wie schwer sich Staatsapparate tun, Macht abzugeben.

Das ist passiert

Im Westen des Kontinents breitet sich ein unsichtbarer Flächenbrand auf mehr und mehr Staaten aus. Schon seit Jahren geht in Ländern dieser Region der civic space zurück - jetzt hat CIVICUS aufgrund der zahlreichen dokumentierten Menschenrechtsverletzungen gleich vier Staaten zurückgestuft. In der **Elfenbeinküste** steht maßgeblich Präsident Alassane Ouattara hinter dieser Entwicklung: Im August kündigte er entgegen vorheriger Aussagen an, sich ein drittes Mal zur Wahl zu stellen; er verstößt damit auch gegen die Verfassung. Bei schweren Protesten dagegen kamen sechs Menschen ums Leben, 173 wurden verletzt. Dennoch gestattete ein Verwaltungsgericht Ouattaras Kandidatur, bei der Wahl im November erhielt er mehr als 90 Prozent der Stimmen. Laut Opposition hatten nur zehn Prozent der Stimmberechtigten gewählt. Auch am Tag der Abstimmung kam es zu Gewalt zwischen der Bevölkerung und der Polizei. Lokalen Behörden zufolge wurden drei Menschen getötet, laut der Opposition zwölf. Seit Jahren erlassen Behörden Bestimmungen mit dem Ziel, Journalist:innen an ihrer Arbeit zu hindern und Oppositionelle hinter Gitter zu bringen.

Auch in **Guinea** protestierten Tausende, nachdem der Präsident angekündigt hatte, sich ein drittes Mal zur Wahl zu stellen. Alpha Condé benötigte dafür allerdings eine Verfassungsänderung, die per Referendum entschieden werden musste. Bei Protesten vor der Abstimmung kamen mindestens 23 Menschen ums Leben. Viele Protestierende wurden verhaftet. Im Oktober wurde Condé wiedergewählt. Bei Protesten nach der Wahl starben nach Angaben von Human Rights Watch mindestens zwölf Menschen, darunter zwei Kinder. Prodemokra-

tische Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen wurden verhaftet und vor Gericht schikaniert.

In **Togo** will die Regierung nicht von der Macht lassen. Die Herabstufung ist in erster Linie Folge der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste, mit denen die Opposition die Präsidentenfamilie Gnassingbé zwingen wollte, die Amtszeit auf zwei Amtszeiten zu begrenzen. Seit 1967 regiert in Togo ein Mitglied der Gnassingbés mit harter Hand. Seit Jahren werden Protestierende getötet und Menschenrechtsverteidiger:innen ins Gefängnis geworfen, Medienhäuser geschlossen und Internetverbindungen gekappt.

Im Niger wurden 2020 führende Köpfe der Zivilgesellschaft sowie Journalist:innen und Blogger:innen willkürlich verhaftet. Im März kam es zu Protesten, nachdem bekannt geworden war, dass die Armeeführung seit 2015 hohe Summen aus dem Rüstungshaushalt veruntreut hatte. Generäle hatten Waffenkäufe in China, Russland, Israel und der Ukraine abgerechnet, die Waffen aber weder bestellt noch bezahlt. Die Summen, über die spekuliert wird, übersteigen teils das jährliche Staatsbudget. Acht Anführer der Proteste wurden inhaftiert, unter anderem wegen Teilnahme an einer wegen der Pandemie verbotenen Demonstration, Mittäterschaft bei der Zerstörung von öffentlichem Eigentum, Brandstiftung und Totschlag. Ein anderer dokumentierter Fall betrifft einen Journalisten, der im März in den sozialen Medien über einen COVID-19-Verdachtsfall in einem Krankenhaus schrieb. Er kam auf Grundlage eines 2019 in Kraft getretenen Gesetzes zu Cyberkriminalität in Haft - wegen "Verbreitung von Informationen, die die öffentliche Ordnung stören könnten".

Ein verbessertes Ranking für die **Demokratischen Republik** Kongo ist das Ergebnis der ersten Schritte von Präsident Félix Tshisekedi, die politische Kultur im Land zu verändern. Zwar ist er noch weit entfernt davon, bürgerliche Grundrechte oder Medienfreiheit zu respektieren: Zahlreiche Journalist:innen wurden mit dem Vorwurf verhaftet, staatliche Behörden zu beleidigen und verleumden. Beobachter:innen heben aber hervor, dass Tshisekedi Meinungsfreiheit teils auch dann zulässt, wenn dabei sein eigenes Regierungshandeln kritisiert wird. Ein weiterer kleiner Lichtblick ist der Sudan im Osten des Kontinents: Nach dem Sturz des langjährigen Präsidenten Umar al-Baschir 2019 hat die Übergangsregierung erste Reformen verabschiedet. Sie garantieren Redefreiheit und verbieten beispielsweise Folter und erzwungene Geständnisse, aber auch die Genitalverstümmelung bei Frauen - erste Schritte in die Zukunft nach einem Konflikt, der 300.000 Menschen getötet und 2,5 Millionen in die Flucht getrieben hatte.



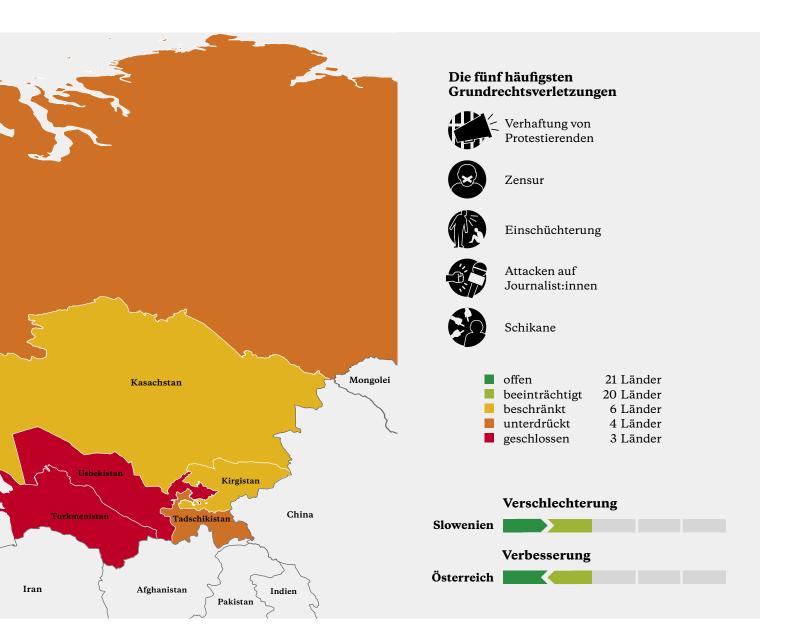
Meinungsfreiheit unter Druck

Auch in Europa und Zentralasien versuchen rechtspopulistische Regierungen, Proteste mit Gewalt zu unterdrücken.

Überblick

Von den 54 Staaten der Region ordnet CIVICUS 21 als offen ein und 20 als beeinträchtigt. Es ist damit die Region mit den meisten Ländern, die der Zivilgesellschaft genug Handlungsspielraum für Protest und Engagement geben. Ein Land konnte sich sogar verbessern, Österreich ist von "beeinträchtigt" aufgestiegen in die Kategorie "offen", Slowenien ging den umgekehrten Weg von "offen" nach "beeinträchtigt". In der Europäischen Union sind 14 Staaten offen, zwölf beeinträchtigt und einer (Ungarn) beschränkt.

In Europa schränkten Regierungen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein, in Zentralasien unterdrückten viele Regime die Zivilgesellschaft massiv. Die Einschränkungen decken nahezu die gesamte Bandbreite an Verletzungen bürgerlicher Freiheiten ab: Unterdrückung von Protesten durch exzessive Gewalt, Inhaftierung von Demonstrierenden, Behinderung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Schikanen, Belästigungen sowie die Verabschiedung restriktiver Gesetze. Attacken gegen Frauen und LGBTQI+-Gruppen greifen genauso um sich wie gegen die Meinungsfreiheit: In mindestens 25 Ländern in Europa und Zentralasien wurde Zensur dokumentiert. Einziger Aufsteiger ist Österreich, wo sich nach dem Ausscheiden der FPÖ aus der Bundesregierung das Klima für die Zivilgesellschaft deutlich verbessert hat.



Das ist passiert

Das Jahr 2020 hat gezeigt, dass die Welle von Populismus und Spaltung, die viele Teile der Welt erfasst hat, auch Europa trifft. Der Absteiger Slowenien ist dafür ein eindrückliches Beispiel. Mit fremdenfeindlichen Sprüchen und Pauschalkritik an den Medien schaffte es Janez Janša im März, sich nach Amtszeiten zwischen 2004 bis 2008 und 2012 bis 2013 zum dritten Mal zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen. Der Rechtspopulist zweifelt die menschengemachte Erderwärmung an, hetzt gegen Minderheiten und gilt als Vertrauter seines ungarischen Amtskollegen Viktor Orbán. Er nutzt Twitter, um Kritiker:innen zu diffamieren, und warf Medien, die seinen Pandemiekurs kritisierten, vor, Lügen zu verbreiten und sich mit der Opposition zu verbünden. Ähnlich wie Orbán machte sich Janša nach der Amtsübergabe daran, unabhängige Medien auch strukturell anzugreifen. Er initiierte drei Gesetze, die es der Regierung unter anderem ermöglichen sollen, sich in die Personalentscheidungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie der staatlichen Nachrichtenagentur einzumischen und Budgets neu zu verteilen. Wegen anhaltender Proteste der Medienhäuser und der Europäischen Kommission stand im Januar 2021 eine endgültige Entscheidung noch aus.

In Polen hat sich der civic space weiter verengt. Unter der Regierung der "Partei für Recht und Gerechtigkeit" PiS verschlechterte sich die Situation der Zivilgesellschaft in den vergangenen fünf Jahren dramatisch. Die rechtspopulistische Partei schränkte Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz stark ein, setzte das Recht auf Abtreibung weitgehend aus und baute ihre Anti-LGBTQI+-Agenda aus. Ein Drittel der polnischen Gemeinden haben sich mittels Resolutionen zu "LGBTfreien Zonen" erklärt. Während der Präsidentschaftswahlen im Juni und Juli 2020 verschärfte auch der amtierende Präsident Andrzej Duda seine minderheitenfeindliche Rhetorik. So sagte er, für ihn seien LGBTQI+-Personen "keine Menschen, sondern eine Ideologie". Aktivist:innen wurden drangsaliert. Drei Menschen kamen in Haft, weil sie Regenbogenflaggen an ihre Balkone gehängt hatten. Die Begründung: Dies verletze religiöse Gefühle. Demonstrierende hielten dagegen, indem sie mit Botschaften wie "Hass ist kein christlicher Wert" auf die Straße gingen.

Auch in anderen europäischen Ländern wurden LGBTQI+Gruppen und Frauen angegriffen und diffamiert, oft angeheizt von rechtsextremen Gruppen. Oftmals gehen solche Attacken einher mit dem Vormarsch von Regierungen, denen der Respekt vor Menschenrechten weniger wichtig ist als die Durchsetzung ihrer autoritären Agenden. In **Ungarn** etwa, dem einzigen Mitgliedsstaat der EU, der als beschränkt eingestuft ist, veränderte die Regierung von Viktor Orbán trotz zahlreicher Proteste von Transgender-Gruppen das Standesamtsgesetz: Es erkennt nur das "Geschlecht bei der Geburt" an und verbietet die rechtliche Anerkennung von Transgender- und intersexuellen Menschen. Angriffe auf LGBTQI+-Rechte wurden auch in Georgien (s. Länderporträt Seite 84), Italien, Litauen, Nordmazedonien, Rumänien und Russland dokumentiert.

Die am häufigsten belegte Grundrechtsverletzung in Europa und Zentralasien war die Verhaftung von Protestierenden. In mindestens 30 Ländern versuchten Regierungen auf diese Weise, Proteste zu ersticken. Ein Land, das damit seit Sommer 2020 in den Schlagzeilen war, ist **Belarus**. Nachdem sich der seit 1994 amtierende Präsident Alexander Lukaschenko am 9. August erneut zum Wahlsieger erklärt hatte, kam es zu einer Welle großer und weitgehend friedlicher Proteste. Die Polizei nahm jedoch Tausende fest und ließ Hunderte foltern und misshandeln. Diese Brutalität konnte allerdings der Entschlossenheit der Protestierenden nichts anhaben. Bis Jahresende gingen Woche um Woche Zehntausende für faire Wahlen und Gerechtigkeit auf die Straße.

Weniger im Licht der Weltöffentlichkeit spielte sich ab, was etwa in Serbien, Kirgisistan, Aserbaidschan und Armenien geschah. In Serbien kam es kurz nach den von der Opposition boykottierten Parlamentswahlen im Juni landesweit zu regierungskritischen, aber friedlichen Protesten. Auf angebliche Provokationen reagierten Ordnungskräfte mit exzessiver Gewalt und Festnahmen. In Kirgisistan stürzte die Parlamentswahl am 4. Oktober das Land in eine politische Krise. Vorwürfe über Unregelmäßigkeiten führten zu Massenprotesten, gegen die Ordnungskräfte hart vorgingen. Präsident Sooronbai Jeenbekov musste daraufhin zurücktreten. In Aserbaidschan gingen im Februar Oppositionelle auf die Straße, weil sie die Ergebnisse der Parlamentswahlen für unglaubwürdig hielten. Die Behörden bezeichneten die Proteste als illegal und ließen Polizeieinheiten in Bussen heranfahren, um Demonstrierende festzunehmen. In Armenien wurden bei Demonstrationen und bei den zum Teil gewaltsamen Protesten gegen das Waffenstillstandsabkommen mit Aserbaidschan Oppositionelle festgenommen. In Russland kam es immer wieder zu Festnahmen, unter anderem in Verbindung mit der "Smart-Voting"-Strategie des Regimekritikers Alexej Nawalny: Um die Macht der Kremlpartei "Einiges Russland" zu brechen, sollen die Stimmen jeweils hinter der oder dem aussichtsreichsten Kandidatin oder Kandidaten der Opposition gesammelt werden. In Chabarowsk, im fernen Osten, gab es Dauerproteste, nachdem Gouverneur Sergej Furgal von der Liberaldemokratischen Partei durch den Kreml abgesetzt worden war. Außerdem verschärfte die Staatsduma Gesetze,

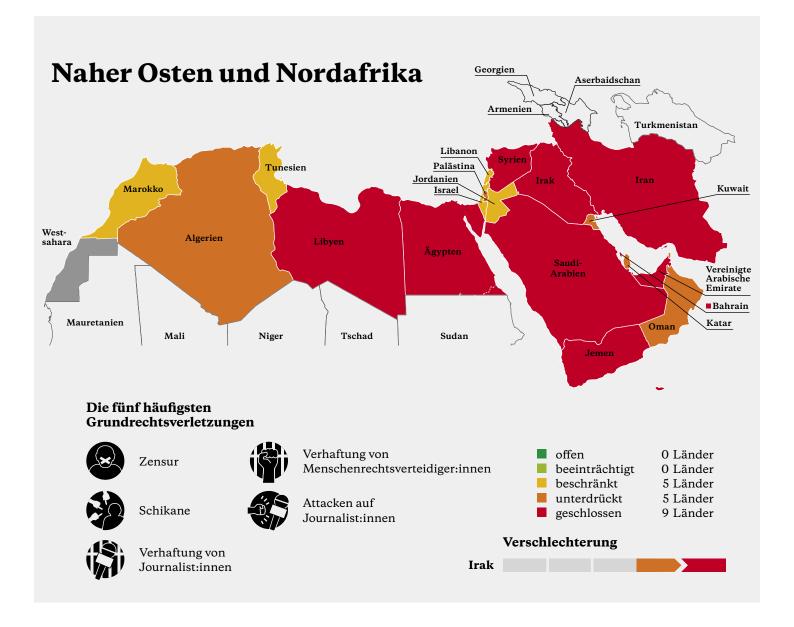
die die Arbeit von regierungskritischen Teilen der Zivilgesellschaft verhindern soll.

Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Polizeigewalt ist eine Debatte von Bedeutung, die die Zivilgesellschaft in Frankreich beschäftigte. Seit mehreren Jahren steht die französische Polizei in der Kritik, bei Demonstrationen unverhältnismäßig brutal vorzugehen. Im November 2020 stimmte die Regierungsmehrheit in der Nationalversammlung nichtsdestotrotz dem "Gesetz für umfassende Sicherheit" zu, das vom Senat noch bestätigt werden muss. Die Regierung will damit die Polizei besser vor persönlichen Angriffen schützen. Es enthält einen Artikel, der die Veröffentlichung von Filmaufnahmen von Polizeieinsätzen unter Strafe stellt. Journalistengewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen sehen darin einen Angriff auf die Pressefreiheit. Sie befürchten, dass damit Übergriffe nicht mehr dokumentiert und geahndet werden können. Dies war während der "Gelbwesten"-Proteste passiert, bei denen infolge von Polizeieinsätzen mit Hartgummigeschossen und Tränengasgranaten vier Menschen gestorben waren und mehr als 20 Menschen so schwer an einem Auge verletzt wurden, dass sie es verloren. Die Bestätigung des Gesetzes stand auch bei Redaktionsschluss dieses Atlasses noch aus.

In mindestens 29 Ländern sind im vergangenen Jahr taktische Einschüchterungen dokumentiert worden, die Journalist:innen, zivilgesellschaftliche Organisationen oder Menschenrechtsverteidiger:innen von ihrer Arbeit abhalten sollten – insbesondere in der Balkanregion. Die Leidtragenden waren oft Frauen, wie etwa in **Bulgarien**, wo eine Journalistin mit ihrer Familie aus dem Land fliehen musste, nachdem sie einen kritischen Artikel über eine rechtsextreme Gruppe veröffentlicht hatte.

Zu welchen Konsequenzen der anhaltende Verfall des Respekts vor den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft führt, zeigt nicht zuletzt die Türkei, im CIVICUS-Ranking als "beschränkt" eingestuft. Kurz vor Jahresende hat das türkische Parlament ein Gesetz gebilligt, das der Regierung erlaubt, massiv gegen kritische Organisationen vorzugehen. Offiziell soll mit dem Gesetz verhindert werden, dass Massenvernichtungswaffen finanziert und weiterverbreitet werden können. Allerdings ist nur ein kleiner Teil der Maßnahmen tatsächlich auf den Kauf solcher Waffen gemünzt. 37 von 43 Bestimmungen geben dem Innenministerium und dem Präsidenten weitreichende Befugnisse, die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zu behindern. Ihre Mitglieder können etwa bei Terrorverdacht durch Zwangsverwalter ersetzt werden. Die neuen Regelungen sehen auch vor, dass die Behörden Spenden blockieren können, um "Terrorismusfinanzierung" und "Geldwäsche" zu verhindern.

Die Hochstufung **Österreichs** von "beeinträchtigt" nach "offen" ist die Folge davon, dass sich der Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft nach dem Regierungswechsel im Januar 2020 wieder verbessert hat. Das vergrößert die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume.



Kritik nicht möglich

Wer im Nahen Osten und Nordafrika seine Stimme für Gleichberechtigung oder soziale Gleichheit erhebt, riskiert weiterhin sein Leben.

Überblick

Die Lage im Nahen Osten und in Nordafrika bleibt besorgniserregend. Zehn Jahre nach Beginn des Arabischen Frühlings überwiegt in den meisten Ländern die Ernüchterung. Die Erwartungen der Bürger:innen konnten bisher nicht erfüllt werden, die Forderungen nach "Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit" bleiben in der Region aktuell. Viele Staaten haben die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume noch weiter beschnitten. Kein Land in der Region hat eine offene oder wenigstens nur beeinträchtigte Zivilgesellschaft. Die einzige Veränderung bekräftigt, wie kritisch es um die bürgerlichen Grundfreiheiten in der Region bestellt ist: Der Irak ist zurückgestuft worden – von "unterdrückt" nach "geschlossen".

Das ist passiert

Auf die jahrelang anhaltenden Proteste reagierten die Machthaber im **Irak**, dem einzigen Absteiger in dieser Region, mit massiven Verletzungen von Menschenrechten. Demonstrierende und Journalist:innen wurden angegriffen und getötet. Die Behörden schwiegen zu den Vorfällen. Das führte zu weiteren Protesten, bei denen Menschen erneut exzessiver Gewalt durch Sicherheitskräfte ausgesetzt waren.

Auch bei Protesten im **Libanon** wurden Menschen Opfer von staatlicher Gewalt und mit Gummigeschossen sowie scharfer Munition beschossen. Anlass für die Demonstrationen war die verheerende Explosion im Hafen von Beirut, bei der am 4. August mehr als 220 Menschen starben. 700 Menschen waren verletzt worden, 300.000 hatten ihr Zuhause verloren. Die tiefer liegenden Gründe aber waren chronisches Staats-

versagen und die soziale Ungleichheit im Land: Die Menschen warfen den Machthabern vor, tatenlos zuzusehen, wie das Land durch eine Wirtschaftskrise, den Verfall der Währung und die Folgen der Corona-Pandemie zugrunde geht. Die Angriffe der Sicherheitskräfte auf die Protestierenden waren so brutal, dass die Sonderberichterstatter und Arbeitsgruppen unter dem Dach des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte einen gemeinsamen Appell formulierten: Alle Menschen im Libanon müssten in die Lage versetzt werden, in diesem kritischen Moment auf die Entscheidungen der Regierung Einfluss nehmen zu können, hieß es. "Wir rufen die nationalen Behörden auf, friedliche Proteste zuzulassen und Demonstranten und Journalisten zu schützen."

Doch für die Menschen in den Ländern des Mittleren Ostens und Nordafrikas ist es so gut wie unmöglich, öffentlich Kritik zu üben. Davon zeugt auch, dass viele Aktivist:innen entweder zu langen Haftstrafen verurteilt wurden oder bis heute in Gefängnissen auf ihre Gerichtsprozesse warten. In den Vereinigten Arabischen Emiraten etwa sitzt der prominente Menschenrechtsverteidiger Ahmed Mansoor im Gefängnis. Er verbüßt eine zehnjährige Haftstrafe, weil er "das Ansehen und den Status der Emirate samt ihrer Führung" beleidigt habe – so die Begründung des Urteils. Seine Vergehen waren friedlicher Protest und Beiträge in den Sozialen Medien im Namen der Menschenrechte.

In Saudi-Arabien wurde kurz vor Jahresende die bekannte Aktivistin Loujain AlHathloul zu fünf Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Sie gehört zu einer Gruppe von 13 Frauen, die seit Mai 2018 in Haft sind, weil sie sich für Frauenrechte einsetzen. AlHathloul hatte sich vor allem einen Namen gemacht mit Kampagnen für ein Ende des Autofahrverbots für Frauen und für die Abschaffung der männlichen Vormundschaft. Das Gericht aber warf ihr in seinem Urteil vor, eine "ausländische Agenda innerhalb des Königreichs mit dem Internet umsetzen" und die öffentliche Ordnung stören zu wollen. Nach Aussagen des Richters habe AlHathloul die Straftaten gestanden. Ihre Familie hingegen beklagt, sie sei gefoltert worden, unter anderem durch simuliertes Ertränken ("Waterboarding"), Auspeitschen und mit Elektroschocks. Man habe ihr das Angebot gemacht, freigelassen zu werden, wenn sie verneine, gefoltert worden zu werden. Al Hathloul hat das abgelehnt.

In Ägypten gibt es ein ähnliches Muster. So verfolgte die Menschenrechtsorganisation EFHR 222 Fälle politischer Gefangener über das Jahr 2020. Mit 187 von ihnen geschah, was als "Verschwindenlassen" bezeichnet wird ("enforced disappearance"): Bei 176 waren ihre Familien bis zu einem Monat im Unklaren über ihren Verbleib, bei elf länger als einen Monat. 40 wurden gefoltert. Durch spezielle "Sicherheitsgerichte" werden zudem vermehrt dem Regime unliebsame Personen in teils mehrjährigen Zyklen der Untersuchungshaft festgehalten, ohne vor ein Gericht gestellt zu werden.

Für Menschenrechtsorganisationen und -verteidiger:innen wird es schwieriger, auf die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten hinzuweisen und sich gegen die anhaltende Besatzung einzusetzen. Kritik gegen die Besatzung wird zunehmend als per se "israelfeindlich" oder antisemitisch interpretiert. Eine Bewertung anhand internationaler Menschenrechtsstandards und deren Durchsetzung treten in den Hintergrund. Israelische, palästinensische und internationale Menschenrechtsverteidiger:innen sehen sich Verleumdungs- und Einschüchterungskampagnen ausgesetzt. Diese zielen darauf ab, ihre Arbeit zu diskreditieren, die Glaubwürdigkeit ihrer Organisationen zu untergraben und dadurch deren Finanzierungen zu gefährden.

Die häufigste Grundrechtsverletzung in dieser Region ist Zensur, dokumentiert in 14 der 19 Länder. So sind beispielsweise in Ägypten inzwischen über 540 Websites dauerhaft blockiert, darunter über 120 Portale von Medienunternehmen. Hiervon sind nicht allein klassische regierungskritische Medien betroffen, sondern vermehrt auch Influencer:innen, die sich zum Beispiel für Frauenrechte einsetzen. So wurden im Jahr 2020 unter dem Cybercrime Law von 2018 etwa zehn bekannte Influencer:innen mit der Begründung, den sozialen Frieden gestört zu haben, zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Teil 2

Zivilgesellschaft im Fokus

Der Kampf um Handlungsräume – sechs Länder



n knapp 90 Ländern unterstützt Brot für die Welt Partnerorganisationen in ihrem Einsatz für die Zivilgesellschaft. Deren Handlungsräume werden immer enger. Mal kriminalisieren Regierungen Menschenrechtsverteidiger:innen, mal verabschieden Parlamente repressive Gesetze. Die Entwicklungen im Corona-Jahr 2020 sind dramatisch. Einblicke in die Situation von El Salvador, Kolumbien, Georgien, Simbabwe, Kambodscha und den Philippinen.



| Faschist, Terrorist, Marionette von China – mit Plakaten wie diesem protestieren Menschen am 4. Juni 2020 gegen die neue Anti-Terrorism Bill des Präsidenten Duterte. Mit Verweis auf sie kann die Regierung auch Kritiker:innen wegsperren.

Philippinen

Im Krieg gegen die eigene Bevölkerung

Präsident Rodrigo Duterte setzt im Kampf gegen das Corona-Virus auf dieselben Methoden wie im "war on drugs": exzessive Gewalt, Verhaftungen und drastische Beschneidungen der Grundrechte. Viele Menschen kämpfen um ihr Überleben, auch gegen die Polizei.

CIVICUS-Einstufung: unterdrückt



Ende Juli 2020 hält der philippinische Präsident Rodrigo Duterte im Parlament seine jährliche Rede an die Nation. Eine Stunde und 40 Minuten lang rühmt er sich für sein drastisches Vorgehen gegen die Pandemie – die Einschränkungen zählen weltweit zu den härtesten. Die 107 Millionen Einwohner:innen des Landes werden im Kampf gegen die Pandemie schikaniert wie kaum ein anderes Volk.

Ab dem 15. März im Großraum Manila und peu à peu im Rest des Landes dürfen die Menschen ihre Wohnungen kaum noch verlassen. Pro Haushalt wird ein Pass verteilt, meist an die Frauen, der zum Einkauf von Lebensmitteln oder Medikamenten berechtigt. Einen zweiten Pass erhalten Menschen in systemrelevanten Berufen: etwa im Gesundheitsbereich, bei Militär und Polizei oder in Supermärkten. Der Transport – Busse ebenso wie Privattaxen oder Tricycles – wird eingestellt. Alle öffentlichen Einrichtungen sind geschlossen – Gerichte, Behörden, Schulen und Universitäten. Das Land steht weitgehend still.

Damit niemand gegen die Maßnahmen verstößt, kontrollieren schwer bewaffnete Polizisten und Soldaten alle, die unterwegs sind. Wichtige Kreuzungen sind abgeriegelt. Einsatzfahrzeuge mit Maschinenpistolen auf dem Dach rollen durch die Straßen. Polizisten gehen von Haus zu Haus und überprüfen die Menschen auf COVID-19-Symptome. Nachbarn sollen Verdächtige melden. Wer den Anschein macht, sich angesteckt zu haben, wird zum Test mitgenommen. Gesunde landen genauso in Quarantänezentren wie Erkrankte.

Ende Juli – in dieser ausufernden Rede – blickt Duterte zurück auf seinen "Krieg gegen das Virus", der in Wahrheit aber ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung ist. Ein Krieg, unter dem die Ärmsten am meisten leiden. Duterte aber ist zufrieden: "Zusammen werden wir die Pandemie genauso bekämpfen wie den illegalen Drogenhandel, die Kriminalität, Aufstände und Korruption." Seinem martialischen Ton zum Trotz bewegt die Pandemie sich zu dieser Zeit auf ihren Höhepunkt zu: Anfang September verzeichnen die Philippinen die höchsten Infektionszahlen in ganz Südostasien.

Von März bis September 2020 wurden mehr als

100.000

Menschen verhaftet. Der Grund: Regelverstoß.

Kritiker:innen werden verhaftet und gedemütigt

Seit seinem Amtsantritt im Juni 2016 kennt der philippinische Präsident nur eine Strategie, um nationale Krisen zu beheben: Gewalt, Verhaftungen und zunehmende Beschneidung der Grundrechte. Im Namen seines vermeintlichen Krieges gegen Drogenkriminalität sind inzwischen Zehntausende ermordet worden - unter Beteiligung oder Duldung von Regierung, Polizei, Justiz. In der Pandemie setzte Duterte diesen Feldzug gegen die eigene Bevölkerung ungehemmt fort. Wer Ärger mache oder Polizisten gefährde, werde erschossen, drohte Duterte am 1. April in einer TV-Ansprache. Den Schießbefehl nahm der Chef der philippinischen Nationalpolizei nach heftigem Protest in den sozialen Medien zurück: Seine Sicherheitskräfte würden keine Waffen ein-

Allerdings wurden nach offiziellen Angaben allein von Mitte März bis Anfang September mehr als 100.000 Personen verhaftet, die sich - so der Vorwurf - nicht an die Pandemieregeln hielten. Dabei sind Verhaftungen aufgrund von Verstößen gegen die Pandemiemaßnahmen nach philippinischem Recht ohne Haftbefehl rechtswidrig, so die Philippinische Menschenrechtskommission, ein unabhängiges Verfassungsorgan mit relevantem Mandat, jedoch stark begrenztem Einfluss. Bei dieser landeten im gleichen Zeitraum mehr als 900 Beschwerden über Polizeigewalt, Misshandlung und Verhaftungen. Mit dieser Strategie verstieß Duterte nicht nur gegen Gesetze - er erhöhte auch das Infektionsrisiko: Die ohnehin längst überfüllten Gefängnisse wurden selbst zu Hotspots.

Wer sich nicht an die Ausgangsbeschränkungen hielt, wurde laut Menschenrechtsorganisationen von Polizisten öffentlich gedemütigt und bestraft. In der Stadt Santa Cruz etwa wurden sieben Jugendliche über Nacht in Hundekäfige gesperrt, weil sie gegen die nächtliche Ausgangssperre verstoßen hatten. In Paranaque, einer Stadt in der Region Metro Manila, misshandelten Polizisten Festgenommene, indem sie sie stundenlang ohne Wasser der prallen Sonne aussetzten.

Unterdrückung als Strategie

Der Präsident setzte seine Sicherheitskräfte aber nicht nur ein, um die Einhaltung der Quarantänebestimmungen zu überwachen und die Bevölkerung zu drangsalieren. Seine Regierung machte darüber hinaus ehemalige Militärgeneräle zu den obersten COVID-19-Bekämpfern. Den Ex-Geheimdienstchef ernannte Duterte Ende August zum neuen Leiter der philippinischen Krankenversicherungsgesellschaft. Die Regierung müsse endlich einen gesundheitspolitischen Ansatz verfolgen, statt mit militärischen Mitteln auf die Pandemie zu reagieren, forderte die Philippinische Menschenrechtskommission. Ein Kritiker dieser Strategie, der im Land lebende philippinische Politikprofessor Aries Arugay, sagte in einem Zeitungsinterview, die Regierung reagiere auf Bedrohungen immer gleich: mit Gewalt und eingeschränkten Grundrechten. Damit verhalte sie sich wie ein Zirkuspferd, "das nur einen Trick beherrscht".

Ähnlich wie bei Dutertes "Krieg gegen Drogen" leiden die Ärmsten in den großen Städten am meisten unter dieser Politik des brutalen Durchgreifens. Das Gros der Ärmsten zählt zu den rund 40 Prozent Erwerbstätigen, die im informellen Sektor arbeiten. Es sind Tagelöhner:innen, die auf dem Markt verkaufen, Ernten einholen oder auf dem Bau oder in Garküchen arbeiten. Wer wegen der Ausgangsbeschränkungen kein Geld

Mehr als

1/3

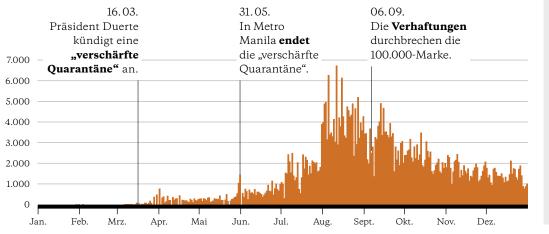
der armen Familien bekamen keine staatliche Soforthilfe verdienen kann, hungert. Viele der Ärmsten leben zudem auf der Straße oder auf engstem Raum in ohnehin überfüllten Siedlungen, ohne ausreichend Wasser und damit ohne Möglichkeit, sich vor Ansteckung zu schützen. Und selbst diese provisorisch erbauten, semilegalen Unterkünfte hat die Polizei während der COVID-19-Pandemie zwangsgeräumt, wie Menschenrechtsorganisationen berichten.

Staatliche Hilfen: dürftig und intransparent

Zwar startete die Regierung über das Notstandsgesetz Ende März den "Bayanihan To Heal As One Act" – ein Soforthilfeprogramm für 18 Millionen Familien mit geringem Einkommen. Jede von ihnen sollte bis Ende Juni rund 5000 bis 8000 Pesos bekommen (umgerechnet 90 bis 140 Euro). Doch bis Mitte August hatten mehr als ein Drittel der Familien keine Hilfe erhalten. Ein Grund der ausbleibenden Hilfe ist Korruption: Bis Ende August ermittelten das Justizministe-

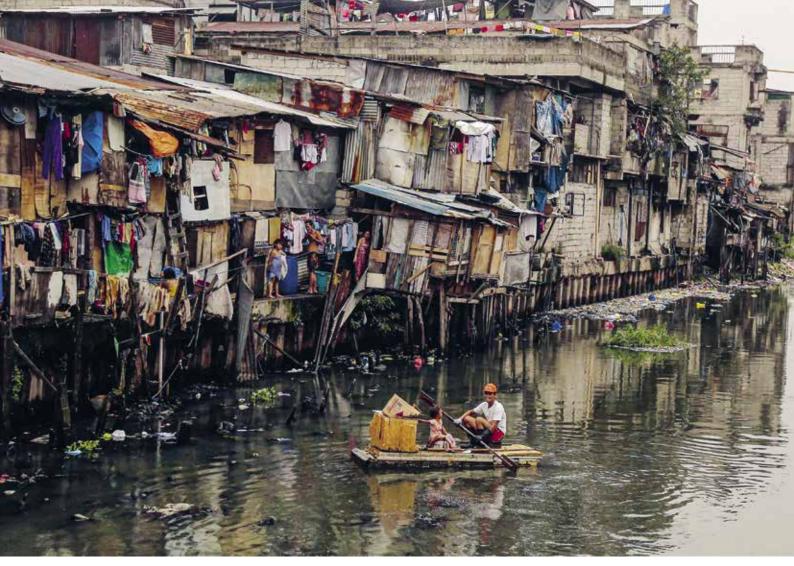
Entwicklung der Pandemie auf den Philippinen

Anzahl der registrierten Infektionen im Jahr 2020



472.532
Infizierte
9.230
Tote
109,6 Millionen
Einwohner:innen

Quelle: WHO, eigene Recherchen



| Noch schutzloser in Zeiten der Pandemie: Im Großraum Manila leben viele Menschen in provisorischen, halblegalen und bitterarmen Siedlungen. Etliche hat die Polizei auch 2020 zwangsgeräumt.

rium und die Polizei in mehr als tausend Fällen wegen Verdachts auf Diebstahl staatlicher COVID-19-Hilfen – darunter auch gegen gewählte Politiker:innen wie Bürgermeister:innen oder Gemeindevertreter:innen.

Druck auf Medien bald so stark wie unter Diktator Marcos?

Die Regierung schränkte mit Ausbruch der Pandemie auch die Presse- und Meinungsfreiheit weiter ein. Medienvertreter:innen waren aber schon vorher eingeschüchtert, verleumdet und ermordet worden – wobei Verleumdung in den Philippinen eine Straftat ist, für die bis zu vier Jahren Gefängnis drohen. Tatsächlich aber ist gerade

Bei "Verleumdung" bis zu

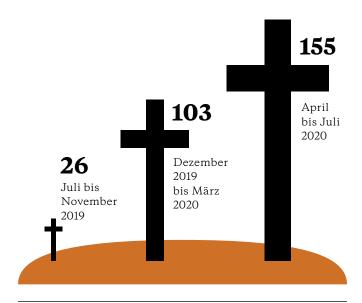
4Jahre Haft

dieser Tatbestand problematisch, da nach philippinischem Strafgesetzbuch auch Tatsachenbehauptungen als Verleumdung interpretiert werden können. Auch wenn Journalist:innen über Fakten und belegte Rechtsverletzungen berichten, droht Strafe. Im Juni 2020 verurteilten Richter die Journalistin Maria Resa, Chefredakteurin von Rappler, einem der letzten unabhängigen Onlinemedien im Land, nach einem rechtlich fragwürdigen Verfahren. Das Strafmaß war im Dezember 2020 noch unbekannt, könnte jedoch bis zu sechs Jahren Haft bedeuten. Rappler hatte im Oktober 2016 aufgedeckt, dass Dutertes Wahlkampfteam eine regelrechte Onlinearmee aus bezahlten Trollen aufgebaut hatte, die falsche Nachrichten in Sozialen Medien verbreiteten und politische Gegner attackierte.

Mit der Pandemie verschärfte sich der Druck auf freie Medien weiter. Wer unter dem Notstandsgesetz vermeintliche Falschmeldungen im Kontext von COVID-19 verbreitete, riskierte bis zu

Staat lässt töten

Anzahl der Menschen, die im Zusammenhang mit dem "war on drugs" von der Polizei getötet wurden



Quelle: Human Rights Watch auf der Basis von Regierungsstatistiken

zwei Jahre Gefängnis. In den folgenden Monaten wurden mehrere Verfasser:innen regierungskritischer Social-Media-Beiträge, darunter Student:innen und Künstler:innen, unter Berufung auf das Notstandsgesetz verhaftet. Hinzu kam: Im Mai 2020 verlängerte der Kongress die Sendegenehmigung von ABS-CBN nicht, dem bis dato größten Nachrichtensender. ABS-CBN hatte jeden zweiten Haushalt erreicht und die Regierung regelmäßig für ihren repressiven Kurs kritisiert. So hatten Reporter:innen akribisch die Zahl der Ermordeten in Dutertes "Krieg gegen die Drogen" gezählt und veröffentlicht. Von mehr als 27.000 Ermordeten seit Dutertes Amtsantritt gehen philippinische Menschenrechtorganisationen aus.

Viele Menschen protestierten gegen den Entzug der Lizenz – dennoch musste der Sender den Betrieb einstellen. Damit fehlte während der Pandemie eine wichtige Quelle, die die Öffentlichkeit sachlich und kritisch informiert. Schon einmal, im September 1972, war der Sender abgeschaltet worden, damals von Präsident Marcos. Er hatte damals das Kriegsrecht verhängt – und machte sich damit zum Diktator.

Mindestens

182

Menschenrechtsverteidiger:innen wurden seit Dutertes Amtsantritt bis August 2020 ermordet

Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung mundtot gemacht

Die Philippinen gelten weltweit als eines der gefährlichsten Länder für Menschenrechtsverteidiger:innen. Mindestens 182 von ihnen wurden seit Dutertes Amtsantritt bis August 2020 ermordet, so das Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen (AMP). Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung geht die philippinische Regierung brutal gegen Menschenrechtsverteidiger:innen und andere zivilgesellschaftliche Akteure und Organisationen vor, die sich im Land für Menschenrechte, Umweltschutz oder eine gerechte Landverteilung einsetzen oder die entsprechenden Verletzungen durch die Polizei oder Unternehmen dokumentieren, anklagen und darüber berichten. Die Regierung erklärt solche Aktivist:innen – Stichwort "red-tagging" – zu kommunistischen Rebellen. Beides ist eine gängige Methode, kritische Stimmen und Organisationen mundtot zu machen Sie werden eingeschüchtert, überfallen, verhaftet, kriminalisiert, diffamiert - und ermordet. Bereits der Kontakt mit Personen und Gruppen, die auf den willkürlich aufgesetzten Terrorlisten des Militärs oder einiger Ministerien auftauchen, ist gefährlich. Damit wird jede Begegnung mit ihnen riskant. Der psychische Druck ist immens, auch weil oft unklar ist, wer verdächtigt wird.

Zu jenen, die ihr Engagement mit dem Leben bezahlt haben, zählt Zara Alvarez. Die Mitarbeiterin der Gesundheits-NGO Negros Island Health Integrated Program for Community Development (NIHIPCD) hat sich für die Rechte landloser Kleinbauernfamilien und Landarbeiter:innen engagiert. Jahrelang war Zara Alvarez eingeschüchtert worden und hatte Morddrohungen bekommen. Eine fingierte Anklage beschuldigte sie 2012, an der Ermordung eines Armeegenerals beteiligt gewesen zu sein. Das Gerichtsverfahren zog sich über zwei Jahre. 2014 wurde Zara Alvarez aus der Haft entlassen, doch erst im März 2020 freigesprochen – aus Man-

gel an Beweisen. Dennoch landete ihr Name auf einer offiziellen Terrorliste. Zwar wurden Bild und Name nach ihrem Einspruch von der Liste gelöscht. Doch im August 2020 wurde sie von bislang unbekannten Tätern vor ihrem Haus erschossen. Zaras Fall ist exemplarisch für die zahlreichen Ermordungen von Menschenrechtsverteidiger:innen. Straflosigkeit ist ein großes Problem in den Philippinen – vor allem in den zahlreichen Fällen von willkürlichen Hinrichtungen und politischen Morden.

Die Regierung kann Aktivist:innen mit dem neuen Anti-Terror-Gesetz noch leichter verfolgen – nun auch gesetzlich untermauert. Das Parlament hat es im Juli 2020 verabschiedet. Terrorverdächtige können dadurch 90 Tage überwacht und 24 Tage lang inhaftiert werden. Das Gesetz erlaubt es der Regierung zudem, Konten von Organisationen ohne richterlichen Beschluss einzufrieren. Was unter den Vorwurf "terrorverdächtig" oder "terrorunterstützend" fällt, definiert

das Gesetz bewusst sehr vage. Damit kann auf den Philippinen nahezu jeder Mensch und jede Organisation verdächtigt, überwacht und in der eigenen Arbeit behindert werden. Oder, wie es Michelle Bachelet, die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, ausdrückt: "Damit verschwimmt die Unterscheidung zwischen Kritik, Kriminalität und Terrorismus."

| Vielfalt unerwünscht: Auf einem LGBT-Protestmarsch in Manila nimmt die Polizei am 26. Juni 2020 mindestens 20 Aktivist:innen fest – und mehrere Journalist:innen.



"Die einen werden bestraft, die anderen feiern Partys"

Interview mit Abbie Litao, Leiterin des Programms "Menschenrechtsverteidigung in Zeiten der Pandemie", und Mario Maderazo, Anwalt, beide von der Nichtregierungsorganisation IDEALS



Frau Litao, Herr Maderazo, wie hat die Pandemie die Gesundheitsversorgung in den dicht besiedelten Gegenden und Slums auf den Philippinen verändert?

Abbie Litao: Sie hat die Mängel offenbart, die es schon vorher gab: Die Menschen in den Armenvierteln können sich weder Ärzte noch Medikamente leisten, weil wir seit 2016 einen Präsidenten haben, der andere Prioritäten setzt.

Das heißt: Die Armen sind in der Pandemie allein auf sich gestellt?

Abbie Litao: Sie haben zwar Anspruch auf eine staatliche Gesundheitsversorgung. Doch seit dem Lockdown müssen sich alle bei lokalen Behörden registrieren. Wer nicht auf der Liste steht oder sich mangels eines Ausweises nicht registrieren kann, wird im Falle der medizinischen Behandlung nicht finanziell unterstützt.

Wie versorgen sich die Menschen mit Essen und Medizin?

Abbie Litao: Das ist für viele eine große Herausforderung. Gleich zu Beginn des Lockdown hat die Regierung zwar ein Sozialprogramm gestartet. Es gab aber nur einmalig 5.000 Pesos, umgerechnet 90 Euro, entweder in bar oder in Naturalien. Diese Hilfe reicht wegen der hohen Preise nicht lange. Einige lokale Regierungen versorgen ihre Bevölkerung, vor allem die älteren Menschen, mit Lebensmittelpaketen. Aber für viele ist es sehr schwer zu überleben. Die Leute haben keine Angst vor der Pandemie oder vor dem Gefängnis, wenn sie Hunger haben.

Seit Ausbruch der Pandemie werden immer mehr Menschen inhaftiert. Warum?

Mario Maderazo: Sie kommen ins Gefängnis, weil sie keine Masken tragen oder ihrer informellen Arbeit nachgehen, also beispielsweise verbotenerweise Gemüse am Straßenrand verkaufen. Auch die Fahrer von Jeepneys, den Kleinbussen mit den offenen Fenstern, dürfen keine Passagiere trans-

portieren. Dabei bewerten Medizinexperten diese Fahrzeuge sogar als sicherer als die Busse großer Transportunternehmen, über deren Klimaanlagen sich das Virus leichter ausbreiten kann.

Regelbrüche werden hart bestraft?

Mario Maderazo: Ja, dabei halten sich viele Regierungsvertreter selbst nicht an die Vorschriften. Ein hochrangiger Polizist hat in den Sozialen Medien während des Lockdown im Mai Fotos von seiner Geburtstagsfeier mit vielen Gästen gepostet. Seit November ist er Chef der nationalen Polizei. Daran können Sie erkennen, wie sehr die Regierung Menschen diskriminiert: Die einen werden bestraft, wenn sie gegen Auflagen verstoßen. Die anderen feiern Partys.

Welche Konsequenzen hat die Pandemie für die Armen?

Abbie Litao: Vor allem sie leiden unter ihr. Die Menschen sollen zu Hause bleiben, aber für Frauen ist das eigene Haus häufig kein sicherer Ort. Unsere Sozialarbeiter:innen berichten, dass mehr Frauen missbraucht werden als vor der Pandemie. Hinzu kommt, dass von Müttern erwartet wird, zuhause ihre Kinder zu unterrichten und gleichzeitig für den Haushalt zu sorgen. Das trägt zur Anspannung bei, die viele während der Pandemie erleben.

Mario Maderazo: Oder nehmen Sie die Schule: Ein Großteil des Unterrichts findet jetzt online statt. Aber viele Schulen und Eltern haben weder Netzzugang noch Computer. Über Soziale Medien lief die Geschichte eines kleinen Jungen, der Geld gesammelt hat, um in einem Internet-Café am Unterricht teilnehmen zu können. Andere stellen sich mit ihren Smartphones aufs Dach ihres Hauses, damit sie eine gute Verbindung haben.

Dieses Klima aus Druck und Anspannung – was macht das mit dem Zusammenhalt der Gesellschaft?

Mario Maderazo: Die Menschen sind schon solidarisch. Das kann man auch in den Sozialen Medien beobachten, wo es zum Beispiel Onlineproteste gegen die Regierung gab. Doch die Solidarität ist auch begrenzt: Wir haben zwei Supertaifune hinter uns. Sogar die katholische Kirche tut sich schwer zu helfen. Es gibt keine Messen und keine Spenden. Die Menschen sind spendenmüde.

Wie gehen Sie mit dieser Situation um?

Mario Maderazo: Es ist schwer, mental wie emotional. Am Anfang der Pandemie habe ich mich gefragt: Wie lang wird das dauern? Da bin auch ich zu Hause geblieben. Aber das Gros unserer Arbeit findet draußen bei den Menschen statt. Nach einem Monat dachte ich: Ich kann nicht einfach in meinem Haus herumsitzen. Also haben wir uns gefragt, wie wir unsere Arbeit ins Netz transferieren können – die Rechtsberatung, die Unterstützung für Menschenrechtsverteidiger:innen, die Bildungsangebote.

Was haben Sie konkret dafür getan?

Abbie Litao: Wir haben eine Onlineplattform gestartet, auf der die Menschen Fragen stellen können zu Arbeitslosigkeit, häuslicher Gewalt oder Bürgerrechten. Unsere Anwälte antworten darauf. So konnten wir unsere Arbeit fortsetzen. Aber auch uns stresst diese Pandemie. Wir haben jeden Tag Onlinemeetings, bei denen wir mit einem Computer reden. Wenn man Menschen persönlich trifft, bekommt man positive Energie zurück. Aber jetzt machen wir eine Videokonferenz nach der anderen.

Funktionieren die neuen Formen dennoch?

Mario Maderazo: Ja. Wir bekommen viel gutes Feedback. Aber es bleiben Herausforderungen – zum Beispiel Menschen davon zu überzeugen, über ein sehr persönliches Anliegen in einem Chat zu schreiben, wenn sie lieber mit einem Anwalt sprechen würden.

Wie wird Ihre Menschenrechtsarbeit nach der Pandemie aussehen?

Abbie Litao: Ich glaube, wir werden eine Mischung aus On- und Offlineformaten erleben. Die Menschen finden online Hilfe und wir suchen dann die Fälle aus, die eine persönliche Begleitung brauchen. Und wir werden die Regierung daran erinnern, dass sie ihrer Verantwortung nicht nachkommt: Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht. Die jetzige Gesundheitssituation wird das neue Normal werden. Unsere Arbeit wird noch nötiger sein als heute.

Und wie wird IDEALS nach der Pandemie aussehen?

Mario Maderazo: Unsere Organisation hat das große Glück, junge Leute wie Abbie zu haben. Die meisten unserer Anwält:innen sind jung, ich bin am längsten dabei. Die Jüngeren haben kreative Ideen und einen großen Idealismus. Die Herausforderung ist, sie bei den Schwierigkeiten und Risiken zu unterstützen, die mit der Arbeit bei IDEALS einhergehen.

Abbie Litao: In dieser Zeit liegt für uns auch eine große Chance. Die Pandemie hat unsere Kreativität angestachelt. Als wir mit der Menschenrechtsarbeit angefangen haben, haben wir uns auf die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen im Krieg unseres Präsidenten gegen die Drogen konzentriert. Jetzt schauen wir auf die vielen Verbindungen zwischen allen Menschenrechten und entwickeln neue Ideen. Wir müssen ihren Wert in einer positiven Weise kommunizieren, um die falschen Informationen der Regierung zu kontern. Jetzt finden wir Wege, um die Communities an dieser Arbeit zu beteiligen.

Kurz und knapp

Unser Partner: The Initiatives for Dialogue and Empowerment through Alternative Legal Services (IDEALS)

Wie entstanden: 2005 von Jurist:innen gegründet, seit 2016 Partner von Brot für die Welt

Projektgebiet: Metro Manila

Schwerpunkt: Marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Frauen oder Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden gestärkt und unterstützt, ihre Rechte einzufordern. IDEALS kämpft für politische und rechtliche Gleichbedingung aller und arbeitet dafür auch mit Regierungsvertreter:innen zusammen.

Weitere Infos: http://ideals.org.ph



| 600 Kilometer in vier Wochen: Am 19. Oktober 2020 erreichen die Protestierenden aus der Provinz Cauca die Hauptstadt Bogotá. Die meisten von ihnen sind *indigenas*, sie fordern mehr Schutz vor den bewaffneten Gruppen in ihren Gebieten.

Kolumbien

COVID-19 als Brandbeschleuniger

Der Ausbruch des Virus verschärft die Konflikte in einem Land, das durch das Friedensabkommen zwischen der Rebellengruppe FARC und der kolumbianischen Regierung zur Ruhe kommen wollte. Die Gewaltexzesse erreichen 2020 ein neues Rekordniveau.

CIVICUS-Einstufung: unterdrückt



Im September 2020 veröffentlichen annähernd 50 Nichtregierungsorganisationen eine gemeinsame Erklärung. Sie lehnen sich damit gegen eine Tatsache auf, die in Kolumbien neben COVID-19 wie eine weitere Pandemie wirkt: die Polizeigewalt gegen die eigene Bevölkerung – durch eine Polizei, die sich zunehmend militarisiert hat.

Anlass ist der Tod des Anwalts Javier Ordóñez. Durch Elektroschocks und Schläge hatten ihn Polizisten so schwer verletzt, dass er starb. Danach protestieren Tausende Menschen in der Hauptstadt Bogotá und anderen Städten gegen eine Polizeigewalt, die während der Pandemie noch zugenommen hat. Es folgen nächtliche Ausschreitungen, Plünderungen und Brandanschläge auf Polizeistationen.

In ihrer Erklärung beklagen die NGOs den "Missbrauch durch die Polizei" und "exzessiven Gebrauch von Schusswaffen". Auch Michelle Bachelet, die Hochkommissarin für Menschenrechte der UN, ist besorgt: Beim Treffen des 45. UN-Menschenrechtsrats in Genf berichtet sie von 13 Toten bei den Protesten in Bogotá und Soacha. Mehr als 300 Menschen seien verletzt worden, 77 davon durch Schusswaffen. Es ist ein neuer Höhepunkt einer länger schwelenden Entwicklung. 2019 galt bereits als Rekordjahr der Gewalt; nie zuvor hatten Polizei und Militär, aber auch paramilitärische Gruppen mehr Verbrechen begangen. 2020 hat dieses Jahr noch übertrumpft.

Der Ausbruch des Virus wirkt in Kolumbien wie ein Brandbeschleuniger und verschärft in erster Linie die Situation von Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen. Dabei hoffte das ehemalige Bürgerkriegsland noch vier Jahre zuvor, in eine neue Ära aufzubrechen. Das damals gerade beschlossene Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der Rebellengruppe FARC sollte mithelfen, Kolumbien von den Strukturen zu befreien, die in dem Land so viel Unheil angerichtet hatten: Kolumbien ist eines der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Durch die Ausbeutung von Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen wie etwa Erdöl, Zuckerrohr oder Steinkohle und durch Megaprojekte wie etwa Staudämme 1.108

Aktivist:innen wurden seit dem Friedensvertrag getötet hat das Land großen Wohlstand erwirtschaftet. Doch von dem Reichtum profitieren vor allem die Eliten in Politik und Wirtschaft. Sie verfügen über Verbindungen zu Akteuren der illegalen Wirtschaft, zu Paramilitärs und anderen kriminellen Gruppen. Und zum Drogenhandel: Kolumbien ist eines der Hauptanbauländer von Kokapflanzen für die Kokainproduktion. Dem Reichtum der Wenigen steht die Armut eines Großteils der Bevölkerung gegenüber.

Das Friedensabkommen vom November 2016 sollte die Gesellschaft zur Ruhe kommen lassen. Dessen zentrale Ziele: eine Landreform, die den Boden gerecht verteilt, damit sich auch Kleinbauernfamilien eine Existenz erwirtschaften können. Die Entwaffnung und Wiedereingliederung der FARC-Kämpfer:innen. Die demokratische Öffnung und politische Beteiligung unterschiedlicher Gruppen. Ein Ende der Gewalt. Und die Schaffung verschiedener Instanzen, um die Verbrechen aufzuarbeiten und die Vergangenheit zu bewältigen, darunter auch eine Wahrheitskommission und ein spezieller Gerichtshof. Doch auch nach dem Abkommen ging das Morden weiter. Seit Unterzeichnung des Friedensabkommens wurden nach Angaben des Friedensinstituts INDEPAZ bis Ende 2020 1.108 Menschenrechtsverteidiger:innen und líderes sociales - also soziale Anführer:innen - getötet. Gerade Letztgenannte setzen sich als Vertreter:innen von bäuerlichen, indigenen oder afrokolumbianischen Gemeinden dafür ein, dass Land zurückgegeben wird und Boden, Wald und Gewässer nicht weiter ausgebeutet werden. Damit stehen sie den wirtschaftlichen Interessen mancher Unternehmen und Gruppen im Weg, die die Kontrolle über jene Gebiete erhalten oder behalten wollen, die der Staat vernachlässigt.

Nur 40 Prozent des Friedensabkommens umgesetzt

Die Wahl des rechtskonservativen Iván Duque zum Präsidenten im Jahr 2018 machte viele Hoffnungen zunichte. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der das Friedensabkommen ausgehandelt hatte, richtet Duque seine Politik vor allem an den Interessen der Eliten aus, in den Wahlkampf war er als Gegner des Abkommens gezogen. Er steht für eine Politik der harten Hand. Mit seinem Ansatz fand er auch bei jenen Unter-

stützung, die überzeugt sind, dass die FARC, ebenfalls verantwortlich für viele Entführungen und Morde, in dem Friedensabkommen zu gut weggekommen waren.

Der neue Präsident stoppte das Abkommen nicht, aber er verschleppte die Umsetzung. Weder das vereinbarte Schutzsystem für Menschenrechtsverteidiger:innen und soziale Anführer:innen noch die Programme zur Landrückgabe kommen seitdem voran. Das kritisiert auch das Kroc-Institute for International Peace Studies; es wertet im Auftrag der Vertragsparteien die Umsetzung des Abkommens aus. Laut dem Institut hat die Regierung drei Jahre nach Unterzeichnung 60 Prozent der Vereinbarungen gar nicht oder nur in Ansätzen umgesetzt. Vor allem die Landreform stagniert: Viele Bauern warten noch immer darauf, dass die Regierung ihnen Alternativen zum Drogenanbau anbietet und fördert. Laut Oxfam kontrollieren ein Prozent der Grundbesitzer 81 Prozent der Landfläche.

In vielen Regionen haben bewaffnete Gruppen, darunter paramilitärische Einheiten, FARC-Dissidenten oder kriminelle Banden, die Abwesenheit des Staates genutzt, um das von den demobilisierten FARC hinterlassene Machtvakuum zu füllen. Die ländlichen Konfliktregionen sind rechtsfreie Räume geblieben – mit vielen ermordeten Menschenrechtsverteidiger:innen und líderes sociales. Eigentlich müsste der Staat diese

schaften zwischen politischen oder wirtschaftlichen Eliten mit bewaffneten Gruppen juristisch aufklären. Er müsste außerdem öffentliche Leistungen wie Gesundheitsvorsorgen, Sozialhilfe und Schulbildung garantieren. Doch Duque setzt stattdessen auf weitere Militarisierung und repressive Sicherheitspolitik.

90
Massaker
in 2020

In der Corona-Krise verstärkt Duque Druck und Gewalt

Menschen schützen, mit Polizei und Militär, die

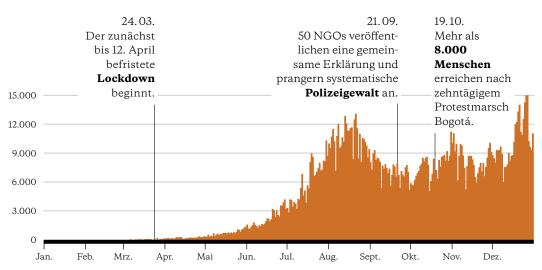
nicht die eigene Bevölkerung unter Beschuss neh-

men. Mehr noch: Der Staat müsste die Machen-

Auch im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus bleibt Duque seiner Linie treu. Die Regierung verhängte im Frühjahr 2020 strenge Ausgangssperren und Hygieneregeln. Erst im September wurden sie schrittweise aufgehoben. Trotzdem hat COVID-19 das Land schwer getroffen: Bis Ende 2020 gibt es laut offiziellen Zahlen fast 1,6 Millionen Infizierte und etwa 43.000 Todesfälle. Besonders dramatisch sind auch die Folgen in den quasi staats- und rechtsfreien Regionen: Dort verhängten bewaffnete Gruppen Ausgangssperren. Ende März erklärte die Guerillagruppe ELN zwar eine einmonatige Waffenruhe, diese

Entwicklung der Pandemie in Kolumbien

Anzahl der registrierten Infektionen im Jahr 2020



1.614.822
Infizierte
42.620
Tote
50,9 Millionen
Einwohner:innen

Quelle: WHO, eigene Recherchen



l Mit Tränengas gegen Kritik: Am 9. September 2020 geht die Polizei in Bogotá gegen Menschen vor, die wegen des Todes von Javier Humberto Ordonez protestieren. Er war in einem Krankenhaus gestorben, nachdem die Polizei ihm Elektroschocks versetzt hatte. Der Vorwurf: Er habe gegen Social Distancing verstoßen.

sei wegen des Virus eine humanitäre Geste. Doch um Leben zu schützen, seien ihre Kämpfer gezwungen, Menschen zu töten, wenn die Bevölkerung die Befehle zur Verhinderung von COVID-19 nicht respektiere.

Auch Polizei, (Para-)Militärs und Guerillagruppen gingen mit massiver Gewalt vor. Für 2020 meldete INDEPAZ 90 Massaker mit insgesamt 375 Toten; die meisten der Ermordeten lebten in indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden. Auch die Zahl der ermordeten Menschenrechtsverteidiger:innen und *lúderes sociales* stieg 2020 gegenüber dem Vorjahr von 279 auf 310. Die Menschen, die vom Staat ohnehin kaum geschützt werden, waren während der Pandemie noch schutzloser: Wer seine Wohnung wegen der Ausgangssperren nicht verlassen kann, ist leicht auffindbar.

Auch die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen, die Brot für die Welt unterstützt, wurde stark behindert. Um sich im Land zu bewegen, waren Passierscheine nötig, die nur sehr schwer oder gar nicht zu erhalten waren. Wegen der Ausgangssperren konnten Menschenrechtsorganisationen die gefährdeten Menschenrechtsverteidiger:innen und líderes sociales nicht mehr

Krankenhaus für **500.000** Menschen begleiten. Schutzprogramme, die bedrohten Aktivist:innen halfen, an einem neuen Ort unerkannt zu leben, hat die Regierung hinausgezögert. Nur in Einzelfällen und nach nationalem und internationalem Druck – auch seitens der Deutschen Botschaft –, konnte beispielsweise Leyner Palacios, der Vorsitzende der interethnischen Wahrheitskommission der Pazifikregion, in eine sicherere Region gebracht werden.

Weder Masken noch sauberes Wasser

Unter der Pandemie leiden bis heute die Ärmsten am stärksten. Sie genießen ohnehin keinerlei Gesundheitsschutz – die Pandemie macht sie noch verwundbarer. Im Chocó, einer vom Staat immer schon vernachlässigten Provinz mit rund einer halben Million Einwohner – vor allem Indigene und Afrokolumbianer:innen –, gab es im Mai nur ein einziges Krankenhaus mit 27 Intensivbetten. Und im ganzen Amazonasgebiet, das hohe Infektionszahlen verzeichnet, stand damals kein einziges Intensivbett. In die ländlichen und vernachlässigten Gebiete werden kaum Tests geliefert – die Zahl der tatsächlich Infizierten und Verstorbenen ist wahrscheinlich sehr viel höher als offiziell vermeldet.

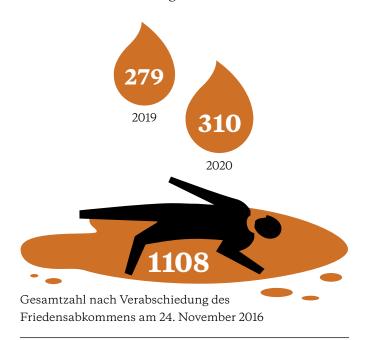
Viele Menschen in Kolumbien konnten während der Pandemie die strengen Regeln zur Eindämmung des Virus schlichtweg nicht einhalten. Nur 35 Prozent der Haushalte auf dem Land haben nach offiziellen Angaben überhaupt direkten Zugang zu Wasser, in Städten sind es immerhin rund 88 Prozent. Hinzu kommt: Viele Menschen arbeiten im informellen Sektor. Sie verdienen ihr Geld als Tagelöhner:innen oder umherziehende Händler:innen. Sie haben keine Arbeitsverträge und leben buchstäblich von der Hand in den Mund. Können sie nicht arbeiten, so hungern sie. Eine Ausgangssperre bedeutet für sie tatsächlich: Lebensgefahr.

Auf dem Land haben nur

35%
direkten Zugang
zu Wasser

Tödliches Engagement

Anstieg der Morde an *líderes sociales** und Menschenrechtsverteidiger:innen in Kolumbien



^{*}Soziale Anführer:innen in den Gemeinden Quelle: Indepaz

Zwar hatte Duques Regierung im April Nothilfen angekündigt, etwa eine Einmalzahlung von umgerechnet 45 Euro, Sonderzahlungen für alle, die an staatlichen Sozialprogrammen teilnehmen, oder einen Aufschub von Gebühren für Wasser und Strom. Doch viele Hilfen kommen nicht an. Der Grund: Korruption und Missmanagement. Mindestens 27 Fälle wegen Korruption, in die das Verteidigungsministerium und zahlreiche örtliche Behörden verwickelt sind, untersucht die Contraloría General de la República, vergleichbar mit dem deutschen Bundesrechnungshof. Um die schlimmste Not zu lindern, halfen lokale Initiativen. Die Bürgermeisterin von Bogotá und der Bürgermeister von Medellín organisierten Spendensammlungen - mit dem Geld kauften sie Essen für die Ärmsten. In Bogotá kamen so umgerechnet 13 und in Medellín fast 3,3 Millionen US-Dollar zusammen. Auch die Bevölkerung zeigte sich solidarisch: Wer hungerte, hängte ein rotes Tuch vors Fenster. Nachbarn halfen diesen Familien dann.

Durch die Pandemie litten auch die venezolanischen Migrant:innen massiv. Von den Nothilfeprogrammen waren sie ausgeschlossen. Viele gingen daher nach Venezuela zurück. Wer wegen der humanitären Krise in Venezuela jedoch nach Kolumbien wollte, stand vor geschlossenen Grenzen. Man wolle die Ausbreitung des Virus verhindern, so die Begründung. Wer es trotzdem zurück nach Kolumbien schaffte, lebt dort nun illegal – oft ohne jede Hilfe.

Mehr Menschen mobilisiert

Und doch: Trotz Repressionen und Lockdown konnten viele Organisationen arbeiten. Sie berieten und begleiteten Bedrohte digital oder telefonisch. Oder sie widmeten ihre Gelder um und versorgten Hilfsbedürftige mit Medikamenten oder Essen.

Zudem beschleunigt die Pandemie eine Entwicklung, die in Kolumbien schon länger zu beobachten ist: Immer mehr Menschen fordern einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat, der eine Grundversorgung und Sicherheit für alle Menschen im Land garantiert. Auch Themen wie Klimawandel, Korruptionsbekämpfung und die Rechte von Minderheiten und Frauen werden heute in Kolumbien stärker diskutiert und eingefordert als noch vor der Pandemie.



"Viele Wachen zahlen einen hohen Preis"

Interview mit Eduin Mauricio Capaz Lectamo, Koordinator Menschenrechtsarbeit der Vereinigung Indigener Räte im Norden der Provinz Cauca (ACIN)

Herr Lectamo, 2016 wurde das Friedensabkommen unterzeichnet. Warum sind die indigenen Gebiete für die dort Lebenden noch immer nicht sicher?

Eduin Mauricio Capaz Lectamo: Weil dort seitdem alle Gewaltpegel angestiegen sind, die Morde, die Massaker. Dabei haben wir das Friedensabkommen als Ausweg aus der Gewaltspirale gesehen. Es schien, trotz Mängel, als der beste Lösungsansatz. Fast ein Jahr lang kehrte auch Ruhe ein, das ließ uns hoffen. Doch der Staat tat nichts, das Abkommen umzusetzen. Der Friedensprozess verwaiste.

Das heißt konkret?

Eduin Mauricio Capaz Lectamo: Wo sich der Staat zurückzog, hinterließ er ein Vakuum. Das machten sich zahlreiche Gruppierungen zunutze – Drogenkartelle ebenso wie Guerilla oder Paramilitärs. Heute haben wir in der Region sechs oder sieben bewaffnete Gruppen ohne Struktur, ohne Befehlshaber, ohne Bildung oder Ausbildung. Sehr junge, absolut kriminell geprägte Leute. Sie haben mehrere indigene Führer ermordet, die sich für das Recht auf Leben, eine intakte Umwelt sowie für Demokratie und Frieden eingesetzt haben. Manche haben sie auch ermordet, weil sie deren Land plündern wollen.

Militär und Polizei schützen die indigenen Gemeinden nicht?

Eduin Mauricio Capaz Lectamo: Nein. Werden die Gemeinden angegriffen, schreiten Militär und Polizei oft nicht ein. Oft sind sie sogar daran beteiligt. Oder sie gehen Allianzen mit anderen bewaffneten Akteuren ein. Deswegen vertrauen die Menschen den Sicherheitskräften auch nicht. Landet ein Fall dann doch mal vor dem Militärgericht, verläuft er meist im Sande.

Wie wehren sich die indigenen Gemeinden?

Eduin Mauricio Capaz Lectamo: Viele versuchen, über ihre Guardia Indígena friedlich und unbewaffnet Widerstand zu leisten. Diese Friedensakteure, darunter viele junge Menschen, haben bei uns eine lange Tradition. Die Guardia

ist sehr angesehen – das macht sie stark. Sie ergreift keine Partei für eine der bewaffneten Gruppen, bittet diese aber, die indigenen Territorien in Frieden zu lassen. Leider zahlen viele Wachen dafür einen hohen Preis: Dutzende Männer und Frauen wurden ermordet, weil sie der Guardia angehörten.

Im Oktober haben Tausende an einem Protestmarsch, der "Minga Indígena", von der Provinz Cauca nach Bogotá teilgenommen. Was war anders als bei früheren Mingas?

Eduin Mauricio Capaz Lectamo: Dieser Marsch hat das Land wachgerüttelt, weil er viele Menschen mobilisierte und verschiedene soziale Bewegungen zusammenbrachte: Student:innen und Bäuer:innen, Indígenas und Afrokolumbianer:innen, Leute vom Land und aus der Stadt. Wir haben eine gemeinsame Agenda entwickeln. Das ist entscheidend für die Zukunft.

Ziel war auch, mit dem Präsidenten Iván Duque zu sprechen. Kam es dazu?

Eduin Mauricio Capaz Lectamo: Nein. Wir forderten den Präsident zwar auf, mit uns zu diskutieren – bei allen Versammlungen hielten wir einen Stuhl für ihn frei. Er blieb überall unbesetzt.

Kurz und knapp

Unser Partner: Asociación de Cabildos Indígenas del Norte de Cauca – ACIN

Wie entstanden: 1996 als Dachverband der 20 indigenen Verwaltungseinheiten (cabildos) in der Region Cauca, Partner von Brot für die Welt seit 2005

Projektgebiet: nördliches Cauca, Kolumbien

Schwerpunkt: Förderung der indigenen Selbstverwaltung und der gemeinschaftlichen Mandate in Gesundheit, Bildung, Kultur, Wirtschaft, Umwelt und nachhaltiger solidarischer Entwicklung

Weitere Infos: https://nasaacin.org



| Schlange stehen für Porridge: Seit Beginn des Lockdown hat sich in Simbabwe die Zahl derjenigen, die von Essenshilfen abhängig sind, laut Schätzungen verdoppelt.

Simbabwe

Das angekündigte Staatsversagen

Die Pandemie offenbart das ganze Scheitern der Regierung Simbabwes in den vergangenen Jahren. Korruption und Missmanagement führen zu Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. Wer sich wehrt, wird entführt, misshandelt oder verhaftet.

CIVICUS-Einstufung: unterdrückt



Es ist ein ungewöhnlicher Schritt, zu dem sich die katholische Bischofskonferenz von Simbabwe am 14. August 2020 entschließt. Mit einem Hirtenbrief, der im Internet veröffentlicht und in Kirchen im ganzen Land verlesen wird, wendet sie sich an die Menschen in Simbabwe. Unter dem Titel "The March is not Ended" – "Der Marsch ist nicht zu Ende" - benennen die Bischöfe die Missstände im Land: die weitverbreitete Korruption, den wirtschaftlichen Kollaps, die wachsende Armut, die Nahrungskrise, die Veruntreuung von COVID-19-Geldern und die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen. Mit deutlichen Worten kritisieren sie den Umgang der Regierung mit Kritik: "Das Durchgreifen gegen Andersdenkende ist beispiellos." Und sie fragen: "Ist das das Simbabwe, das wir wollen?" Wer anderer Meinung ist, sei nicht automatisch ein Gegner. "Gerade aus dem Gegensatz der Meinungen entsteht das Licht. Doch unsere Regierung bezeichnet jeden, der anders denkt, als einen Feind des Landes: Das ist ein Missbrauch."

Wenige Tage später meldet sich der ehemalige Informationsminister Supa Mandiwanzira zu Wort. Er wirft dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Ndlovu, vor, mit dieser "bösen Botschaft" einen "Völkermord vom Typ Ruanda" auszulösen. Daraufhin solidarisieren sich viele zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen mit den Bischöfen. In den Sozialen Medien dominieren die regierungskritischen Hashtags #IStandWithTheCatholic Bishops, #ZimbabweanLivesMatter, #TheMarch IsNotEnded.

Ein Land in der Dauerkrise

Schon vor der Pandemie steckte Simbabwe in tiefen politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen. Im November 2017 hatte das Militär mit einem Putsch die Regentschaft des damaligen Präsidenten Robert Mugabe nach 37 Jahren beendet. Man stellte ihn zunächst unter Hausarrest und setzte ihn dann ab. Anlass war, dass Mugabe kurz zuvor den damaligen Vizepräsidenten und Parteifreund Emmerson Mnangagwa entlassen hatte. Einst Hoffnungsträger eines neuen und selbstbewussten Afrikas, hatte sich Mugabe zu-

schen Zügen entwickelt.

nehmend zu einem Machthaber mit diktatori-

Drei Tage später wurde Mnangagwa vereidigt. In ihn setzten die knapp 15 Millionen Menschen in Simbabwe große Hoffnungen. Mnangagwa versprach seinen Landsleuten bei der Vereidigung eine bessere Zukunft. Tatsächlich aber setzte er den Kurs fort, mit dem Mugabe das Land in knapp vier Jahrzehnten heruntergewirtschaftet hatte. Massive Korruption und das Missmanagement der Regierung zerstörten bald alle Aufbruchsstimmung.

Drei Krisen machten dem Land zu schaffen, die sich überlagerten und durch schwere Versäumnisse der Regierung noch gegenseitig verstärkten: eine Währungs-, eine Wirtschafts- und eine Ernährungskrise. In vier der fünf Jahre seit 2015 litt das Land unter schweren Dürren. Ernten fielen aus. Hinzu kam, dass die Regierung 2019 überstürzt den Simbabwe-Dollar als neue Landeswährung einführte. Dadurch stiegen auch die Preise für Lebensmittel. Eine rasante Inflation entwertete die Einkommen der Bevölkerung. Die Wirtschaft brach ein, nach Angaben der Weltbank allein im Jahr 2019 um acht Prozent. 2019 waren nach deren Erhebungen doppelt so viele Menschen extrem arm wie 2011: 6,6 Millionen mehr als 40 Prozent der Bevölkerung. Sie haben pro Tag gerade einmal 1,90 Dollar zur Verfügung. Auch der Gesundheitssektor leidet seit Langem massiv unter dem staatlichen Versagen: Monatelang streikten Ärzt:innen, Pfleger und Krankenschwestern in der ersten Jahreshälfte 2020, weil sie in den staatlichen Krankenhäusern ohne notwendige medizinische Schutzausrüstung arbeiteten. Der Währungsverfall hatte zudem ihre Gehälter dramatisch entwertet, und das Wenige wurde verspätet überwiesen - während die Direktoren derselben Hospitäler aus Haushaltsmitteln teure ausländische Geländewagen bekamen. Auf Kritik an solchen Zuständen antwortete die Regierung mit Repression und Gewalt. Ein gängiges Mittel in Simbabwe, Aktivist:innen und Oppositionelle einzuschüchtern und zu bestrafen, ist, sie zu entführen. Manchmal durch die Polizei selbst.

Diese nahm beispielsweise im Mai in der Hauptstadt Harare drei Politikerinnen der wichtigsten Oppositionspartei Movement for Democratic Change (MDC) - eine davon Abgeordnete des Parlaments, die zwei anderen aus der Partei-

40% der Menschen sind extrem arm

jugend – fest. Sie hatten kurz zuvor an einer friedlichen Demonstration teilgenommen, die die Nachwuchsorganisation ihrer Partei organisiert hatte. 48 Stunden blieben sie verschwunden, bis sie schwer verletzt auf einer Straße gefunden wurden. Die Frauen berichteten, sie seien gefoltert, vergewaltigt und mit Exkrementen beschmiert in ein Erdloch geworfen worden. Doch der Staat suchte nicht die Täter, sondern klagte die drei Politikerinnen an: Sie hätten mit ihrer Teilnahme an einer Versammlung gegen die Pandemiebestimmungen verstoßen – in der Absicht, Gewalt auszuüben und andere gegen Regierung und Pandemiebestimmungen aufzuwiegeln.

Ein weiteres Beispiel: 2019 wurde eine ehrenamtliche Mitarbeiterin einer kirchlichen Organisation entführt, die Brot für die Welt finanziell unterstützt. Die Frau hatte die sexuelle Gewalt von Bergmännern gegenüber jungen Frauen angeprangert: Viele würden vergewaltigt und mit HIV infiziert. Doch solcherlei Kritik in Simbabwe zu äußern, ist riskant: Am Bergbauunternehmen ist auch die Frau des Präsidenten beteiligt. Einige Tage nach ihrem Verschwinden fand man die Frau misshandelt am Straßenrand. Die Täter blieben unbekannt und unbestraft. Bereits im September 2019 hatten katholische und protestantische Kirchen einen gemeinsamen offe-

nen Brief an den Präsidenten geschickt: Kein Fall sei bisher effektiv untersucht und kein Täter ernsthaft juristisch verfolgt worden, kritisierten die Kirchen.

Ausgang bis
5 km

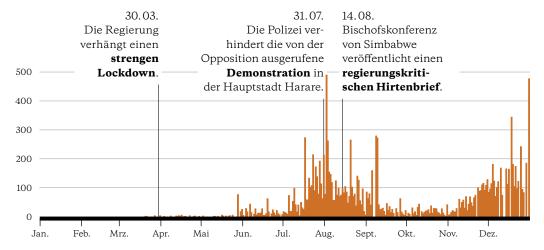
im Lockdown erlaubt

Lockdown verschärft Krise

Der Ausbruch von COVID-19 im Frühjahr 2020 traf Simbabwe also zu einem Zeitpunkt, als das Land ohnehin längst unter massiven Problemen litt. Die Pandemie verstärkte die Krise weiter. Auf die ersten fünf bestätigten Corona-Fälle reagierte die Regierung am 30. März mit einem strengen Lockdown: Die Menschen durften ihre Wohnungen nur noch in einem Radius von fünf Kilometern verlassen, um Lebensmittel und Medikamente einzukaufen oder sich um Angehörige zu kümmern. Nur Personen in systemrelevanten Berufen wie Lebensmittelverkauf oder Stromversorgung durften zur Arbeit gehen. Um den Lockdown durchzusetzen, stattete die Regierung Polizei und Militär mit fast unbegrenzten Befugnissen aus.

Entwicklung der Pandemie in Simbabwe

Anzahl der registrierten Infektionen im Jahr 2020



13.625
Infizierte
360
Tote
14,9 Millionen
Einwohner:innen

Quelle: WHO, eigene Recherchen



| Verhaftet, aber nicht gebrochen: Investigativjournalist Hopewell Chin'ono verlässt den Gefängniswagen am 6. November 2020.

Der Regierungskritiker war im Sommer 2020 in Haft gekommen – er habe andere zu Gewalt angestachelt.

Beispielsweise untersagte die Regierung informellen Händler:innen drei Monate lang, ihre Waren auf Märkten zu verkaufen. Mehr noch der Hungerkrise zum Trotz ließ sie zur Bestrafung und Abschreckung Nahrungsmittel auf nicht genehmigten Märkten verbrennen. Die Polizei zerstörte häufig mutwillig kleine Stände, konfiszierte Waren, misshandelte Straßenhändler:innen – und erschoss sogar einige von ihnen. Die neuen Regeln trafen jedoch alle Frauen und Männer hart, die im informellen Sektor arbeiten - in Simbabwe neun von zehn Menschen. Sie, die ohnehin kaum Ersparnisse hatten, verloren mit der Pandemie alle Einkünfte. Sie, die bislang aus den Städten Geld an ihre Familien geschickt hatten, mussten nun in ihre Dörfer zurückkehren – ohne Geld und ohne Aussicht auf eine neue Beschäftigung.

Mit der Pandemie versiegten zudem die Geldtransfers von Familienangehörigen aus dem Ausland. Nach Schätzungen des UN-Entwicklungsprogramms lebt und arbeitet jeder vierte in Simbabwe Geborene im Ausland, vor allem Fast **840%**Inflation
von Juli 2019

bis Juli 2020

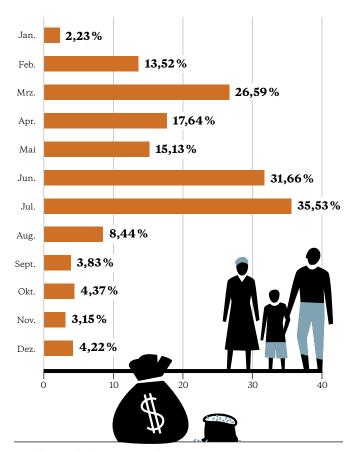
in Südafrika. Bis zum Ausbruch der Pandemie machten ihre Überweisungen rund acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Als auch Südafrika einen strengen Lockdown verhängt hatte, brach dieser Geldfluss zusammen.

Kollaps der Grundversorgung

Im Juli 2020 erreichte die Inflation fast 840 Prozent im Vergleich zum Juli 2019. Selbst Grundnahrungsmittel wie Mais konnten sich viele Familien nicht mehr leisten: Allein im Juni hatte sich der Preis verdoppelt. Auch von direkten Lebensmittelhilfen der Regierung profitierten nicht alle. Diese werden - wie schon unter Mugabe an politische Bedingungen geknüpft: Wer der Opposition nahesteht, bekommt mancherorts keine Hilfe. Auch deswegen befürchtete das Welternährungsprogramm (WFP) im Dezember 2020, dass die Zahl der Menschen ohne ausreichende Ernährung bis März 2021 auf fast 6,9 Millionen steigen könnte - das sind fast 50 Prozent der Bevölkerung. Die WFP-Regionaldirektorin Lola Castro warnte bereits im Juli 2020 vor einer humanitären Katastrophe im Land.

In einem unbezahlbaren Land

Steigerung der Inflation von Monat zu Monat im Jahr 2020 in Simbabwe



Quelle: Zimbabwe National Statistics Agency

Die Pandemie legte eine weitere Schwachstelle offen: die tief verwurzelte Korruption, die auch den Medizinsektor seit Jahren schwächt. Laut Gesundheitsexperten wie Mthabisi Bhebhe, dem ehemaligen Leiter der Zimbabwe Hospital Doctors Association, kollabierte während der Pandemie die gesamte Gesundheitsversorgung. Bhebhe beklagte, es fehle an Ärzt:innen, Krankenschwestern, Pflegern, Medikamenten, Masken und Schutzkitteln. Der Mangel und die Kleptokratie im Gesundheitssektor töte Menschen, mahnte im Juli 2020 auch ein Arzt des Harare Central Hospital, dessen Tweet die BBC auf ihrer Homepage veröffentlichte - samt Foto, es zeigt die in grünes Tuch gewickelten Leichname von Säuglingen. Allein in einer Nacht hatten bei acht

50\$
Kaution
versus
6
Wochen
Haft

Notfall-Kaiserschnitten sieben Babys nicht überlebt. Der Arzt in seinem Tweet: "Das sind keine Einzelfälle. Das passiert jeden Tag."

Angeklagt wurden allerdings nicht diejenigen, die die Gelder veruntreut hatten, sondern diejenigen, die die Korruption ans Licht brachten -Krankenschwestern ebenso wie Medienvertreter. Mitte Juli 2020 wurde der bekannteste Investigativjournalist des Landes verhaftet, Hopewell Chin'ono. Gemeinsam mit Jacob Ngarivhume, dem Anführer der Oppositionspartei Transform Zimbabwe, hatte er auf Twitter zu einer Demonstration am 31. Juli in Harare aufgerufen - es sollte ein Protestzug werden gegen die Wirtschaftsund Gesundheitskrise, gegen Korruption und willkürliche Verhaftungen. Die offizielle Begründung für die Festnahme des Journalisten: Anstiftung zu öffentlicher Gewalt. Chin'ono hatte kurz zuvor einen Betrug bei der Beschaffung medizinischer Schutzmaterialien aufgedeckt. Auch Familienmitglieder des Präsidenten sollen in den Skandal involviert gewesen sein.

Zwar feuerte Mnangagwa deswegen seinen Gesundheitsminister. Er musste auch vor Gericht erscheinen, kam jedoch gegen 50 Dollar Kaution sofort wieder frei. Nicht so Chin'ono: Er blieb sechs Wochen lang im Hochsicherheitsgefängnis, bevor er auf Kaution entlassen wurde. Nach seiner Entlassung berichtete er von schlimmen Haftbedingungen: Die Zellen seien überfüllt. Die Häftlinge müssten im Innenhof dort essen, wo Abwässer abgeleitet werden. Masken gebe es nur für die Wenigen, die vor Gericht erscheinen müssen. Und wer eine positive COVID-19-Diagnose erhält, werde isoliert und bekomme lediglich heißes Wasser zu trinken.

Die von ihm mit organisierte Demonstration hatte nicht stattgefunden. Dennoch wurden annähernd 60 weitere Personen verhaftet, darunter die international bekannte Schriftstellerin Tsitsi Dangarembga und die Anwältin und Sprecherin der Oppositionspartei MDC, Fadzayi Mahere. Am 31. Juli, dem geplanten Tag der Demo, ließ die Regierung die Innenstadt von Harare abriegeln. Sie verhängte Ausgangssperren, beschränkte die Geschäftszeiten von Läden und schüchterte so die Menschen noch stärker ein. Chin'ono wurde zur Symbolfigur des Widerstands. Es schützte ihn nicht: Wegen eines Tweets, in dem er die Unabhängigkeit der Gerichte bezweifelt, landete er im November 2020 erneut für 17 Tage in Haft und noch einmal im Januar 2021.

Demokratie wird ausgehöhlt

Zugleich nutzte der Präsident die Pandemie, um die Befugnisse der Regierung weiter auszubauen und die Kontrolle durch Legislative und Justiz zu schwächen. Durch die geplante "Patriot Bill" würden Kritiker:innen aus der Zivilgesellschaft strafrechtlich verfolgt, wenn sie etwa ausländische Botschaften kontaktierten. Und ein Gesetzesentwurf gegen Cyberkriminalität soll Kritik im Internet unterdrücken. Beide Gesetzesentwürfe entstanden nach den massiven Protesten im Sommer.

Schon vor März 2020 hatte der Präsident eine Änderung der Verfassung geplant. Unter anderem soll das Vetorecht des Parlaments bei bilateralen Abkommen und Krediten aufgehoben werden, was Beschaffungsprozesse noch intransparenter machen und noch mehr Korruption ermöglichen würde. Außerdem soll der Präsident – und nicht mehr wie bislang eine unabhängige Justizkommission – über die Amtszeiten der Richter:innen jenseits der 70 am Obersten Gerichtshof entscheiden. Damit werden die Richter erpressbar.

Mnangagwa will insgesamt 27 Verfassungsänderungen durchsetzen. Bis Dezember 2020 ist das nicht passiert. Doch die "Reform" wird vom Parlament wohl abgesegnet werden – die Regierungspartei verfügt dort über eine Zweidrittelmehrheit.

| Friedlicher Protest: Student:innen und Menschenrechtsaktivist:innen werfen der Regierung am 14. September 2020 vor, unter dem Vorwand des Infektionsschutzes jede Art öffentlicher Kritik zu verhindern.





"Die Demokratie ist zu zerbrechlich, als dass man sie allein den Politikern überlassen dürfte"

Interview mit Kenneth Mtata, Generalsekretär des Nationalen Kirchenrats in Simbabwe

Herr Mtata, Sie sind seit 2016 Generalsekretär des Nationalen Kirchenrats in Simbabwe. Warum haben Sie Genf verlassen, wo Sie für den Lutherischen Weltbund gearbeitet haben?

Kenneth Mtata: Aus professioneller Hinsicht erschien es nicht sinnvoll, die Schweiz zu verlassen und unter unsicheren Bedingungen nach Simbabwe zurückzukehren. Damals war Robert Mugabe an der Macht und es gab keinerlei Anzeichen dafür, dass sich daran schnell etwas ändern würde. Meine Arbeit für den Lutherischen Weltbund hat mir aber gezeigt, dass die Kirchen in Afrika großen Einfluss haben können bei der Transformation einer Gesellschaft. Deshalb habe ich schnell zugesagt.

Mit welchen Zielen kehrten Sie zurück in Ihre Heimat?

Kenneth Mtata: Ein Ziel war, dass der Kirchenrat bei der Suche nach einer dauerhaften Lösung für Simbabwe eine relevante Stimme wird. Ich glaube, das haben wir zum großen Teil erreicht. Ein anderes war, die Kirchen davon zu überzeugen und darin zu stärken, sich einzumischen und die Herausforderungen zu benennen, mit denen die Menschen in Simbabwe konfrontiert sind. Auch da sind wir weitergekommen. Aber wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Denn es braucht die Teilnahme aller Kirchenführer:innen.

War es schwer, die Kirchenvertreter zu überzeugen?

Kenneth Mtata: Gerade am Anfang zögerten viele; es gab seitens einiger Kirchenoberhäupter auch völligen Widerstand. Viele Kirchenvertreter:innen fanden, es gehöre nicht zu ihren Aufgaben, sich öffentlich zu positionieren. Ich erinnere mich an eine große Kirchenversammlung, zu der mich ein Bischof eingeladen hatte. Nach meiner Rede sagte er zu den anderen: "Was ihr hier gehört habt, ist nicht die Position unserer Kirche." Aber auch heute noch kommen Kirchenvertreter:innen im Privaten zu mir und sagen: "Was Sie tun, ist richtig. Aber ich habe Angst."

Woher kommt diese Angst?

Kenneth Mtata: Viele haben Angst, dass sie, wenn sie sich öffentlich zum Thema Gerechtigkeit äußern, als Sympathisanten der Opposition gelten und Gefahr laufen, erpresst zu werden. Das kann das Ende ihrer Karriere bedeuten; dem katholischen Erzbischof Pius Ncube ist das ja passiert. Ein Weg, mit dieser Angst vor Ausgrenzung umzugehen, besteht darin, als Kirchenführer:innen gemeinsam zu sprechen und zu handeln. Daraus erwächst Stärke und man schützt sich gegenseitig. Dennoch bleibt es ein Risiko, öffentlich über diese Themen zu sprechen.

Wer sind Ihre Feinde?

Kenneth Mtata: Das ist schwer zu beantworten. Was viele im Ausland nicht verstehen: Wir leben in einer sehr feindseligen Atmosphäre, alles ist polarisiert. Es gibt viele Gruppen, die sich bekämpfen, weil sie die Kontrolle wollen. Die eine Gruppe mag nicht, was Sie tun, die andere weiß es zu schätzen. Es gibt auch Gruppen, die andere absichtlich in Misskredit bringen, indem sie hart gegen Kritiker der Regierung vorgehen. Und doch kann man in einer so stark zersplitterten Umgebung schwerlich nur einer Gruppe die Schuld zuweisen. Wenn Sie mich also nach meinen Feinden fragen, würde ich sagen: Das ist jeder, der sich durch das, was ich zusammen mit unseren Kirchenführer:innen tue, bedroht fühlt.

Wie gehen Sie persönlich damit um?

Kenneth Mtata: Ich versuche, so vorsichtig wie möglich zu sein. Ich esse oder trinke nur, wenn es ein Buffet gibt und ich das Essen selbst auf meinen Teller legen kann. Vor jeder längeren Fahrt kontrolliere ich meine Reifen und meine Bremsleitungen und achte genau darauf, wo ich nachts entlangfahre. Und ich kalkuliere in allen Gesprächen ein, dass jemand zuhören kann, egal ob am Telefon oder am Computer. Auch versuche ich, mich an Fakten zu halten, und nichts zu sagen, was man als illegal ansehen könnte. Ein anderer Weg ist, unsere internationalen Partner in unsere Arbeit miteinzubeziehen. Je mehr die Welt Anteil nimmt an

dem, was in unserem Land vor sich geht, umso geschützter sind wir. Aber mir ist bewusst, dass man nie ganz sicher ist. Wir tun, was wir können, und legen ansonsten unsere Sicherheit in Gottes Hand.

Welche Aufgabe kommt den Kirchen nach Ihrer Vorstellung in Simbabwe zu?

Kenneth Mtata: Das ist eine zentrale Frage, die wir uns kontinuierlich stellen müssen. Die Aufgabe ist nicht statisch, sie verändert sich stetig. Aber sie leitet sich von drei grundsätzlichen Prinzipien ab. Das erste: Die Kirche muss zu einem friedlichen Zusammenleben aller Menschen beitragen. Mit anderen Worten: Wir müssen Frieden predigen – egal, was getan wird in der Politik oder in der Wirtschaft, die Handelnden müssen im Blick haben, dass alle Menschen an der Fülle des Lebens teilhaben können.

Und das zweite Prinzip?

Kenneth Mtata: Die Gesellschaft muss geeint sein. Es braucht ein Verständnis vom Zusammenleben, das alle teilen. Wir wollen keine gleichförmige Gesellschaft. Aber es braucht Bereitschaft zu Zusammenarbeit und Partnerschaft. Sonst bricht eine Gesellschaft auseinander. Die Kirchen können und müssen dafür Anwalt sein. So wie es in der Bibel in der Apostelgeschichte 2 heißt: Die Menschen sprechen in unterschiedlichen Sprachen. Aber sie können einander verstehen. Wir müssen uns also ständig fragen: Wie können wir sicherstellen, dass die Gesellschaft unterschiedliche Sprachen spricht, die Menschen sich aber trotzdem hören und verstehen können?

Wie lautet Ihre Antwort?

Kenneth Mtata: Indem wir versuchen, Gerechtigkeit herzustellen. Das ist das dritte Prinzip. Ihm ist am schwierigsten zu folgen. Es fühlt sich widersprüchlich an, gleichzeitig von Frieden und Gerechtigkeit zu sprechen. Friede bedeutet, alle Menschen zu überzeugen und zu ermuntern, friedlich zusammenzuleben. Gerechtigkeit bedeutet: Das Gesetz regelt, wie sich Menschen im öffentlichen Raum verhalten, und es gilt für alle. Dennoch wird in unserer Gesellschaft andauernd Unrecht begangen – und da müssen die Kirchen ihre Stimme erheben. Das ist nicht einfach. Den Kirchen fällt es leicht, über Frieden zu sprechen – aber sehr schwer, wenn es um Gerechtigkeit geht.

Wo ist Simbabwe ungerecht?

Kenneth Mtata: Vor allem bei der Verteilung der natürlichen Ressourcen unseres Landes. Was Bodenschätze betrifft, ist Simbabwe sehr reich. Aber dieser Reichtum ist nicht gleichmäßig verteilt. Unsere Aufgabe ist es, die Regierung kontinuierlich zu kritisieren, wenn sie ihrer Verantwortung nicht nachkommt. Wir haben eine großartige Verfassung. Aber sie ist nicht vollständig umgesetzt – viele Gesetze müssen noch an die Verfassung angepasst werden.

Wie sieht Ihre Vision von Simbabwe aus?

Kenneth Mtata: Ich stelle mir ein entwicklungsfähiges und demokratisches Simbabwe vor, das geeint und friedlich ist und in dem der nationale Reichtum gerecht verteilt ist. Wir erleben aber gerade nicht nur in Simbabwe, wie zerbrechlich die Demokratie ist. Deshalb darf man sie nicht allein den Politikern überlassen. Besorgniserregend ist, dass demokratische Strukturen auch in Ländern bedroht sind, die vor langer Zeit schon die Demokratie eingeführt haben. Wie sehen dann erst die Perspektiven in den Ländern aus, in denen die Demokratie noch relativ jung ist? Umso wichtiger ist es, dass wir die Menschen in den Kirchen ermutigen, sich öffentlich zu äußern und zur Demokratie und zu einer umfassenden Entwicklung beizutragen. Nur wenn es uns gelingt, die Rechtschaffenen zu ermuntern, öffentliche Aufgaben zu übernehmen, haben wir eine Chance, die politische Kultur unseres Landes zu verändern.

Kurz und knapp

Unser Partner: Zimbabwe Council of Churches

Wie entstanden: Der simbabwische Kirchenrat wurde 1964 gegründet und arbeitet seit 2001 mit Brot für die Welt.

Projektgebiet: landesweit

Schwerpunkt: Mit seinen Mitgliedskirchen setzt sich der ZCC für Gerechtigkeit, gute Regierungsführung und bürgerschaftliches Engagement auf lokaler und nationaler Ebene ein. Er fördert die Ökumene sowie einen stärkeren sozialen Zusammenhalt im Land.

Weitere Infos: http://zcc-eco.org



| Frauen machen mobil: Seit Jahren kämpfen Aktivistinnen und Textilarbeiterinnen gegen die miserablen Arbeitsbedingungen in den Fabriken, die niedrigen Löhne, das Verbot von Gewerkschaften.

Kambodscha

Das Ende des Traums von der Demokratie

Kambodscha kommt glimpflich durch die Pandemie. Dennoch nutzt die Regierung die Bedrohung, um Grundrechte einzuschränken und ihre Kritiker:innen mundtot zu machen. Das Land verwandelt sich endgültig in einen Einparteienstaat.

CIVICUS-Einstufung: unterdrückt



Im Vergleich zu anderen Ländern kam Kambodscha hinsichtlich der Infektionszahlen im Jahr 2020 einigermaßen glimpflich durch die Pandemie. Als sich COVID-19 von China aus über die Welt verbreitete, reagierten die kambodschanischen Behörden Mitte März mit einem Bündel an Regeln. Sie schlossen Schulen, Museen, Kinos, Theater, Fitnessclubs und Schwimmbäder genauso wie Bars und Nachtclubs. Veranstaltungen, auch religiöse in Tempeln und Pagoden, wurden abgesagt. Viele Busse fuhren nicht mehr. Zu den Neujahrsfeierlichkeiten Mitte April besuchen viele Menschen ihre Familien, nun aber durften sie auch während der zwei Festwochen ihre Provinzen nicht mehr verlassen. Touristen bekamen keine Visa. Wer schon eines hatte, kam nur mit einem negativen COVID-19-Test ins Land. Das ganze Jahr über blieben die Fallzahlen laut offizieller Statistik niedrig; von den 16 Millionen Einwohnern infizierten sich weniger als 400 Menschen. Die Zahl der in Verbindung mit Corona Gestorbenen Mitte Dezember: null.

Die Regierungspartei Cambodian People's Party (CPP) nutzte die Pandemie, um einen Prozess einzuleiten, den viele als den letzten Angriff auf die Grundrechte der Bevölkerung betrachten. Mitte April hat das kambodschanische Parlament das "Law on Governing the Country in a State of Emergency" verabschiedet: ein vage formuliertes Gesetz, das die Regierung befugt, den Notstand auszurufen. Danach kann die Exekutive selbst auf nicht näher definierte "Gefahren" reagieren, denen die Nation ausgesetzt ist. Das Gesetz spricht der Regierung unkontrollierte Befugnisse zu. Es ist ihr erlaubt, die Versammlungs-, Meinungs- oder Bewegungsfreiheit ebenso drastisch einzuschränken wie das Recht auf Arbeit und Eigentum. Das Gesetz verstößt nicht nur gegen bestehende internationale Menschenrechte, sondern auch gegen die kambodschanische Verfassung.

Die CPP ließ ihre Motive nicht im Dunkeln. Nach einer der vielen Verhaftungswellen, die auf das Gesetz folgten, erklärte ein Sprecher der Partei gegenüber den lokalen Medien, es gebe bei der "königlichen Regierung der CPP" ein Sprichwort: "Lass keinen Funken zu einem Feuer werden. Lösche ihn, bevor das Feuer wächst." Und er fügte hinzu: "Erhebt sich einer, wird einer verprügelt. Erheben sich zwei, werden zwei verprügelt."

Die Regierungspartei CPP kontrolliert das Land **seit 1985**

De facto ein Einparteienstaat

Das Gesetz bedeutet das endgültige Aus für den Demokratieprozess, der nach dem Terrorregime der Roten Khmer Anfang der 1990er-Jahre begann. Mithilfe ihrer bis dahin größten Mission sollten UN-Friedenstruppen das Land dabei unterstützen, eine demokratische Richtung einzuschlagen. Doch Premierminister Hun Sen, seit 1985 im Amt, und die CPP verwandelten Kambodscha de facto in einen Einparteienstaat. Im Senat und in der Nationalversammlung hält die CPP alle Sitze und kontrolliert das Land bis in die Kommunalverwaltungen.

Zu vielen ihrer Mandate kam die CPP allerdings nicht durch freie und faire Wahlen, sondern durch Gewalt und Repression. Unter dem Machthaber Hun Sen wurden unzählige Menschen entrechtet, grundlos verfolgt und wegen ihres politischen Engagements verhaftet. Im Jahr 2017 ließ die Regierung die größte Oppositionspartei Cambodia Rescue Party (CNRP) verbieten und auflösen. Danach nahmen Repressionen zu. Gewerkschafter:innen, Menschenrechtsverteidiger:innen und Umweltaktivist:innen werden und wurden überwacht oder eingeschüchtert. Journalist:innen werden in ihrer Arbeit behindert.

Schon seit mehreren Jahren sind die Zahlen politischer Gefangener so hoch wie seit den Neunzigerjahren nicht mehr. So wurden zum Beispiel zwischen August und November 2019 mindestens 125 ehemalige CNRP-Mitglieder oder Aktivist:innen angeklagt, 78 von ihnen kamen ins Gefängnis. Der Vorwurf gegen einige: Sie hatten die Ankündigung des Oppositionsführers Sam Rainsy begrüßt, im November nach Kambodscha zurückzukehren. Rainsy lebt seit 2015 in Paris im Exil. Die Einreise in die Heimat blieb ihm allerdings verwehrt. Auch 2020 wurden 130 weitere Menschenrechtsverteidiger:innen und CNRP-Anhänger:innen willkürlich verhaftet.

Gesetze behindern NGO-Arbeit

Mit mehreren Gesetzen versucht die Regierung, ihre Kritiker:innen mundtot zu machen. Eines davon ist das Gesetz für Vereinigungen und NGOs (LANGO) aus dem Jahr 2015. Es macht den zivilgesellschaftlichen Organisationen die Arbeit zunehmend unmöglich. Wer sich in den sehr weit gefassten Themen wie Frieden, Stabilität, öffentliche Ordnung, nationale Einheit, Kultur oder Tradition engagiert, kann bestraft wer-

den. Oder die Organisation wird gleich ganz aufgelöst.

Über mehrere Jahre hinweg veröffentlichten lokale und internationale Menschenrechtsgruppen und das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte Analysen mit konkreten Vorschlägen, wie dieses Gesetz mit internationalen Standards in Einklang gebracht werden kann. Die EU forderte die Regierung auf, das repressive Gesetz aufzuheben. Die kambodschanische Regierung setzte die Empfehlungen nicht um. Eine Folge: Aktivist:innen für Menschenrechte oder Umweltschutz treffen sich aus Angst vor Verhaftung nicht mehr, werden überwacht oder verfolgt. Das gilt vor allem für jene NGOs, die nicht unter dem LANGO registriert sind. Ihre Arbeit gilt als illegal. Aber auch eine Registrierung schützt nicht vor Verfolgung.

Massiver Eingriff ins Private

Unter dem Vorwand, die Pandemie zu stoppen, verfolgte die kambodschanische Regierung missliebige Stimmen bis in ihre privaten Social-Media-Kanäle. Allein im März 2020 wurden 17 Menschen eingeschüchtert, beschuldigt oder festgenommen, weil sie über Soziale Medien Bedenken über die Pandemie und die Reaktion der Regierung geäußert hatten. Die Behörden stuften die Posts als gefälscht oder gar als Verhetzung

richten oder Audioclips in geschlossenen Social-Media-Gruppen handelte. Unter den Festgenommenen war eine 14-Jährige. Sie hatte über ihren Facebook-Messenger einen Beitrag über COVID-19 mit Gleichaltrigen geteilt. Später musste sie sich in einem Facebook-Stream öffentlich entschuldigen.

ein, obwohl es sich zum Teil um private Nach-

Dass die Regierung Zugang zu privaten Telefongesprächen und digitaler Kommunikation hat, machte Hun Sen bereits in einer Rede im Jahr 2018 öffentlich. Im März 2020 bestätigte das Innenministerium: Die Regierungspartei habe das Recht, jedes private Telefongespräch im Namen der "nationalen Sicherheit" abzuhören. Auch bei den im Herbst 2019 verhafteten politischen Gefangenen galten in vielen Fällen nicht nur öffentliche Facebook-Posts, sondern auch private Nachrichten als Beweise. So verschwinden durch die Überwachung der Sozialen Medien die letzten Rückzugsräume, in denen Bürger:innen in der Vergangenheit noch kritische Ansichten äußern konnten.

Gerade einmal

14

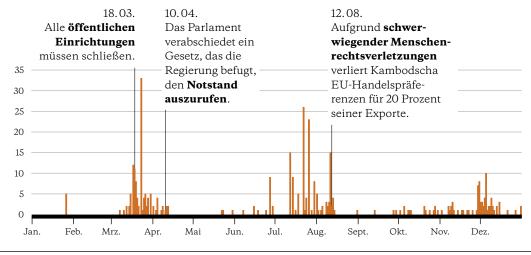
Jahre alt war eine Festgenommene

Verhaftet nach friedlichem Protest

Wer in Kambodscha in den Fokus der Behörden gerät, läuft Gefahr, in einem der ohnehin überfüllten kambodschanischen Gefängnisse zu landen. Ende Juli etwa wurde Rong Chhun, Gewerkschaftsführer und Kritiker des Premierministers Hun Sen, wegen "Anstiftung zu einer Straftat"

Entwicklung der Pandemie in Kambodscha

Anzahl der registrierten Infektionen im Jahr 2020



366
Infizierte

O
Tote

16,7 Millionen
Einwohner:innen

Quelle: WHO, eigene Recherchen



| Die Textilbranche ist mit über einer Million Beschäftigten der wichtigste Wirtschaftssektor im Land. Die Pandemie hat die Not der Näherinnen in den Fabriken noch erhöht.

verhaftet. Er hatte zuvor die Vertreibung von Bauernfamilien im Grenzgebiet zu Vietnam kritisiert. Viele Menschen im Land forderten auf Demonstrationen oder in Sozialen Medien seine Freilassung. Mindestens 13 von ihnen wurden daraufhin selbst verhaftet, darunter der prominente buddhistische Mönch Luon Sovath. Seit Jahren kämpft er für Land- und Menschenrechte und filmt Angriffe auf Schutzlose. Er lebt jetzt im Exil. Unter demselben Vorwurf hat die Polizei auch Journalist:innen verhaftet und angeklagt, die über die Regierung, Kommunalbeamte oder den Premier berichteten. Bereits in den vergangenen Jahren waren Radiosender verboten und Zeitungen geschlossen oder an regierungsnahe Eigentümer verkauft worden. 2020 entzog die Regierung weiteren Onlinediensten und Radiostationen die Medienlizenz. Auch Künstler:innen kamen während der Pandemie ins Gefängnis der junge Rapper Kea Sokun etwa wegen eines Songs über die Pandemie und die Lage an der Grenze zu Vietnam.

Näherinnen verdienen

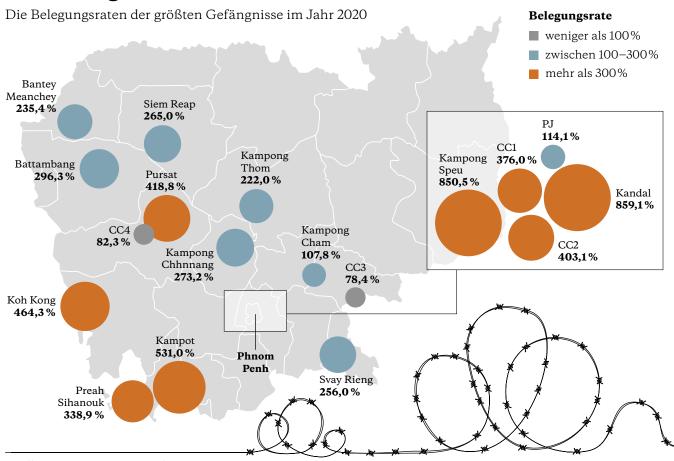
154€

im Monat

Pandemie macht Textilarbeiterinnen arbeitslos

Die Pandemie bringt auch die Wirtschaft des Landes in schwere Turbulenzen - und verschärft damit die Ungerechtigkeiten. Prognosen gehen davon aus, dass sich die Armutsquote in Kambodscha verdoppeln könnte – auf 17,6 Prozent. Der wichtigste Sektor ist die Textilbranche mit über einer Million Beschäftigten. Schon vor der Krise litten Arbeiterinnen in den Textilfabriken dort arbeiten überwiegend Frauen - unter Überstunden, fehlender Mitsprache, sexueller Belästigung und schlechter Bezahlung. Zwar erhalten die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsbranche seit ihrem wochenlangen Generalstreik im Winter 2013/14 einen Mindestlohn. Doch von den im Jahr 2020 umgerechnet rund 154 Euro pro Monat kann sich keine Familie ernähren – zumal das Leben in den Städten immer teurer wird. Dafür müssten die Arbeiterinnen dreimal so viel verdienen. Durch die Pandemie ist dieser Existenzkampf noch härter geworden. Modemarken in Europa und den USA hatten ihre Bestellungen storniert. Viele Textil- und Bekleidungsfabriken

Bestrafung in überfüllten Zellen



Quelle: Amnesty International, Human Rights Watch, LICADHO

in Kambodscha mussten schließen. Laut Arbeitsministerium haben rund 110.000 Textilarbeiterinnen in den ersten Monaten der Pandemie ihre Arbeit verloren. Weitere wurden entlassen, weil sie auf die Straße gingen und finanzielle Entschädigung forderten. Manche Fabrikbesitzer nutzen die Situation, um Gewerkschaftsvertreter:innen loszuwerden. So wurde etwa die Gewerkschaftsführerin Soy Sros verhaftet, weil sie via Facebook-Post beklagte, dass Arbeiterinnen entlassen worden waren, darunter Schwangere. Entlassene werden durch kein soziales Sicherungsnetz aufgefangen.

Vertrieben und ihres Landes beraubt

Menschen wurden auch arbeitslos und verloren ihr Einkommen, weil durch die Pandemie Touristen ausblieben und die Bauindustrie einbrach. Vielen arbeitslosen Kambodschaner:innen in den Städten blieb nur eine Alternative: Sie kehr-

60% Fläche durch

Land Grabbing

verloren

ten zu ihren Familien aufs Land zurück. Doch auch dort ist die soziale und wirtschaftliche Lage schwierig. Im Namen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes werden Zehntausende Familien seit Jahren Opfer von Landraub (Land Grabbing) und Vertreibung. Die Regierung vergibt Landkonzessionen an private Investoren, die zusagen, den Boden landwirtschaftlich zu nutzen. Internationale Zuckerkonzerne und die wirtschaftlichen Eliten des Landes sichern sich damit riesige Flächen. Rund 2,2 Millionen Hektar Land hat die Bevölkerung auf diese Weise für die eigene Bewirtschaftung verloren – rund 60 Prozent der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche.

Vom Kampf um Land betroffen sind insbesondere die ärmsten Menschen in ländlichen Regionen. Für sie ist ihr Land nicht nur die wirtschaftliche Einkommensgrundlage – es ist auch

das Land ihrer Vorfahren. Doch wer sich gegen die Vertreibung wehrt, muss mit Gewalt rechnen, auch durch das Militär. Gemeindemitglieder und Landrechtsaktivist:innen, die den Betroffenen zu ihrem Recht verhelfen wollen, werden kriminalisiert.

Verschärfung trotz internationalen Drucks

Weil NGOs, darunter auch Partnerorganisationen von Brot für die Welt, aufklärten und Lobbyarbeit leisteten, konnte die Europäische Union nicht länger ignorieren, dass sich Kambodscha weit von einem demokratischen Staat entfernt hat. Im August 2020 entzog die EU dem Land partiell den zollfreien Zugang zum EU-Markt. Diesen hatte bis dato das "Everything But Arms" (EBA)-Abkommen gewährleistet. Nun müssen etwa 20 Prozent der kambodschanischen Exporte in die EU verzollt werden.

Doch das bringt die kambodschanische Regierung nicht von ihrem Kurs ab. Sie plant weiterhin Gesetze, die die Freiheiten der Bevölkerung stark unterdrücken. Im Juli 2020 wurde bekannt, dass die Regierung ein Gesetz zur "Öffentlichen Ordnung" vorbereitet: Behörden könnten künftig noch leichter als bislang Versammlungen verhindern sowie jeden bestrafen, der beispielsweise laut spricht oder Kleidung trägt, die Polizisten anstößig finden.

China baute im Land über **3.000 km** Autobahn Ein ebenfalls geplantes Gesetz zur Cyberkriminalität würde der Regierung zudem erlauben, sämtliche Onlineinhalte, die die Regierungspartei kritisieren, als "fake news" zu deklarieren. Wer sie verbreitet, kann im Gefängnis landen. Außerdem sieht die Gesetzesinitiative einen nationalen Internetzugang vor. Dieser würde Internetanbieter zwingen, den Zugang zu all jenen Seiten und Inhalten einzuschränken, die die Regierung willkürlich als schädlich für die "öffentliche Ordnung, Würde, Kultur, Tradition und Brauchtum" befindet.

Dass der Entzug von Handelspräferenzen keine Wirkung zeigt und Kambodscha vielmehr Gesetze auf den Weg bringt, die tief in die persönliche Freiheit der Bevölkerung eingreifen, weist auf eine weitere Entwicklung hin: China ist in den vergangenen Jahren zum größten ausländischen Direktinvestor und engsten Verbündeten Kambodschas geworden. Im Rahmen der gigantischen "Neuen Seidenstraße" hat die chinesische Regierung den Bau von sieben Wasserkraftstaudämmen finanziert. Sie erzeugen die Hälfte des gesamten Strombedarfs Kambodschas. Außerdem hat China in Kambodscha seit Mitte der 1990er-Jahre etwa 3.000 Kilometer Autobahn, zahlreiche Brücken, Casinos, Hotels und Wohnblöcke unter anderem in der Hafenstadt Sihanoukville gebaut - Vorhaben, bei denen massiv Menschenrechte verletzt und Menschen unter Druck gesetzt wurden. China ist heute offenbar nicht nur wichtigster wirtschaftlicher Partner Kambodschas, sondern auch Vorbild, was die Einschränkung von Grundrechten betrifft.

Am 29. Juli protestiert Gewerkschaftsführer Rong Chhun noch vor der Residenz des Premierministers Hun Sen. Zwei Tage später wird er wegen Anstiftung zu sozialen Unruhen verhaftet.





"Man kann die Angst von Menschen riechen, die sich im ständigen Überlebensmodus befinden"

Interview mit Naly Pilorge, Direktorin der Nichtregierungsorganisation LICADHO

Frau Pilorge, Ihre Organisation hat schon vor Beginn der Pandemie auf die desaströsen Verhältnisse in kambodschanischen Gefängnissen hingewiesen. Warum landen so viele Menschen im Gefängnis?

Naly Pilorge: In Kambodscha gilt die unausgesprochene Regel: Wer in Schwierigkeiten gerät, landet im Gefängnis. Sei es wegen Kriminalität oder Drogen, sei es wegen psychischer Probleme oder weil man einer Minderheit angehört. Es kann schon ausreichen, dass die Eltern nicht einverstanden sind mit einer homosexuellen Beziehung. Es sei denn, Sie sind wohlhabend. Die Folge sind überfüllte Gefängnisse, in denen zum Teil bis zu fünfmal mehr Menschen zusammengepfercht sind als eigentlich hineinpassen.

Wie sieht das Leben der Inhaftierten aus?

Naly Pilorge: Sie bekommen miserable Nahrung, schlafen auf dem Betonboden und sind Gewalt, Krankheiten und Missbrauch ausgeliefert. Und für alle gelten in diesen überfüllten Zellen dieselben Bedingungen, egal, ob Jugendliche, Schwangere oder Drogenabhängige.

Wie gehen die Inhaftierten mit diesen Zuständen um?

Naly Pilorge: Sie leben wie die Sardinen. Ein Weg, im Gefängnis zu Geld zu kommen, ist, den eigenen Schlafplatz zu verkaufen: Man setzt sich hin, sodass sich jemand Anderes hinlegen kann.

Wie reagieren die Behörden auf solche Zustände?

Naly Pilorge: Indem sie immer neue Gefängnisse bauen. Auch weil die Verantwortlichen davon ökonomisch profitieren: Sie verdienen an jedem Neubau mit. Die Gefängnisse sind aber auch Ausdruck einer politischen Agenda: Man löst gesellschaftliche Probleme, indem man Menschen wegsperrt.

Ihre Organisation ist seit 1993 in Gefängnissen aktiv. Wie sieht Ihre Arbeit aus?

Naly Pilorge: Wir gehen mit eigenen Ärzten, Anwälten, Sozialarbeitern und manchmal sogar mit Ermittlern in die Gefängnisse. Wir haben das Glück, dass die Direktoren uns hineinlassen für unsere humanitäre Arbeit. Außerdem habe

ich schon mindestens 50-mal inhaftierte Menschenrechtsverteidiger:innen besucht. Wegen meiner Arbeit stand ich auch selbst schon mehrmals vor Gericht. Ich erhielt aber jedes Mal Unterstützung, das hat mich vor einer Verurteilung bewahrt. Deshalb will ich auch jetzt meinen Kolleg:innen beistehen, so gut ich kann.

Welche Eindrücke bleiben bei Ihnen von solchen Besuchen zurück?

Naly Pilorge: Neben den schlimmen Zuständen sind es der Lärm und der Geruch. Man kann die Angst von Menschen riechen, die sich in einem ständigen Überlebensmodus befinden.

Wie hat sich die Situation mit der Pandemie verändert?

Naly Pilorge: In vielen Gefängnissen haben sich Wärter infiziert. Wie viele Inhaftierte sich infiziert haben, kann niemand sagen, für sie gibt es keine Tests. Zusammen mit Human Rights Watch und Amnesty International haben wir im Dezember die Regierung aufgefordert einzugreifen. Unter solchen Bedingungen braucht es nur einen Infizierten – und Tausende stecken sich an. Wir fragen uns natürlich, woran es liegt, dass die Behörden nicht anders reagieren. Die Regierung wird aus dem Ausland unterstützt, um der Pandemie Herr zu werden. Außerhalb der Gefängnisse werden sogar Menschen getestet, die nur indirekten Kontakt mit Infizierten hatten. Am Geld kann es also nicht liegen. Ich glaube, dass die Regierung, und bis zu einem gewissen Grad auch die Öffentlichkeit, überzeugt sind: Wer im Gefängnis sitzt, hat keinen Schutz verdient. Man spricht den Inhaftierten das Menschsein ab.

Während der Pandemie hat die Zahl der politischen Häftlinge zugenommen. Warum?

Naly Pilorge: Die Regierung instrumentalisiert das Justizsystem und die Gefängnisse, um die Zivilgesellschaft einzuschüchtern. Im Umgang mit Kritiker:innen gibt es in Kambodscha regelmäßig solche Wellen. Seit der Auflösung der Oppositionspartei Cambodia National Rescue Party im Jahr 2017 kämpfen zunehmend Menschen aus der

Zivilgesellschaft für freie Wahlen, angemessene Löhne oder die faire Verteilung von Land. Wer die Stimme erhebt, gilt in Kambodscha jedoch als Feind der Regierung. Es gab auch in der Vergangenheit brutale Übergriffe, Inhaftierungen und Morde. Die Tötungen haben weitgehend aufgehört. Aber die Regierung will sicherstellen, dass die Öffentlichkeit und NGOs, aber auch die internationale Gemeinschaft die Proteste im Zusammenhang mit der Pandemie nicht unterstützen.

Hat sie damit Erfolg?

Naly Pilorge: Ja und nein. Ja, weil die Menschen durch regierungstreue Medien und über Soziale Medien erfahren, was im Land vor sich geht. Sie wissen: Wer auffällig wird, muss mit Konsequenzen rechnen. Nicht nur der Premierminister spricht öffentlich darüber. Auch manche unserer Geldgeber aus dem Ausland sagen uns: Verhaltet euch besser ruhig. Das ist lächerlich: Wenn wir dazu schweigen, können wir unsere NGO dichtmachen.

Und warum nein?

Naly Pilorge: Weil wir registrieren, dass sich unser Land verändert. Die Bevölkerung in Kambodscha verlangt etwas, was Menschen überall auf der Welt erwarten: ein Dach über dem Kopf, einen Job, mit dem sie ihre Familien ernähren können, Gesundheit. Die Jüngeren in Kambodscha stellen inzwischen die Mehrheit der Gesellschaft. Sie sind gebildet, machen Reisen ins Ausland und informieren sich über ihre eigenen Kanäle in den Sozialen Medien.

Aber das allein reicht ja noch nicht, damit sich das Land verändert ...

Naly Pilorge: Sie können Menschen bis zu einem bestimmten Punkt unterdrücken. Aber wenn Sie übertreiben, schlagen die Menschen zurück. Das geschieht nicht als Ergebnis einer bestimmten Strategie. Es passiert einfach, wie im Arabischen Frühling, in Thailand oder in Hongkong. Was uns Sorgen bereitet, ist das Ausmaß der Gewalt. Die Machthaber sind zu weit gegangen. Die Leute verteidigen sich mit Steinen und Knüppeln. Die Regierung aber verfügt über Granaten, Maschinengewehre und ein korruptes Justizsystem.

Und woher nehmen Sie Ihren Optimismus, dass Veränderung möglich ist?

Naly Pilorge: Ich bereite mich auf jeden meiner Gefängnisbesuche innerlich vor. Mich interessieren weniger die medizinischen Bedingungen oder die Gegebenheiten als vielmehr, wie es den Menschen wirklich geht. Allen Schrecken und Ungerechtigkeiten zum Trotz erlebe ich viel Mut und Widerstandskraft. Wir haben es nicht mit Maschinen,

sondern mit Menschen zu tun. Und die sind sehr vielfältige, komplexe Wesen. Beinahe jedes Mal, wenn ich zurückkehre, bin ich überrascht, weil ich mehr Energie spüre als zuvor. Ich habe mich oft gefragt, woran das liegt. Und meine Antwort ist: Der Aufenthalt in einem solchen Gefängnis ist ein Test. Der Mut und die Kraft, die man unter solchen Bedingungen entwickelt, überdauern die Verzweiflung.

Kurz und knapp

Unser Partner: Cambodian League for the Promotion and Defense of Human Rights (LICADHO)

Wie entstanden: 1992, seit 2008 Partner von Brot für die Welt

Projektgebiet: landesweit und international (Lobby- und Advocacy-Arbeit)

Schwerpunkt: LICADHO fordert Menschenrechte ein, überwacht sie und dokumentiert Verletzungen. Opfer dieser werden rechtlich beraten, vor Gericht vertreten, psycho-sozial und medizinisch betreut

Weitere Infos: https://www.licadho-cambodia.org



| Für einen besseren Schutz: Ärzt:innen, Krankenschwestern und Pfleger demonstrieren am 16. Juli 2020 in San Salvador angesichts der steigenden Zahl an COVID-19-Opfern für eine bessere Ausrüstung.

El Salvador

Der Twitter-Präsident Trumpito

In El Salvador ist ein Mann an der Macht, der Andersdenkende diffamiert und die Meinungsfreiheit beschneidet. Seine Maßnahmen gegen die Pandemie sind drastisch. Wer gegen sie verstößt, verschwindet in Quarantänezentren, oft viele Wochen.

CIVICUS-Einstufung: beschränkt



Mit Nayib Bukele verbinden viele Menschen große Hoffnung, als er am 1. Juni 2019, mit gerade mal 37 Jahren, das Amt des Präsidenten von El Salvador antritt. Die Menschen sehnen sich nach neuem Selbstbewusstsein und nach Stabilität. Der smarte Bukele scheint genau das zu verkörpern.

Mit 18 Jahren gründet er sein erstes Unternehmen. Kurz darauf tritt er in die Werbeagentur des Vaters ein und übernimmt die Kampagnen für die "Nationale Befreiungsfront Farabundo Martin" (FMLN). Die Partei war während des Bürgerkriegs in den Achtzigerjahren entstanden, ursprünglich ein Zusammenschluss verschiedener Guerillagruppen und linksgerichteter Strömungen. Bukele führt für sie erfolgreiche Kampagnen durch. Später übernimmt er nach und nach weitere Unternehmen wie Yamaha El Salvador. 2012 wird er Bürgermeister der kleinen Stadt Antiguo Cuscatlán, um schon drei Jahre später das gleiche Amt in der Hauptstadt San Salvador anzutreten. In dieser Zeit kommt es zum Bruch mit seinem einstigen Auftraggeber, der FMLN: Die Partei schließt ihn aus. Man wirft ihm vor,

Doch dieser Streit verhindert seinen Aufstieg nicht. Den Wahlkampf ums Präsidentenamt nun als Kandidat der Mitte-rechts-Partei Gran Alianza por la Unidad Nacional (GANA) führt Bukele vorrangig in den Sozialen Medien. Damit spricht er vor allem Jüngere an, die vorher meist nicht gewählt hatten. Kritiker:innen halten ihm vor, er lasse sich von einem Heer von Trollen unterstützen, die "fake news" verbreiten. Doch seine Strategie geht auf: Bukele schafft den Sprung ins höchste Amt und regiert seither gern via Kurznachrichten auf Twitter - ohne Mehrheit im Parlament. Er verhöhnt Journalist:innen und verspricht einfache Lösungen für komplexe Probleme. In El Salvador hat er inzwischen seinen eigenen Spitznamen: Trumpito - der kleine Trump.

Die härtesten Pandemieregeln in Mittelamerika

Anders aber als der ehemalige US-Präsident reagierte Bukeles Regierung so früh wie hart auf die Pandemie. Die Maßnahmen in El Salvador gelten als die drastischsten in Mittelamerika. Schon am 11. März verhängte Bukele den natioDie Polizei verhaftete
70
Personen,

noch ehe die

Corona-

Regeln in

Kraft getreten

waren

nalen Notstand. Grenzen, Läden und Fabriken wurden geschlossen. Zehn Tage später kündigte er einen landesweiten Lockdown von 30 Tagen an. Tatsächlich dauerte diese Einschränkung bis August. Nur eine Person pro Familie durfte das Haus oder die Wohnung verlassen, um Lebensmittel oder Medikamente einzukaufen. Ausnahmen gab es für Beschäftigte in Berufen wie etwa im Gesundheitssektor oder in der Grundversorgung mit Strom und Wasser. Monatelang fuhren in der Hauptstadt keine öffentlichen Verkehrsmittel.

Schon vor Beginn des eigentlichen Lockdown beschwor Bukeles Regierung eine Atmosphäre ständiger Unsicherheit herauf. Noch ehe die Regeln offiziell in Kraft getreten waren, verhafteten Polizei und Militär schon 70 Personen – weil sie angeblich gegen diese Regeln verstoßen hätten. Andere wurden festgehalten, weil sie keine Masken trugen - obwohl der Erlass dies nicht vorschrieb und es im ganzen Land kaum welche zu kaufen gab. Wer gegen den Lockdown verstieß, landete in einem der sogenannten Quarantänezentren, die der Staat eingerichtet hatte: improvisierte Sammelunterkünfte wie Turnhallen, in denen die Menschen dicht an dicht lagen. Für Wohlhabende wurden Hotels genutzt. Zwei konkrete Beispiele: In einem Armenviertel von San Salvador wurde eine Frau verhaftet, weil sie ihr Kind in der Nacht auf eine Latrine begleitet hatte. Einem 19-Jährigen, der wegen eines Quarantäneverstoßes kontrolliert wurde und sich weigerte, 50 Dollar zu zahlen, um dem Quarantänezentrum zu entgehen, schossen Beamte in beide Beine.

Von Mitte April an war es Behörden, Polizei und Militär per Präsidentenverordnung erlaubt, jederzeit in Wohnungen einzudringen, wenn sie darin Corona-Infizierte vermuteten. Wer verdächtige Symptome zeigte, wurde in den Quarantänezentren interniert - wo es diese nicht gab, in Polizeistationen. Menschen, die mit dem Auto unterwegs waren, riskierten, dass der Wagen beschlagnahmt wurde. Am 16. Mai verlängerte die Regierung den Notstand ohne Zustimmung des Parlaments. Von da an war es nur noch an zwei Tagen in der Woche erlaubt, die Wohnung für Einkäufe zu verlassen, und dies auch nur innerhalb der Landkreisgrenzen. In Großstädten riegelte die Polizei einzelne Stadtteile ab. Als im Mai Tropenstürme über das Land fegten, stand ein Teil der Quarantänezentren knietief unter Wasser.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen waren dramatisch – vor allem für all jene, die im informellen Sektor arbeiten. Das sind etwa Tagelöhner:innen oder Händler:innen – jeder zweite Erwerbstätige im Land. Zwar versprach die Regierung, die Bevölkerung zu unterstützen. Doch die Hilfsgelder flossen nur wenige Wochen, dann wurden sie durch Essenspakete ersetzt. Ohnehin erreichte die Hilfe viele Bedürftige nie – zu verbreitet sind Missmanagement und Korruption im Land.

Menschen über Monate festgehalten

Fast 17.000 Menschen landeten nach Angaben der Regierung zwischen April und Oktober in Quarantänezentren. Eine von ihnen war Ana Cristina Barahona. Am Ostermontag kaufte die Menschenrechtsverteidigerin auf dem Markt Essen und Medikamente für sich und ihren dreijährigen Sohn. Auf dem Heimweg wurde sie verhaftet und landete zunächst auf einer Polizeistation. Sie habe die Ausgangssperre missachtet, so der Vorwurf. Nach einem COVID-19-Test könne sie nach Hause gehen. Trotzdem wurde sie in ein Quarantänezentrum gebracht – und erst nach drei Wochen getestet.

Sechs Tage nach ihrer Festnahme leitete ihre Familie rechtliche Schritte ein, fünf Tage darauf erklärte das Verfassungsgericht: Für Ana Cristina Barahonas Festnahme gebe es keine gesetzliche Grundlage. Sie müsse getestet und unverzüglich

Zwischen April und Oktober saßen fast

17.000

Menschen in Quarantänezentren fest entlassen werden sowie zu Hause unter Quarantäne bleiben. Doch Barahona blieb inhaftiert. Sie schlief auf dem Boden auf einer schmutzigen Matratze, ohne saubere Masken, ohne Abstand zu andern Häftlingen. Die wenigen Toiletten und Bäder waren häufig verschlossen oder überflutet. Viele steckten sich dort erst an.

Als Diabetikerin gehört Ana Cristina Barahona zu einer Risikogruppe. Doch ihre Medikamente bekam sie erst am vierten Tag der Haft, danach nur sporadisch. Als sie nach drei Wochen endlich getestet wurde, war das Ergebnis negativ. Auch der zweite und dritte Test blieben ohne Befund. Man sagte ihr, einige ihrer Mitinhaftierten seien positiv getestet worden. Sie könne nicht entlassen werden. Am 20. Mai, fast einen Monat, nachdem ein Gericht ihre Freilassung angeordnet hatte, und 37 Tage nach ihrer Verhaftung, kam sie schließlich frei.

Gerichte kippten manche Verbote

Menschenrechtsorganisationen in El Salvador, darunter auch Partnerorganisationen von Brot für die Welt, klagten beim Verfassungsgericht gegen die repressiven Pandemiedekrete und gesetze. Mit Erfolg: In mehreren Urteilen erklärte das oberste Gericht El Salvadors Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 für verfassungswidrig. Weder für die Inhaftierung in Polizeistationen noch für die Verschleppungen

Entwicklung der Pandemie in El Salvador

Anzahl der registrierten Infektionen im Jahr 2020



45.960
Infizierte
1.327
Tote
6,5 Millionen
Einwohner:innen

Quelle: WHO, eigene Recherchen



| Weggesperrt: Unzählige Menschen landen 2020 in Quarantänezentren – auch mehrere Wochen lang. Viele der Zentren, wie dieses in der Hauptstadt San Salvador, sind überfüllt; manche Menschen stecken sich hier erst an.

in Quarantänezentren, das Eindringen in Wohnungen und die Beschlagnahmung von Autos habe es eine Rechtsgrundlage gegeben. Im Juni erklärte das oberste Gericht das Dekret zur Verlängerung der nationalen Quarantäne für verfassungswidrig.

Doch den Präsidenten ficht das nicht an. Er ignoriert die Richtersprüche schon lange. Bereits im April hetzte er per Twitter gegen die obersten Richter: "Fünf Personen werden nicht den Tod von Hundertausenden Salvadorianern beschließen. Egal, wie viel Tinte und Siegel sie haben." Er forderte die Polizei und das Militär in einer weiteren Twitter-Nachricht auf, "härter mit Menschen umzugehen, die die Quarantäne verletzen". Er habe nichts dagegen, wenn die Polizei bei einer Verhaftung "jemandem das Handgelenk krümmt". In den darauffolgenden Stunden wurden Hunderte Menschen als Quarantänebrecher festgenommen.

Starke Allianz mit dem Militär

Statt auf Rechtsstaatsprinzipien und Gewaltenteilung setzt Bukele auf die Macht des Stärkeren. Der Präsident ist ein Freund des Militärs – nicht erst seit Beginn der Corona-Krise. Am 9. Februar ließ er in und um das Abgeordnetenhaus in San Salvador Soldaten in Kampfmontur und mit Sturmgewehr aufmarschieren. Zuvor hatte sich das Parlament geweigert, einem Kredit über

Streit um Kredit von

Millionen US-Dollar, auch für

das Militär

109 Millionen Dollar zuzustimmen. Der größte Teil des Geldes sollte der Armee zugutekommen. Näher war die Verwendung aber nicht beschrieben. Genau deshalb hatte das Parlament seine Zustimmung verweigert. Viele Menschen fühlten sich durch den Aufmarsch der Soldaten und die starke Allianz zwischen Präsident und Armee an die Zeit der Militärdiktatur während des Bürgerkriegs erinnert.

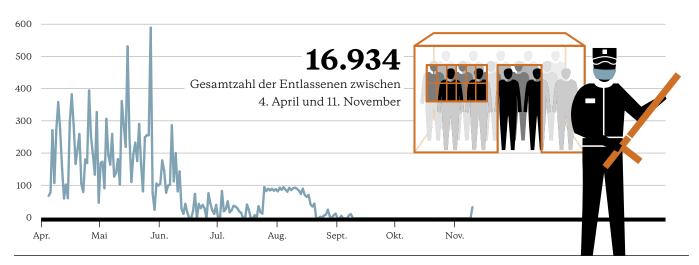
Keine Aufklärung

Wie wichtig dem Twitter-Präsidenten Symbolpolitik ist, zeigt auch sein Umgang mit der Aufklärung der Verbrechen während des blutigen Bürgerkriegs von 1980 bis 1992. Schätzungsweise 70.000 Menschen starben damals. Doch aufgearbeitet wurden die Verbrechen bis heute nicht. Ein Amnestiegesetz von 1993 verhindert das. Zwar wurde dieses Gesetz 2016 für verfassungswidrig erklärt. Doch zur Rechenschaft wurde bislang niemand gezogen.

Daran hat auch Bukele bislang nichts geändert. Zwar hat er den Opfern zu Beginn seiner Amtszeit Aufklärung und Gerechtigkeit versprochen und per Twitter befohlen, eine Kaserne umzubenennen, die den Namen "Domingo Monterrosa" trug – dieser Offizier gilt als verantwortlich für das Massaker von El Mozote, bei dem im Dezember 1981 Soldaten 986 Menschen umbrachten, darunter 552 Kinder. Außerdem versprach er Ende 2019, die Militärarchive zu öffnen. Doch im September 2020 verhinderte sein Verteidigungs-

In den Ansteckungshallen von El Salvador

Anzahl der Personen, die 2020 täglich aus Quarantänezentren entlassen wurden



Quelle: Gobierno El Salvador

minister dem zuständigen Richter den Zugang zu den Archiven – das gefährde die nationale Sicherheit. Bukele sei "ein weiterer Präsident der Straflosigkeit", sagt Opferanwalt David Morales.

Gehässige Propaganda

Die Einschüchterungstaktik des Präsidenten bekommen auch all jene zu spüren, die die Regierung kritisieren. In Sozialen Medien hetzt Bukele und schürt damit eine aggressive Stimmung, unterstützt von Amtsträgern und Regierungspartei. Immer stärker behindern und gefährden diese nach Angaben der Initiative Sistema Regional de Monitoreo de Agresiones die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger:innen. Der ehemalige PR-Profi Bukele und seine Leute gehen auch gezielt Journalist:innen an, die die repressive Corona-Politik kritisieren oder Korruptionsfälle aufdecken. Deren Beiträge retweetet er auf Twitter mit gehässigen Kommentaren.

Allein in Bukeles erstem Regierungsjahr zwischen Juni 2019 und Juni 2020 zählte der salvadorianische Journalistenverband 61 Angriffe auf Journalist:innen durch Regierungsmitglieder, Sicherheitskräfte und Beamte. Solche Attacken machte auch das Netzwerk IM Defensoras publik, Partner von Brot für die Welt. Zwei konkrete Beispiele: Aus dem Haus der Investigativjournalistin Julia Gavarrete von der Nachrichtenwebsite Gato Encerrado in San Salvador stahlen Unbekannte den Laptop mit brisanten Recherchen. Ihre Kollegin Carmen Valeria Escobar re-

61Angriffe auf

Journalist:innen

in einem Jahr

cherchierte wie sie zur Korruption innerhalb der Regierung und wurde deshalb zur Zielscheibe von Bukele-Anhängern und einem mit der Regierung verbündeten Kandidaten für das Abgeordnetenhaus. Wochenlang diskreditierten sie Escobars Arbeit in den Sozialen Medien, beleidigten sie sexistisch und drohten, sie zu töten.

Es stehen aber nicht nur einzelne Journalist:innen unter Beschuss. Regierungskritische Redaktionen wurden gehackt. Gegen andere wurde juristisch vorgegangen. Das Finanzministerium etwa ermittelte gegen die für ihre Recherchen bekannte und renommierte Onlinezeitung *El Faro* wegen angeblicher Geldwäsche und Steuerhinterziehung. *El Faro* hatte zuvor zu den geheimen Verhandlungen der Regierung Bukele mit der kriminellen Organisation Mara Salvatrucha recherchiert.

Im August 2020 schritt das Parlament gegen solche Grenzüberschreitungen der Exekutive ein. Es berief eine Sonderkommission ein. Diese soll untersuchen, ob und wie die freien und unabhängigen Medien behindert werden. Ende Februar 2021 holte Bukele mit der inzwischen von ihm gegründeten Partei Nuevas Ideas im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Bukele kann damit ohne Kontrolle der Opposition per Dekret durchregieren. Und seine Partei kann den Generalstaatsanwalt sowie ein Drittel der Richter des Obersten Gerichtshofs ernennen und die Verfassung ändern.

"Werden eine Frau oder ein Kind vergewaltigt, passiert nichts"

Interview mit Morena Herrera, Feministin und Koordinatorin bei der Asociación Colectiva de Mujeres para el Desarrollo Local (CMDL)



Frau Herrera, wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Situation der Frauen aus?

Morena Herrera: Wir erleben gerade herbe Rückschläge. Die Ausgangsverbote und Schulschließungen trafen und treffen Frauen stärker als Männer. Frauen kümmern sich ohnehin schon um den Haushalt und oft ums Einkommen – und jetzt auch noch um die Bildung der Kinder.

Wehren sie sich nicht?

Morena Herrera: Die wenigsten. Viele Frauen hinterfragen diese Rolle nicht, weil sie ja so sozialisiert wurden. Wir sind ein Macho-Land. Man wertschätzt Frauen nicht und schon gar nicht gesteht man ihnen die gleichen Rechte zu. Jahrelang war El Salvador das Land mit den meisten Femiziden. Auch heute noch stehen wir neben Brasilien und Mexiko ganz oben auf dieser unrühmlichen Liste. In der Pandemie hat die Gewalt gegen Frauen eher noch zugenommen. Viele erstatten keine Anzeige. Die einen aus Angst. Die anderen, weil sie wegen des Lockdown das Haus nicht verlassen konnten. Selbst Frauenhäuser waren wegen COVID-19 oft geschlossen.

Welche Rolle spielt Präsident Bukele?

Morena Herrera: Er befeuert den Hass auf die Frauen. Und richtet damit großen Schaden an. Viele Männer hören auf ihn. El Salvador kennt Gewalt gegen Frauen seit Langem. Aber früher gab es zumindest den Konsens, dass der Staat dagegen vorgehen muss. Heute ist das anders. Werden eine Frau oder ein Kind vergewaltigt, passiert nichts. Und die Straflosigkeit ermuntert Gewalttäter zusätzlich.

Wie reagiert die Polizei?

Morena Herrera: Sie begegnet Frauen sehr konfrontativ – auch das ist eine Folge von Bukeles militärischem Auftreten. Meine Organisation hat früher sehr viele Polizisten geschult, etwa in den Themen Frauen- und Menschenrechte oder Gleichberechtigung. Wir durften früher auch in die Gefängnisse und inhaftierte Frauen beraten oder ihnen auch mal

ein gebratenes Hühnchen bringen. Heute aber haben wir keinerlei Vertrauensverhältnis mehr zur Polizei. Sie hat jedes Gefühl für die Gesellschaft und auch für ihre zivile Rolle verloren. Das ist schlimm.

Haben Sie ein Beispiel?

Morena Herrera: Eine Kollegin unterstützt eine Frau, die vergewaltigt wurde. Der Täter wurde sogar in flagranti erwischt, man weiß, wie er heißt, wo er wohnt. Meine Companera rief immer und immer wieder bei der Polizei an, doch die nahm den Mann nicht fest. Es war den Beamten völlig egal. Als meine Kollegin sich deswegen an den Polizeichef wandte, sagte der nur: Na und, verklag mich doch! Er hatte keinerlei Angst. Das hat mir Angst gemacht.

Was macht das mit einer Gesellschaft, wenn eine Hälfte weniger Rechte hat als die andere?

Morena Herrera: Es macht sie zu einer weniger glücklichen, weniger vollständigen Gesellschaft. Gleichzeitig macht es uns zu einer Gesellschaft, die stets kämpft. Und das meine ich jetzt sogar positiv.

Kurz und knapp

Unser Partner: Asociación Colectiva de Mujeres para el Desarrollo Local

Wie entstanden: 2009 gegründet, seit 2016 Partner von

Brot für die Welt

Projektgebiet: in vier Regionen des Landes

Schwerpunkt: Das Netzwerk fördert Frauenrechte und arbeitet zum Thema Gleichberechtigung der Geschlechter – etwa über ein Online-Radio. Ziel ist, Frauenrechte auch auf lokaler Ebene stärker durchzusetzen.

 $We itere\ Infos:\ https://colectiva feminista.org.sv$



| Alle Macht dem Volk – das fordert diese Demonstrantin am 18. November 2020 auf einem Protestmarsch der Opposition in Tiflis. Georgien hat eine sehr lebendige Zivilgesellschaft. Umso erbitterter ist der Widerstand der Regierung,

Georgien

Gespaltene Volksseele

Die Pandemie trifft eine tief verunsicherte Gesellschaft. Gefälschte Nachrichten, die unter anderem aus Russland gesteuert werden, säen Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Die Regierung unterdrückt Proteste und versucht, ihre Pläne hinter dem Rücken der Bevölkerung durchzusetzen.

CIVICUS-Einstufung: beeinträchtigt



Als in Georgien die ersten Corona-Infektionen auftraten, war die Quelle des Virus schnell ausgemacht: Das Richard-Lugar-Zentrum für Gesundheitsforschung habe es selbst verbreitet – das behaupteten zumindest diejenigen, die in der nahenden Pandemie eine weitere Gelegenheit sahen, das Land zu spalten.

Das Institut, benannt nach dem 2019 verstorbenen republikanischen US-Senator, ist ein Symbol für den Konflikt um die Vormacht im Land, der seit Beginn der 2000er-Jahre zwischen prowestlichen und prorussischen Kräften tobt. Das Richard-Lugar-Zentrum für Gesundheitsforschung stand dabei nicht zum ersten Mal im Fokus. Gegründet wurde es 2004 als Ergebnis eines Abkommens zwischen Georgien und den USA. Seinen Betrieb nahm das Institut 2013 auf. Heute dient die Einrichtung auch als Referenzlabor der öffentlichen Gesundheitsvorsorge – unter anderem zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten.

Schon mehrfach wurde das Zentrum von Russland beschuldigt, im Auftrag der US-Regierung Krankheiten zu verbreiten. Im März 2020 fügte die kremlnahe Website *News Front* dieser Verschwörungserzählung ein weiteres Kapitel hinzu – der Tatsache zum Trotz, dass das Richard-Lugar-Zentrum gerade am Anfang der Pandemie entscheidend dabei half, das Virus einzudämmen. Die Falschnachricht erfüllte mehrere Funktionen: Sie diskreditierte nicht nur ein Gesundheitsinstitut und dessen Expertise, sondern auch die Zusammenarbeit Georgiens mit Europa und den USA.

Erbe der Vergangenheit

Mit dem Zerfall der UdSSR verlor der Kreml zunächst seinen direkten Einfluss auf das unabhängige Georgien. Im Zuge der Konflikte um die zwei georgischen Autonomiegebiete Südossetien und Abchasien in den 1990er-Jahren griffen sowAusnahmezustand nach

10
Infektionen

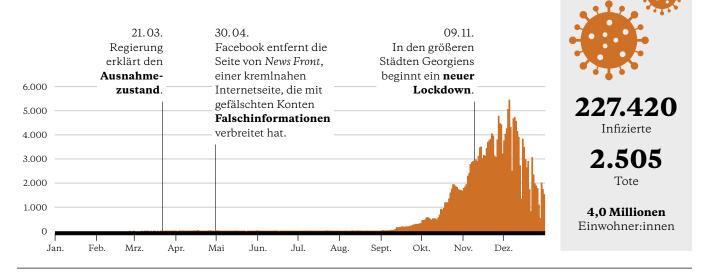
jetische und später russische Truppen allerdings wiederholt ein, um einen Waffenstillstand zu erreichen und zu sichern. Als Georgien im Sommer 2008 eine Militäroffensive gegen Südossetien startete, griff Russland erneut militärisch ein, erkannte sowohl Südossetien als auch Abchasien als unabhängige Staaten an und weitete seine dortige Präsenz aus – in den Augen Georgiens eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und eine ständige Bedrohung der eigenen Souveränität.

Der im Zuge dieser Konflikte erneut gestiegene Einfluss Russlands in der Region wird nun auch durch Kampagnen spürbar. Im Oktober 2019 ging der Kanal News Front in georgischer Sprache online. Von Beginn an setzte die Marke hier auf die Verbreitung ihrer Nachrichten durch Facebook, der erfolgreichsten sozialen Medienplattform in Georgien. Im Frühjahr 2020 enthüllte die Internationale Gesellschaft für faire Wahlen und Demokratie (ISFED), Georgiens größte unabhängige Wahlbeobachtungsorganisation, wie News Front sowie das Nachrichtenportal Sputnik ihre Reichweiten auf Facebook künstlich verstärkten: Mit zwölf gefälschten Facebook-Konten erreichte News Front eine halbe Million Nutzer:innen. Nach Beobachtung von ISFED richteten sich die maßgeschneiderten provokativen Botschaften sowohl an regierungs- als auch an oppositionsfreundliche Facebook-Gruppen - das Ziel war offenkundig nicht Information, sondern Spaltung. Ende April 2020 löschte Facebook die georgische News-Front-Seite. Auch bei Sputnik deckte ISFED die systematische Nutzung von gefälschten Facebook-Konten auf. Sie erreichten fast zwei Millionen Nutzer:innen - etwa die Hälfte der Bevölkerung. Facebook löschte daraufhin auch Sputniks Konten.

Desinformationskampagnen gibt es aber nicht nur seitens kremlnaher Medien. Auch viele georgische Politiker:innen verleumden Widersacher, besonders zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen Korruption einsetzen und diese aufdecken. Der Vorsitzende des georgischen Parlaments, Irakli Kobakhidze, bezeichnete Vertreter:innen der Zivilgesellschaft als "Komplizen des Faschismus".

Entwicklung der Pandemie in Georgien

Anzahl der registrierten Infektionen im Jahr 2020



Quelle: WHO, eigene Recherchen

Regierung schneidet Zivilgesellschaft von wichtigen Entscheidungen ab

Die georgische Regierung reagierte schnell auf die Pandemie. Am 21. März 2020 – es waren gerade einmal zehn Infektionen bestätigt – erklärte sie den Ausnahmestand und erließ weitreichende Beschränkungen, etwa der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit. Zudem erschwerte sie zeitweilig den Zugang zu öffentlichen Informationen.

Diese Schritte werden unterschiedlich bewertet: Internationale Beobachter:innen wie die Menschenrechts-NGO Freedom House mit Sitz in Washington loben die Regierung für ihr schnelles, strenges und transparentes Eingreifen. Hingegen sind einige zivilgesellschaftliche Organisationen im Land überzeugt, dass die Regierung die Pandemie bewusst genutzt hat, um die Bevölkerung davon abzuhalten, bei großen Infrastrukturprojekten mitzuentscheiden. Sie kritisieren auch die hohen Strafen für alle, die – auch nur vermeintlich – gegen die Notmaßnahmen verstoßen: Geldstrafen in Höhe von umgerechnet 1.000 US-Dollar und bei Wiederholung eine Haft von bis zu sechs Jahren. In einer solchen Situation wirkten die aus Russland gesteuerten Desinformationskampagnen wie Nebel auf einer Bis zu

Jahre Haft bei wiederholtem Verstoß gegen die Regeln Straßenkreuzung mit ausgefallenen Ampeln. News Front versuchte nicht nur, antiamerikanische Ressentiments zu schüren. Die Website machte sich auch den Widerwillen der orthodoxen Kirche zunutze, die Hygieneregeln anzuerkennen oder die Gottesdienste einschränken. So weigerten sich die Kirchenführer zum Beispiel, wegen der Pandemie mit der Tradition des kollektiv benutzten Löffels zur Kommunion zu brechen. News Front deutete die Corona-Beschränkungen um in einen Angriff auf die Eucharistiepraxis und rief die Gläubigen auf, weiter Gottesdienste zu besuchen und die Kommunion mit einem gemeinsamen Löffel zu empfangen.

Der Strippenzieher im Hintergrund

Derartige Attacken treffen 2020 auf eine Gesellschaft, deren Vertrauen in die politischen Institutionen auf einem Tiefpunkt angelangt ist. Der Regierungspartei "Georgischer Traum" stehen vor allem die "Vereinte Nationale Bewegung" sowie deren Splitterpartei "Europäisches Georgien" gegenüber. Sie werfen sich gegenseitig vor,

ihre jeweilige Rolle für partikulare Interessen zu missbrauchen.

Als eine politische Schlüsselfigur gilt Bidsina Iwanischwili, Gründer und Vorsitzender des "Georgischen Traums" – und reichster Mann im Land. Er hat seit Jahren kein offizielles Regierungsamt mehr inne. Doch es heißt, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Ministerpräsidenten im Jahr 2013 treffe er weiter alle kritischen Entscheidungen allein: Als Chef der Regierungspartei ernennt und entlässt Iwanischwili faktisch den Ministerpräsidenten und andere Mitglieder der georgischen Regierung. Meinungsumfragen zeigen regelmäßig, wie gering das Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien ist, so auch jene des National Democratic Institute vom April 2019: Demnach glaubten 81 Prozent

Nur **15%**

aer Georgier:innen zufrieden mit Pandemie-Management der Befragten, dass vor allem die Politiker:innen die Polarisierung und Spaltung befördern. Eine Umfrage vom Dezember 2020 desselben Instituts bestätigte die tief sitzende Skepsis der Georgier:innen: Nur 15 Prozent waren während der Pandemie zufrieden mit ihrer Regierung. 41 Prozent dagegen waren überzeugt, dass sich das Parlament nicht um die Themen kümmert, die für den Alltag der Menschen bedeutend sind.

Religiöse Konservative und Rechtsextreme schüchtern Andersdenkende ein

Die Parlamentswahl Ende Oktober 2020 ist Ausdruck dieses tief sitzenden Misstrauens. Die Regierungspartei "Georgischer Traum" beanspruchte den Wahlsieg für sich. Laut offiziellem Endergebnis gewann sie die Wahl mit 48,15 Prozent. Auf die stärkste Oppositionspartei "Vereinigte Nationale Bewegung" entfielen 27,14 Prozent. Alle Oppositionsparteien im Land weigerten sich jedoch, das Wahlergebnis anzuerkennen.

| Nationalistisch, homophob und anti-LGBTQI – auch solche Gruppen demonstrieren





Im Februar 2021 protestieren die Menschen in Kutaissi gegen den Bau eines Wasserkraftwerks, wodurch ihre Dörfer überflutet würden. Seit Beginn der Pandemie entscheidet die Regierung über mehrere umstrittene Bauprojekte, ohne die Bürger einzubeziehen.

Laut internationalen Beobachter:innen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verlief die Wahl alles andere als fehlerfrei. NGOs berichteten über zahlreiche Fälle von Verletzungen des Wahlgeheimnisses und von Wählerbestechung. Zehntausende protestierten friedlich gegen die Wahl. Ohne Vorwarnung setzte die Polizei Wasserwerfer und Tränengas ein.

Eine junge Generation von Aktivist:innen sieht in öffentlichem Protest das einzige Mittel, um politische Ziele durchzusetzen. Den liberal und westlich orientierten Gruppen stehen jedoch immer öfter rechtsextreme Gruppen mit konservativen, nationalistischen, fremdenfeindlichen und homophoben Einstellungen gegenüber. Obwohl bislang keine direkten Verbindungen zwischen ihnen und Russland nachgewiesen wurden, fällt die große Übereinstimmung zu Themen wie Euroskeptizismus und Homophobie auf. Seit einigen Jahren mobilisieren sie für ihre Gegendemonstrationen. Und weil staatliche Behörden sie nicht bremsen, nehmen Einschüchterungen

Mehrere

10.000

Menschen protestierten friedlich gegen Wahl und Störungen durch sie zu - off- wie online. Auf der Straße gehen Rechtsextreme gegen LGBTQI oder Jugendliche oft so gewalttätig vor, dass diese ihre Demonstrationen häufig gar nicht erst starten können oder abbrechen müssen. Unterstützt werden die rechtsextremen Gruppen durch eine Reihe von ultrakonservativen und ultranationalistischen Gruppen wie die Union Orthodoxer Eltern: Sie interpretieren die orthodoxe Religion radikal und versuchen, die breite Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Zwar unterstützt die Kirche die Rechtsextremen nicht offiziell. Aber deren Gedankengut kommt einigen Kirchenvertreter:innen zupass. Einzelne Geistliche und Kirchenvertreter:innen schließen sich bei Anti-LGBTQI-Demonstrationen rechtsextremen Gruppen an.

Diese Mischung aus ungelösten ethnischen Konflikten, gezielter Desinformation und Beeinflussung von außen sowie scharfen innenpolitischen

Auseinandersetzungen führt zu einer fremdenfeindlichen Stimmung, die während der Pandemie besonders deutlich zu Tage trat. Ende März veröffentlichte die zivilgesellschaftliche Plattform "Keine Phobie" eine Erklärung, in der sie die weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit gegen die ethnische Gruppe der Aseri verurteilte – turksprachige schiitische Muslime, die in den Städten Marneuli und Bolnisi leben. Nachdem dort ein Einwohner positiv auf das Corona-Virus getestet worden war, wurden die beiden Städte als Quarantänezonen ausgewiesen. Die Sozialen Medien waren voll von hasserfüllten und menschenver-

achtenden Botschaften. Einige Nutzer:innen forderten sogar, aseri-stämmige Staatsbürger:innen des Landes zu verweisen.

Für Beobachter wie Giorgi Goguadze, den stellvertretenden Direktor des Georgischen Zentrums für Sicherheit und Entwicklung, ist diese feindselige Atmosphäre im Land Folge der unsichtbaren Beeinflussung aus Russland. Wer nicht im Land geboren ist oder anders liebt und glaubt als die Mehrheit im Land, werde unter dem Vorwand dämonisiert, Tradition, religiöse Werte und nationale Identität zu gefährden. "Die zunehmende fremdenfeindliche, homophobe und einwanderungsfeindliche Rhetorik gießt Wasser auf Russlands Mühle", sagt Goguadze. Für ihn ist die künstlich erzeugte Atmosphäre der Versuch, Georgien aus der westlichen Umlaufbahn herauszuholen, in der sich das Land seit seiner Unabhängigkeit befindet.

"Die Pandemie dient als Entschuldigung für alles"

Interview mit Manana Kochladze, Gründerin der Umweltorganisation Green Alternative



Frau Kochladze, wie sieht Ihre Arbeit seit Ausbruch der Pandemie aus?

Manana Kochladze: Wir haben vor allem mit Gerichtsprozessen zu tun. Wegen der Pandemie wird die Zivilgesellschaft bei Entscheidungen zu großen Infrastrukturvorhaben kaum mehr gehört. Viele Menschen bitten uns, gemeinsam mit ihnen zu klagen.

Warum ziehen die Menschen vor Gericht?

Manana Kochladze: Nehmen Sie den Straßenbau. In den fließt viel Geld. Es entstehen aber keine Straßen, die Gemeinden besser miteinander verbinden, sondern Straßen für den Handel mit dem Ausland – obwohl es diesen Handel kaum gibt. Studien belegen klar, dass unsere Steuerzahlenden von den neuen Straßen kaum profitieren. Ähnlich läuft es mit großen Wasserkraftwerken. Viele solcher Vorhaben richten große Schäden in der Umwelt an. In einigen Regionen ist die Luft stark verschmutzt. In anderen verbrauchen

Kraftwerke so viel Wasser, dass die Flüsse austrocknen. Aber wegen der Reisebeschränkungen kommen wir nur schwer an Beweise.

Haben Sie ein Beispiel?

Manana Kochladze: Eine Gemeinde wies uns darauf hin, dass eine große Agrarindustrieanlage samt Fleischfabrik bereits gebaut wurde, obwohl das Genehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen war. Als wir uns beim Umweltministerium offiziell beschwerten, sagte man uns dort: Das bildet ihr euch nur ein. Wir lieferten die Beweise dann mittels einer Drohne.

Wie hilft Green Alternative als Umweltorganisation?

Manana Kochladze: Etwa, indem wir die Gemeinden bei ihren Protesten gegen den Bau von Wasserkraftwerken unterstützen. Bei einem Vorhaben haben die Menschen mehr als drei Monate lang die Straßen blockiert, um die Bauarbeiten zu stoppen. Wir haben mit mobilisiert und Menschen gegen die Propaganda von Regierung und Investoren verteidigt. Die sagen: Wer sich gegen den Bau solcher Kraftwerke wehrt, ist ein russischer Spion und operiert im Auftrag russischer Geschäftsleute. Oder: Wegen euch hat Georgien Probleme bei der Energieversorgung. Darauf reagieren wir mit den Analysen unabhängiger Expert:innen.

Und darüber hinaus?

Manana Kochladze: Wir sammeln zu allen Fällen Fakten, sehen uns auch zum Beispiel Landrechte an, und bringen sie vor Gericht. Und dann versuchen wir, auf politischer Ebene mit den Gerichtsentscheidungen auf nationale oder europäische Gesetze oder auf die Geldströme internationaler Entwicklungsbanken einzuwirken.

Hat sich die Situation durch die Pandemie verschärft?

Manana Kochladze: Ja. Die Regierung nutzt die Pandemie, um den Bau dieser Vorhaben zu beschleunigen. Die Pandemie dient als Entschuldigung für alles. Wir erhalten keine Informationen von der Regierung – aber sie wirft uns gleichzeitig vor, wir seien schlecht informiert. Öffentliche Anhörungen wurden ins Netz verlagert. Das wirkt aus Infektionsschutzgründen vernünftig, hat aber zur Folge, dass viele Gemeinden nicht mehr daran teilnehmen können, denn gerade in den Bergregionen, wo Menschen am stärksten von solchen Vorhaben betroffen sind, haben viele keinen Internetzugang. Und wer einen hat, weiß oft nicht, wie man sich registriert. Außerdem muss man nachweisen, dass man überhaupt das Recht hat, angehört zu werden. Viele erfahren erst gar nicht, dass es solche Anhörungen überhaupt gibt. Das alles folgt

einem Muster: Es gibt immer jemanden, der sich an solchen Anhörungen stört, seien es Politiker:innen oder Geschäftsleute. Alle wissen, dass es bei diesen Terminen auch viel Protest gibt.

Schon vor zwanzig Jahren wurden Sie als "Feindin Georgiens" verunglimpft. Woher nehmen Sie die Kraft für Ihren Kampf?

Manana Kochladze: Wenn Sie die georgische Regierung nicht preisen, sind Sie automatisch ein Feind. Als wir mit unserer Arbeit begonnen haben, war es noch einfach, uns anzugreifen. Wir waren vielleicht zwanzig Leute, die sich für unser Thema stark machten – jetzt sind wir Tausende. So vieles hat sich in Georgien geändert, die Haltung der Regierung leider nicht.

Kurz und knapp

Unser Partner: Green Alternative

Wie entstanden: im Jahr 2000 von Mitstreiter:innen

von Friends of the Earth - Georgia

Projektgebiet: landesweit

Schwerpunkt: Schutz der Umwelt und biologischen Vielfalt sowie des kulturellen Erbes Georgiens. Ökonomisch sinnvolle und sozial tragbare Alternativen sollen vorangebracht sowie der öffentliche Zugang zu Informationen und Entscheidungsprozessen gesichert werden.

Weitere Infos: http://greenalt.org/home

Teil 3

Mit Kreativität gegen die Krise Zivilgesellschaft braucht Rückendeckung



ie Pandemie hat die Arbeit vieler Organisationen doppelt erschwert: Zum einen waren Mitarbeitende selbst von Ansteckungen betroffen. Zum anderen war ihr Aktionsradius vielerorts auf das eigene Zuhause beschränkt – mit Hilfsbedürftigen konnten sie oft nur über das Internet Kontakt halten. Doch auf allen Kontinenten haben zivilgesellschaftliche Initiativen neue Wege gefunden, um sich weiter mit Kreativität und Mut für andere einzusetzen. Dafür brauchen sie aber auch den Rückhalt der Politik.

Neue Wege aus der Not

Die gute Nachricht: Viele zivilgesellschaftliche Gruppen konnten die Lücken füllen, die Regierungen aufgerissen haben. Und viele Organisationen haben die Krise genutzt, um daran noch zu wachsen.

ede Krise birgt die Chance, sich weiterzuentwickeln. Sie zwingt dazu, Routinen zu hinterfragen und nach kreativen Lösungen zu suchen.

Die Corona-Pandemie ist eine Krise von globalem Ausmaß, die schwerste seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie stürzte Millionen in Not und brachte Unzähligen den Tod. Auch für die Organisationen der Zivilgesellschaft hatte die Krise schwerwiegende Folgen. Weltweit waren Menschen während der Pandemie auf die Unterstützung nicht-staatlicher Akteure und Akteurinnen angewiesen. Doch viele, die sich in zivilgesellschaftlichen Organisationen engagieren, wurden selbst von den Auswirkungen der Pandemie überwältigt. Sie erkrankten an COVID-19 oder starben daran. Wo es möglich war, arbeiteten sie von zu Hause. Doch in vielen Fällen machte eine schlechte Internetverbindung oder fehlender Strom die Arbeit unmöglich. Und wegen der Reise- und Kontaktbeschränkungen mussten manche ihre Aktivitäten zeitweise aussetzen.

Doch – selbst in dieser dramatischen globalen Krise zeigten sich schon nach kurzer Zeit Zeichen der Hoffnung. Schnell machte sich eine neue Entwicklung bemerkbar: Organisationen in vielen Ländern der Welt überwanden den anfänglichen Schock und fragten sich: Wie lässt sich unsere Arbeit so verändern, dass Hilfe für diejenigen Menschen weiter möglich ist, die ohne uns nicht überleben können? Viele zivilgesellschaftliche Gruppen ließen sich von der Krise nicht entmutigen, mehr noch: Sie wuchsen vielerorts über sich hinaus. Weltweit fanden soziale Initiativen, Menschenrechtsverteidiger:innen und Aktivist:innen innovative Wege, um ihre Arbeit fortzusetzen. Sie unterstützten andere mit Nahrungsmitteln, mit psychologischer Begleitung oder indem sie besonders vulnerablen Gruppen eine Stimme gaben. Sie sprangen dort ein, wo der Staat überfordert oder unwillig war oder wo der Markt versagte. Und sie erfanden neue Protestformen und ermunterten Menschen, sich zum ersten Mal in ihrem Leben zu engagieren.

Dies ist die gute Nachricht dieser Pandemie – und sie kommt aus allen Ecken der Welt.

Zum Beispiel aus der **Ukraine**. Ein besonderes Risiko sind die von prorussischen Separatisten kontrollierten sogenannten Volksrepubliken in den Regionen Luhansk und Donezk.

Viele jüngere Menschen haben das Konfliktgebiet verlassen. Der Anteil älterer Menschen ist dadurch auf 50 Prozent gestiegen. Die Jahre des Krieges haben nicht nur die Armut vergrößert, auch die medizinische Versorgung ist extrem schlecht. Weil die Grenze geschlossen war, konnten die Menschen ihre Renten auf dem von der Ukraine kontrollierten Gebiet nicht abholen. Hinzu kam, dass die Preise für Lebensmittel stark stiegen. In dieser Ausnahmesituation sprangen Akteur:innen aus der ukrainischen Zivilgesellschaft ein: So besuchten Mitarbeitende der Stiftung Mozhlyvist, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt, ältere Menschen in der Quarantäne und brachte ihnen Nahrungsmittel.

Die Liste von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Verantwortung übernahmen, der Regierungen und Behörden zu wenig nachkamen, lässt sich beinahe endlos fortsetzen. In **Indien** kümmerte sich der Asian Indigenous Peoples Pact um die Versorgung von indigenen Gruppen, die während der Pandemie noch stärker diskriminiert wurden als zuvor: Sie verteilten Informationen über die Pandemie und vermittelten zwischen Behörden und den Bedürftigsten. Der Kirchenrat in **Simbabwe**, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt (s. Interview Seite 68), übersetzte Informationsmaterial zu COVID-19 aus dem Englischen in die wichtigsten Sprachen wie Shona oder Ndebele, erklärte über Soziale Medien, wie man eine Ansteckung vermeidet, und verteilte Desinfektionsmittel an Krankenhäuser.

In Marokko und Spanien sprang die NGO Caminando Fronteras ein, um die geschätzt 700.000 Migrant:innen aus Subsahara-Afrika mit Masken auszustatten. In Kamerun, wo die Regierung die Masken zur Pflicht erklärte, ohne allen welche zugänglich zu machen, waren die Crusaders for Environmental Protection and Ozone Watch zur Stelle, eine NGO, die sich für Umweltbelange einsetzt. Sie verteilte Masken und Desinfektionsmittel und errichtete Stationen mit sauberem Wasser. In Japan erhielten Obdachlose in Suppenküchen nicht nur regelmäßig etwas zu essen. Sie wurden dort auch informiert, wie sie sich vor dem Virus schützen können. In Großbritannien übersetzte die Wohltätigkeitsorganisation Doctors of the World einen COVID-19-Leitfaden in über 60 Sprachen und stellte ihn ins Netz, jeweils als Text und als Audiodatei – bis zum Sommer wurden die Broschüren 60.000-mal heruntergeladen. In El Salvador startete im September mit Unterstützung von Brot für die Welt ein einjähriges Projekt, das 260 Familien in die Lage versetzen soll, sich selbst zu versorgen. Außerdem lernen Frauengruppen, wie sie Desinfektionsmittel herstellen und sich präventiv vor einer Ansteckung mit dem Virus schützen können.

In **Brasilien** kaufte die Partnerorganisation Assesoria e Servicios a Projetos em Agricultura Alternativa (ASPTA) Nahrungsmittel von Kleinbäuer:innen auf, die ihre Produkte aufgrund geschlossener Märkte und Transportwege nicht mehr verkaufen konnten. Sie verteilte sie an jene, die ohne festen Arbeitsvertrag oder Arbeitnehmerrechte jeden Tag Geld verdienen müssen. Während der Quarantäne wussten sie nicht, wie sie ihre Familien durch diese Zeit bringen sollen. ASPTA verknüpfte die Lebensmittelhilfe mit der politischen Arbeit: Die Organisation forderte von der brasilianischen Regierung, die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern und damit die flächendeckende Versorgung der brasilianischen Bevölkerung mit gesundem und nachhaltig angebautem Essen sicherzustellen. Das ist vielfach günstiger als die verarbeiteten Nahrungsmittel der großen Supermarktketten.

Das Netz als neuer Handlungsraum

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen versorgten die Menschen aber nicht nur mit Wissen über das Virus oder mit Lebensmitteln. Eine der häufigsten Fragen, mit denen sie konfrontiert waren, lautete: Wie erreicht man diejenigen, die dringend auf Hilfe angewiesen sind, aber ihre Wohnungen nicht mehr verlassen dürfen? Viele Organisationen beantworteten diese Frage, indem sie das Netz als neuen Handlungsraum erschlossen.

Die türkische Organisation Mor Çatı engagiert sich für Frauen, die unter häuslicher Gewalt leiden. Viele von ihnen wussten nicht, dass es ihnen auch während des Lockdown erlaubt war, zur Polizei zu gehen. Die Aktivistinnen nutzten ihre Kanäle in den Sozialen Medien, um diese Information immer wieder zu wiederholen. Im Libanon entwickelte die Frauenrechtsorganisation Lebanese Women Democratic Gathering interaktive Onlinetrainings, um Frauen und Mädchen über ihre Rechte aufzuklären. Dort hängten Frauen auch Transparente mit der Telefonnummer einer Hotline an ihre Balkongeländer, die Betroffene anrufen konnten, wenn sie Opfer häuslicher Gewalt geworden waren. Eine ähnliche Unterstützung gab es in Bolivien: Das Centro Juana Azurduy, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, verbreitete Aufklärungskampagnen über Soziale Medien und über einen eigenen Radiosender und befreite gemeinsam mit der Polizei gefährdete Frauen und Kinder aus Wohnungen.

In **Argentinien** veröffentlichte die Organisation Asociación Civil por la Igualdad y la Justicia, eine Gruppe, die sich für Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzt, unter anderem eine Website für Menschen mit Behinderungen. Sie informiert ausführlich über die Rechte und Leistungen in einer Notfallsituation wie der Pandemie und hilft den Betroffenen zu ihrem Recht. Dafür stellt die Seite allein 120 Vorlagen für Dokumente zum Download bereit. Auf den **Philippinen** kombinierte die Partnerorganisation IDEALS On- und Offline-Beratungs-

angebote: Sie betreute alle via Computer oder Smartphone und besuchte zusätzlich jene, die einer intensiveren Begleitung bedurften, etwa bei Menschenrechtsverletzungen oder in Auseinandersetzungen mit Behörden (s. Interview Seite 54). Viele Organisationen richteten ihr Augenmerk auf die Nöte von Familien bzw. Kindern und Jugendlichen. Das ukrainische Special Child Development Centre, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, betreibt einen Kindergarten für Kinder mit ADHS und psychosozialen Entwicklungsstörungen. Mit Beginn der Pandemie verlagerte es die Unterrichtseinheiten für Kinder und die Beratungsangebote für Eltern ins Netz. In Kirgisistan wurde die Lage vor allem für Migrant:innen in den Siedlungen rund um die Hauptstadt Bischkek prekär: Sie arbeiten zumeist informell auf Märkten und Baustellen, die nun geschlossen waren. Die Partnerorganisation Center for the Protection of Children setzte ihre Arbeit online sowohl mit Eltern als auch mit den Kindern dieser Familien fort, um notwendige Beratungs- und Therapiegespräche weiterführen zu können. Und auf den Philippinen lernten Jugendliche im Onlineprogramm Kids Who Farm, selbst Gemüse anzubauen. So konnten sie dazu beitragen, dass ihre Familien etwas zu essen hatten, wo Lebensmittel nicht zu haben waren.

Partner, nicht Gegner

Nicht überall standen sich während der Pandemie Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen als Kontrahenten gegenüber. Es gibt auch Beispiele, die zeigen: Wo staatliche Behörden zivilgesellschaftliche Gruppen als Partner ansehen, ist das Ergebnis ein kooperatives Miteinander zum Wohle aller. Etwa in **Somalia**: Das Aktionsbündnis Action against hunger tat sich mit dem somalischen Gesundheitsministerium zusammen, um Personal in Krankenhäusern im Umgang mit dem Virus zu trainieren und Masken und Schutzkittel bereitzustellen. In Lettland berichteten zivilgesellschaftliche Organisationen von einem konstruktiven Dialog mit dem Staat darüber, welche Unterstützung sie benötigten, um ihre Rolle während und nach der Krise ausfüllen zu können. Ecuadors Regierung richtete ein COVID-19-Portal ein, auf dem zivilgesellschaftliche Initiativen Informationen veröffentlichen konnten.

Gemeinsame Aktivitäten entwickelten sich auch auf regionaler oder lokaler Ebene - selbst in Ländern, deren nationale Regierungen sich vom Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur:innen eher bedroht fühlen, wie etwa in Brasilien. Dort brachte die Organisation Social good Brasil Datenwissenschaftler:innen mit den Entscheidungsträger:innen des Bundesstaates Santa Catarina zusammen, als die Regierung von Jair Bolsonaro das Land aus ökonomischen Gründen wieder aus dem Lockdown lösen wollte. Die Wissenschaftler:innen unterstützten die Beamt:innen dabei, ihre Entscheidungen an Daten und Fakten zu orientieren. Die Partnerorganisation Federação de Orgãos para assistência social e educacional half dabei, die offiziellen Meldungen und Vorgaben der Behörden sowie Informationen zur Prävention der Ausbreitung an diejenigen Orte zu tragen, an die diese Informationen ansonsten nicht oder falsch gelangt wären - in die Peripherie der großen Städte genauso wie in ländliche Regionen.

Neue Protestformen

Zuletzt stellte die Pandemie die Zivilgesellschaft vor eine ganz eigene Herausforderung: Wie kann man protestieren und dabei das Maß an Verantwortung an den Tag legen, das zu ignorieren man den Regierungen oft vorhält? Wie gewohnt in großen Massen auf die Straße zu gehen, verbietet sich, wenn Maskenpflicht und Abstandsregeln gelten. Es brauchte neue Ideen – und es fanden sich neue Ideen.

So wie in **Deutschland**, wo die Fridays For Future-Bewegung unter Einhaltung der Hygiene- und Distanzregeln Ende April einen großen Protest organisierte, an dem Tausende teilnehmen konnten, ohne vor Ort sein zu müssen. Im Rahmen des fünften globalen Klimastreiks legten rund 20 Aktivist:innen auf der Wiese vor dem Reichstag 10.000 Schilder ab, die sie vorher aus ganz Deutschland von denjenigen eingesammelt hatten, die die Bundesregierung an ihre Versäumnisse im Klimaschutz erinnern wollten. Mit der Demonstration einher ging ein Livestream im Netz, in dem sich Prominente, Bürger:innen und Aktivist:innen darüber austauschten, welche Lehren aus der Pandemie für das noch größere Problem der Erderwärmung zu ziehen seien.

Auch in **Polen** erfanden Menschen eine neue Protestform: Schlange stehen. Um gegen die Versuche der Regierung zu demonstrieren, im Windschatten der Pandemie das Abtreibungsrecht zu verschärfen, stellten sich die Protestierenden in die Warteschlangen vor Geschäften, ausgerüstet mit Masken und Protestschildern. Damit hielten sie sich an die Pandemieregeln – und trugen ihren Protest in die Einkaufsstraßen. Auch hier war die Aktion begleitet von einem Protest im Netz mit dem Hashtag #ProtestBezPrzerwy – "Protest ohne Pause": Acht Stunden lang sprachen die Frauen über ihren

Zorn. In **Ungarn** organisierten NGOs, Rechtsexpert:innen und Ökonom:innen den ersten Onlineprotest überhaupt gegen das "Corona-Schutzgesetz" der ungarischen Regierung. In einem Livestream unterhielten sich Menschen mit unterschiedlichem fachlichen Hintergrund, etwa 40.000 Menschen nahmen daran teil. Nach einer halben Stunde wurde der Livestream unter ungeklärten Umständen plötzlich beendet. In der Nach-Corona-Zeit ist Protest ohne Einbeziehung des Internets nicht mehr denkbar.

Der Kampf um die Deutungshoheit war im Jahr 2020 auch ein Kampf der Bilder – und viele Aktivist:innen entschieden ihn für sich. Am 11. Juni etwa gingen Fotos des Strandes von Copacabana in **Rio de Janeiro** um die ganze Welt. Über Nacht hatten Mitglieder der Organisation Rio de Paz hundert symbolische Gräber mit Holzkreuzen in den Sand gegraben – in Erinnerung an die knapp 40.000 Menschen, die bis dahin in Brasilien gestorben waren, weil die Bolsonaro-Regierung versagt hatte.

Was folgt aus dem Corona-Jahr 2020?

Viele verbinden mit dem Corona-Jahr 2020 die Hoffnung, dass diese dramatische Zeit Mahnungen ausgesandt hat, die nicht mehr in Vergessenheit geraten. Etwa diese: Ein politisches System, das die Wünsche des Marktes über die des Menschen stellt, kann nur den Wohlstand weniger sicherstellen, nicht aber den Wohlstand vieler und auch nicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Oder: Autoritär geführte Staaten kommen nur scheinbar besser durch eine Krise – die langfristigen Schäden wiegen viel schwerer als jeder kurzfristige Erfolg. Oder: Auch Solidarität und Gemeinsinn brauchen regelmäßig neue Nahrung, damit sie nicht verkümmern.

"Building back better": So lautet der Slogan jener, die darauf hinwirken, dass die Maßnahmen zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Krisenfolgen in den Neustart in eine nachhaltige und solidarische Zukunft münden. Bei diesem Aufbruch kommt der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle zu: als *change agent*. So könnte sich das Jahr 2020 eines Tages im Rückblick als Wendepunkt entpuppen: Es hat gezeigt, dass Einfallsreichtum und Solidarität in neue Dimensionen vorzudringen vermögen, wenn die Not besonders groß wird. Umso wichtiger ist es deshalb, dass Regierungen die zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer Arbeit nicht behindern, sondern: mit Tat und Kraft unterstützen.



Unsere Forderungen

Bundesregierung und Bundestag* sollten immer – auch in akuten Notlagen – sicherstellen, dass ...

... die universellen Menschenrechte geschützt und garantiert werden.

... Menschen- und Grundrechte, etwa während einer Krise wie der Corona-Krise, nur **zeitlich begrenzt eingeschränkt** werden – und auch nur, wenn und solange es notwendig, legal, legitim, verhältnismäßig und nicht diskriminierend ist.

... zivilgesellschaftliche Akteur:innen gefördert werden und sich ohne Angst vor Verfolgung und Repression für **eine gerechte und nachhaltige Entwicklung** einsetzen können.

... sich die Zivilgesellschaft und besonders vulnerable und benachteiligte Gruppen effektiv an politischen, sozialen und wirtschaftlichen **Entscheidungen beteiligen** können.

... sie **Hasskriminalität im Netz** schneller und effizienter ahnden.

... die Leitprinzipien **Datenschutz, Transparenz und Freiwilligkeit** gelten, wenn digitale Technologien wie die Corona-App eingesetzt werden.

... die eigenen **außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Entscheidungen** Menschenrechte nicht verletzen. ... **deutsche Botschaften** sich stärker als bislang weltweit für die Menschenrechte und deren Verteidiger:innen einsetzen – und dafür auch entsprechend Personal zur Verfügung stellen.

... deutsche Botschaften **zivilgesellschaftliche Handlungsräume im Gastland** stets beobachten – und intervenieren, wenn dort Politiker:innen und Gesetze gegen internationale Menschenrechte verstoßen.

... die deutschen und in Deutschland arbeitenden Unternehmen über ein **Lieferkettengesetz** verpflichtet werden, Menschenrechte entlang der Produktions- und Lieferketten einzuhalten – und dass Verstöße sanktioniert werden und Betroffene eine Chance auf Wiedergutmachung bekommen.

... **Vereine**, die sich zu allgemeinpolitischen Themen und für das Gemeinwohl engagieren, **als gemeinnützig anerkannt werden** – und dafür einen entsprechenden zeitgemäßen Rechtsrahmen schaffen.

... **Impfstoffe weltweit zur Verfügung** stehen und gerecht verteilt werden.

Die Bundesregierung sollte von den Regierungen anderer Länder verlangen, dass ...

... sich diese auch **in Notlagen** an die universellen Menschenrechte halten – ebenso wie an die Prinzipien zur Einschränkung von Grundrechten in Notlagen.

... sie die Pandemie nicht nutzen, um Grundfreiheiten wie die **Meinungs- und Versammlungs-freiheit** weiter einzuschränken.

... sie **alle Gesetze aufheben**, die unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung erlassen wurden, jedoch internationalen Menschenrechtsstandards widersprechen.

... sie während der Pandemie die **Schutzprogramme** für Menschenrechtsverteidiger:innen nicht ab-, sondern **ausbauen**.

... sie **Menschenrechtsverteidiger:innen entlassen**, die aufgrund ihrer Arbeit inhaftiert wurden.

... sich die **Zivilgesellschaft und besonders vulnerable und benachteiligte Gruppen** effektiv an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligen können.

Auch Unternehmen sollten ...

... anerkennen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen für die **Demokratie** sowie politische Willensbildung und Entscheidungen unverzichtbar sind – gerade bei Themen wie Menschenrechten, Frieden, Klimawandel, soziale Gerechtigkeit oder Gleichstellung der Geschlechter.

... sicherstellen, dass sie Menschenrechte in den **Produktions- und Lieferketten** befolgen. Das gilt auch für ihre Tochterfirmen und deren Sub- unternehmen.

... Grundrechte wie **Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit oder das Recht auf Information** respektieren – und damit auch Kritik an und Proteste gegen ihre Geschäfte.

... sich **mit Menschenrechtsverteidiger:innen und lokaler Zivilgesellschaft beraten** und zusammenarbeiten, damit ihre Geschäftstätigkeit im In- und Ausland erst gar nicht gegen Menschenrechte verstößt.

... sicherstellen, dass private Sicherheitsfirmen oder Auftragnehmer, die für oder im Namen von Unternehmen handeln, **Menschenrechtsverteidiger:innen weder bedrohen noch angreifen.**

Wir alle sollten ...

... **zivilgesellschaftliches Engagement** unterstützen – sei es im Ehrenamt, über einen Verein, der sich sozial und politisch engagiert, oder über Spenden.

... uns **gegen Fremdenhass oder Ausgrenzung** aufgrund von Hautfarbe, Nationalität, sexueller Orientierung oder Religion wehren und klar positionieren. Demokratiefeinde sollen den Gegenwind spüren.

... **bewusst einkaufen** – also darauf achten, dass bei der Produktion der Waren Umwelt- und Menschenrechtsstandards eingehalten wurden.



 $^{^{\}star}$ Bei vielen der genannten Punkte tragen auch die Bundesländer Verantwortung – auch sie spricht Brot für die Welt an.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Teil 1

Kapitel "In feindseliger Umgebung"

CIVICUS, People Power Under Attack 2020. A report based on data from the CIVICUS Monitor, 11.2020, https://civicus.contentfiles.net/media/assets/file/GlobalReport2020.pdf

CIVICUS Monitor, Methode, https://monitor.civicus.org/methodology/

Kapitel "Die Last des Virus"

Grafiken: COVID-19 Snapshot Monitoring Welle 30 (COSMO Konsortium), https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/30/; WHO Coronavirus Disease (COVID-19) Dashboard, https://covid19.who.int; Freedom House, Democracy Under Lockdown, https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-10/COVID-19_Special_Report_Final_pdf

Rede des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres, 31.03.2020, https://www.unmultimedia.org/avlibrary/asset/2542/2542278/

Zahl der durch Covid-19 gestorbenen im Jahr 2020, Quelle Statista/Johns Hopkins University, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1103240/umfrage/entwicklung-der-weltweiten-todesfaelleaufgrund-des-coronavirus/

OHCHR, Emergency Measures and COVID-19: Guidance, 27.04.2020, https://www.ohchr.org/Documents/Events/EmergencyMeasures_COVID19.pdf

Pressemitteilung des OHCHR, 10.07.2020, https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26075&LangID=E

Helen Davidson, China's coronavirus health code apps raise concerns over privacy, Guardian, 01.04.2020, https://www.theguardian.com/world/2020/apr/01/chinas-coronavirus-health-code-apps-raise-concerns-over-privacy?fbclid=IwAR1j14dqYzNH7I_enj53MfbewykRCpLKkWqbPUjzclU-VLwtTQBoKh6mOoE

Vanessa Vu, Verbohrt und arrogant, Zeit Online, 24.11.2020, https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-11/umgang-corona-arroganz-asien-vietnam-infektionsgeschehen-erfolg

Stephan Löwenstein, Corona- Falschinfo-Gesetz: Will Orban seine Kritiker mundtot machen?, FAZ, 14.05.2020, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wie-orban-in-der-corona-krise-gegen-kritiker-vorgeht-16770099.html

ECPMF, Hungary's two pandemics: COVID 19 and attacks on media freedom, 17.06.2020, https://www.ecpmf.eu/hungarys-two-pandemics-covid-19-and-attacks-on-media-freedom/

Civil Liberties Union for Europe/Greenpeace, Locking Down Critical Voices, 09.2020, https://dq4n3btxmr8c9.cloudfront.net/files/Mq7uU3/Civic_Space_Report_2020_Liberties_Greenpeace.pdf

Amnesty International, Daring to Stand up for Human Rights in a Pandemic, o8.2020, https://www.amnesty.org/download/Documents/ACT3027652020ENGLISH.PDF

Deutsche Welle, Coronavirus: Europe's forgotten Roma at risk, 04.04.2020, https://www.dw.com/en/coronavirus-europes-forgottenroma-at-risk/a-53019522

Amnesty International, Peru: State must immediately repeal law that sends a wrong message of impunity for possible police abuses amidst the COVID-19 emergency, 30.03.2020, https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/03/peru-debe-derogar-ley-impunidad-abusos-policiales-emergencia-covid19/

UN OCHA, Breakdown of Data on Demolition and Displacement in the West Bank, https://app.powerbi.com/view?r=eyJrIjoiMmJ kZGRhYWQtODkoMSooMWJkLWI2NTktMDg1NGJIMGNiY2Y3 IiwidCI6IjBmOWUzNWRiLTUoNGYtNGY2MC1iZGNjL TVIYTQxNmU2ZGM3MCIsImMiOjh9

Joachim Wille, Brasilien, Der "Umweltzerstörungsminister": Im Schatten der Corona-Krise werden in Brasilien die Regenwälder abgeholzt, 28.05.2020, https://www.fr.de/wirtschaft/brasilien-corona-krise-regenwald-abholzung-13776889.html

WWF-Analyse, Waldverlust in Zeiten der Corona-Pandemie, Holzschlag in den Tropen, 05.2020, https://www.wwf.de/fileadmin/ fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Analyse-Waldverlust-in-Zeiten-der-Corona-Pandemie.pdf

Launch des Global Humanitarian Overview 2021, 01.12.2020, https://www.unocha.org/global-humanitarian-overview-2021

The World Bank, Poverty and Shared Prosperity 2020, https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity

Oxfam, Shelter from the Storm, The global need for universal social protection in times of COVID-19, 12.2020, https://www.oxfam.de/system/files/documents/bp-social-protection-covid-19-151220-en_embargoed.pdf

EPIC Africa/ @AfricanNGOs, The Impact of Covid-19 on African Civil Society Organizations, 06.2020, https://static1.squarespace.com/static/5638d8dbe4bo8714occ9o98d/t/5efabc7884a29a20185 fcbaf/1593490570417/The+Impact+of+Covid-19+on+African+Civil+Society+Organizations.pdf

SIDCN, How is COVID-19 affecting small UK charities working in international development?, o6.2020, https://drive.google.com/file/d/116tjTDdFnR-7tW998wsz5AtHCgISfZJs/view

Statement der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet beim Paris Peace Forum 2020, https://www.youtube.com/watch?v=8OyzkxPQVJc

Teil 2

Philippinen

Grafik: Human Rights Watch, Phil Robertson, Another Spike in Philippines' "Drug War" Deaths, 14.09.2020, https://www.hrw.org/news/2020/09/28/another-spike-philippines-drug-war-deaths

Rodrigo Roa Duterte, Fifth State of the Nation Address, 27.07.2020, https://www.officialgazette.gov.ph/2020/07/27/rodrigo-roa-duterte-fifth-state-of-the-nation-address-july-27-2020/

Regine Cabato, Philippine leader turning drug war into virus fight, 29.07.2020, https://www.arkansasonline.com/news/2020/jul/29/philippine-leader-turning-drug-war-virus-fight/

Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen, Menschenrechte in den Philippinen unter Duterte, 2019, https://amp.ngo/project/menschenrechte-in-den-philippinen-unter-duerte/

Human Rights Watch, Philippines: New Anti-Terrorism Act Endangers Rights, 05.06.2020, https://www.hrw.org/news/2020/06/05/philippines-new-anti-terrorism-act-endangers-rights

Leanne Sajor, State repression in the Philippines during COVID-19 and beyond, Open Democracy, 07.07.2020, https://www.opendemocracy.net/en/state-repression-philippines-during-covid-19-and-beyond/

Rambo Talabong, Over 100000 quarantine violators arrested in PH since March, 08.09.2020, https://rappler.com/nation/arrested-quarantine-violators-philippines-2020

Kolumbien

Grafik: INDEPAZ, Líderes sociales y defensores de derechos humanos asesinados en 2020, http://www.indepaz.org.co/lideres/; INDEPAZ, Registro de líderes y personas defensoras de DDHH asesinadas, 2016-20, http://www.indepaz.org.co/wp-content/uploads/2020/07/3.-Informe-Especial-Asesinato-lideres-sociales-Nov2016-Jul2020-Indepaz-2.pdf

Protection International, 21.09.2020, https://www.protection international.org/en/news/protection-international-and-other-civil-society-organisations-reject-excessive-use-firearms

Michelle Bachelet, Statement at the UN HR Council, 14.09.2020, https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26226

KROC, Point by Point: The Status of Peace Agreement Implementation in Colombia, 03.08.2020, http://peaceaccords.nd.edu/wp-content/uploads/2020/09/Report-4-Point-by-Point.pdf

Blickpunkt Lateinamerika, Mit Mund- und Personenschutz: Wie Corona das Leben von Aktivisten in Kolumbien gefährdet, 08.06.2020, https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/mit-mund-und-personenschutz-wie-corona-das-leben-von-aktivisten-in-kolumbiengefaehrdet/

Blickpunkt Lateinamerika, Der falsche Versöhner – zwei Jahre Präsident Duque in Kolumbien, 07.08.2020, https://www.blickpunkt-lateinamerika.de/artikel/der-falsche-versoehner-zwei-jahre-praesident-duque-in-kolumbien/

Human Rights Watch, Colombia: Armed Groups' Brutal Covid-19 Measures, 15.07.2020, https://www.hrw.org/news/2020/07/15/colombia-armed-groups-brutal-covid-19-measures

Simbabwe

Grafik: Zimbabwe National Statistics Agency, Inflation, http://www.zimstat.co.zw/

Zimbabwe Catholic Bishops' Conference (ZCBC), The March Is not Ended – Pastoral Letter, 14.08.2020, http://kubatana.net/2020/08/14/the-march-is-not-ended-pastoral-letter-of-the-zimbabwe-catholic-bishops-conference-on-the-current-situation-in-zimbabwe/

David Ehl, Wie Corona und Korruption einander begünstigen, Deutsche Welle, 30.07.2020, https://www.dw.com/de/wie-corona-undkorruption-einander-beg%C3%BCnstigen/a-54360223

Jeffrey Moyo/Patrick Kingsley, Zimbabwe Locks Down Capital, Thwarting Planned Protests, 31.07.2020, https://www.nytimes.com/2020/07/31/world/africa/zimbabwe-coronavirus-protest.html

BBC, Coronavirus: Zimbabwe arrests 100000 for "violations" of measures, 19.07.2020, https://www.bbc.com/news/world-africa-53462259

David Mbae, Internationale Isolation und der Ausbau autoritärer Strukturen, Simbabwe und der Umgang mit Covid-19, 25.08.2020, https://www.kas.de/de/web/simbabwe/laenderberichte/detail/-/content/internationale-isolation-und-der-ausbau-autoritaerer-strukturen

EPD, UN: Hunger bedroht 60 Prozent der Menschen in Simbabwe, 31.07.2020, https://www.evangelisch.de/inhalte/173218/31-07-2020/un-hunger-bedroht-60-prozent-der-menschen-simbabwe

Michaela Lissowsky, Oppositionspolitikerinnen in Simbabwe vergewaltigt, 17.07.2020, https://www.freiheit.org/simbabwe-oppositionspolitikerinnen-simbabwe-vergewaltigt

Zimbabwe Lawyers for Human Rights, Judge ends Chin'ono's 17-Day Detention, 21.11.2020, http://kubatana.net/2020/11/21/judge-ends-chinonos-17-day-detention

Kambodscha

Grafik: Amnesty International/Human Rights Watch/LICADHO, Joint Statement, Cambodia: Urgently Protect Prisoners from COVID-19, 09.12.2020, https://www.licadho-cambodia.org/pressrelease.php?perm=466

Matt Surrusco/Tran Techseng, In Activists' Arrests, Some See Scared Gov't, CPP Says It Has No Fear, VOD, 09.09.2020, https://vodenglish.news/in-activists-arrests-some-see-scared-govt-cpp-says-it-has-no-fear/

Human Rights Watch, Cambodia: Wave of Oppostion Arrests, Governments, Donors Should Demand Release of Political Prisoners, 20.08.2020, https://www.hrw.org/news/2019/10/20/cambodia-wave-opposition-arrests

Stiftung Asienhaus, Corona in Asien: Menschenrechtsverletzungen und soziale Ungleichheit im Schatten der Pandemie-Bekämpfung, 2020, https://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/Broschuere_Corona-in-Asien 2020.pdf

NGO Statement, With No Will to Amend, LANGO Must Be Repealed, 10.02.2020, https://www.business-humanrights.org/sites/default/files/documents/CSOs%20joint%20statement%20on%20LANGO.pdf

El Salvador

Grafik: Gobierno de El Salvador, Situacion nacional COVID-19, https://covid19.gob.sv/

Human Rights Watch, El Salvador: Broad Powers Limit Accountability, 09.06.2020, https://www.hrw.org/news/2020/06/09/el-salvador-broad-powers-limit-accountability

 $Tweets des Präsidenten Bukele, 07.04.2020, https://twitter.com/_ElFaro_/status/1247358823976796165?s=20, 16.04.2020, https://twitter.com/nayibbukele/status/1250627573043859456?s=12$

Amnesty International, When Protection Becomes Repression, Mandatory Quarantines under COVID-19 in the Americas, 21.09.2020, https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR0129912020ENGLISH.PDF

IAPA Pressemitteilung, IAPA condems threats against the press in El Salvador, o6.08.2020, https://en.sipiapa.org/notas/1214040-iapa-condemns-threats-against-the-press-in-el-salvador

Georgien

ISFED, Russian Information Operation on Facebook Encouraging Political Polarization in Georgia and Inauthentic Accounts Involved in it, 01.05.2020, https://isfed.ge/eng/blogi/saqartveloshi-politikuri-polarizatsiis-khelshemtskobi-rusuli-sainformatsio-operatsia-feisbuqze-da-masshi-chartuli-araavtenturi-angarishebi

ISFED, Kremlin's 10 Disinformation Narratives on Covid-19 in Georgia, 26.03.2020, https://isfed.ge/eng/sotsialuri-mediis-monitoringi/kremlis-10-dezinformatsia-COVID-19-is-shesakheb-saqartveloshi

Giorgi Chitidze, Georgia's Coronation of an Orwellian Doublethink, 11.05.2020, https://verfassungsblog.de/georgias-coronation-of-anorwellian-doublethink/

Mikheil Benidze, Russian Propaganda Leveraging Social Media and Coronavirus in Georgia Ahead of Elections, 24.08.2020, https://libmod.de/russian-propaganda-leveraging-social-media-and-coronavirus-ingeorgia-ahead-of-elections/

NGOs Assessement of the 2020 Parliamentary Elections, 04.11.2020, https://gyla.ge/en/post/arasamtavrobo-organizaciebi-2020-is-tslis-saparlamento-archevnebs-afaseben#sthash.24RA6Bmc.ISjWCpQF.dpbs

Civil.ge, CSOs Concerned over Xenophobic Remarks against Ethnic Azerbaijanis in Quarantined Marneuli, Bolnisi, 25.03.2020, https://civil.ge/archives/344147

Tako Svanidze, Georgia's growing cultural divide: a sign of far-right populism?, 16.06.2018, https://www.opendemocracy.net/en/odr/georgia-growing-cultural-divide/

Teil 3

CIVICUS, Solidarity in the time of Covid-19, Civil society responses to the pandemic, 11.2020, https://www.civicus.org/documents/reports-and-publications/SOCS/2020/solidarity-in-the-time-of-covid-19 en.pdf



Ihre Spende hilft!

Darf nicht auf Abstand gehen: die Nächstenliebe.

Die Corona-Pandemie kann nur in einer weltweiten Solidarität bewältigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen erhalten. brot-fuer-die-welt.de/spenden



Zivilgesellschaftliche Akteure haben weltweit immer begrenztere Handlungsräume. Nur rund drei Prozent der Weltbevölkerung genießen uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten. In etlichen Ländern haben Regierungen diese Freiheiten im Pandemiejahr 2020 unter dem Vorwand des Infektionsschutzes noch weiter beschränkt.

Brot für die Welt gibt den Atlas der Zivilgesellschaft jährlich in Kooperation mit CIVICUS, einem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung, heraus. In dieser Ausgabe verdeutlichen Berichte aus fünf Weltregionen sowie aus den Ländern Kolumbien, Simbabwe, Kambodscha, Georgien, El Salvador und den Philippinen die gegenwärtige Situation.

In mehr als 90 Ländern befähigt Brot für die Welt arme und ausgegrenzte Menschen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern. Schwerpunkte der Arbeit sind: Neue Armuts- und Hungerkrisen bewältigen, den Klimawandel bekämpfen, Gewalt, Fragilität und Konflikte um Ressourcen und Gemeingüter überwinden, Frauen und Frauenrechte stärken sowie den Digitalen Wandel gerecht gestalten.

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1 10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de

Spenden

Brot für die Welt Bank für Kirche und Diakonie IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00 BIC: GENODED1KDB

www.brot-fuer-die-welt.de www.brot-fuer-die-welt.de/ atlas-zivilgesellschaft